

## Synopse

zu den

# Wahlprüfsteinen für die Abgeordnetenhauswahl Berlin 2001

Zusammenstellung der Synopse erfolgt durch  
 SPD-Landesvorstand / ASF-Referat  
 vgl. [www.spd-berlin.de/asf](http://www.spd-berlin.de/asf) und <http://www.berlin-stadtderfrauen.de>

## Synopse

	Seite
I. Gleichberechtigte Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungsfunktionen und Inhalten	2
II. Frauenpolitik, Frauenförderung, Gender Mainstreaming als integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik	6
III. Gleichberechtigte Teilhabe an den materiellen und immateriellen Ressourcen der Stadt	13
IV. Fraueninfrastruktur in Berlin	18
V. Förderungen von Frauen und Gender Mainstreaming	20
VI. Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik	22
VII. Anti-Gewalt-Politik	31
VIII. Wirtschafts- und Familienpolitik	34
IX. Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik	42
X. Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik	57
XI. Bürgerschaftliches Engagement	74

SPD	PDS	FDP	Bündnis 90/ Grüne
<p><b>I. Gleichberechtigte Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungsfunktionen und Inhalten</b></p> <p><b>I.1 Wie viele Direktwahlkreis-kandidatinnen wurden durch die Partei für das Abgeordnetenhaus (bzw. wie viele Frauen für die Bezirksverordnetenversammlungen) aufgestellt ?</b></p> <p>Die SPD hat in den 78 Direktwahlkreisen für das Abgeordnetenhaus 31 Frauen aufgestellt, was 40 % entspricht.</p> <p>Bei den folgenden Zahlen, die die BVVs betreffen, wurden jeweils die ersten 20 (resp. die ersten 10) Plätze der Bezirksliste berücksichtigt: Danach sind unter den 200 Kandidatinnen und Kandidaten auf den ersten 20 (resp. 10) Plätzen der SPD-Bezirkslisten insgesamt 81 Frauen (= 40,5 %).</p>	<p><b>I. Gleichberechtigte Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungsfunktionen und Inhalten</b></p> <p><b>I.1 Wie viele Direktwahlkreis-kandidatinnen wurden durch die Partei für das Abgeordnetenhaus (bzw. wie viele Frauen für die Bezirksverordnetenversammlungen) aufgestellt ?</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>· <b>Kandidatinnen/gender-sensible Instrumente/Zielvorgaben bei Führungspositionen</b></li> </ul> <p>Das Statut der PDS sieht die Sicherung eines mindestens 50%igen Frauenanteils bei innerparteilichen Wahlen von Vorständen, Kommissionen und Delegierten vor. Dieses Prinzip findet seine Anwendung auch bei der Aufstellung von Listenvorschlägen bei Bundestags-, Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen.</p> <p>Für die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus kandidieren insgesamt 41 Frauen direkt oder auf der Landesliste. Die Liste ist durchgehend quotiert. In den 78 Wahlkreisen wurden 27 Direktkandidatinnen aufgestellt</p> <p>Durch die PDS wurden insgesamt 130 Frauen für die BVV nominiert (bei 137 Männern). 5 der 12 Bezirkslisten werden von Frauen angeführt. Die voraussichtlich sicheren Plätze sind (mit Ausnahme eines zahlenmäßig noch schwachen Bezirksverbandes im Westteil der Stadt) durchgehend zu 50 % mit Kandidatinnen besetzt.</p> <p>Das Prinzip der innerparteilichen Quotierung wirkt auch bei der Nominierung für wichtige Ämter im Parlament sowie durch das Parlament zu besetzende Ämter. Als Beispiele können hier benannt werden, dass die PDS als einzige Partei eine Frau für die Wahl zur Richterin am Landesverfas-</p>	<p><b>I. Gleichberechtigte Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungsfunktionen und Inhalten</b></p> <p><b>I.1 Wie viele Direktwahlkreiskandidatinnen wurden durch die Partei für das Abgeordnetenhaus (bzw. wie viele Frauen für die Bezirksverordnetenversammlung) aufgestellt?</b></p> <p>Die FDP hat in den 78 Direktwahlkreisen für das Abgeordnetenhaus 10 Frauen aufgestellt.</p> <p>Von den insgesamt 128 für die Bezirksverordnetenversammlungen von der FDP aufgestellten Kandidaten sind 28 Frauen. Davon sind auf aussichtsreichen Plätzen 9.</p>	<p><b>I. Gleichberechtigte Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungsfunktionen und Inhalten</b></p> <p><b>I.1 Wie viele Direktwahlkreis-kandidatinnen wurden durch die Partei für das Abgeordnetenhaus (bzw. wie viele Frauen für die Bezirksverordnetenversammlungen) aufgestellt ?</b></p> <p>Es gibt in der Satzung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin einen eigen-ständigen Paragraphen mit der Überschrift "Quotierung", das ist der § 6.:</p> <p>(1) Alle Gremien und Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen, die auf einer Landesmitglieder-versammlung, einer Landes-delegiertenkonferenz oder im Landesausschuss gewählt werden, sind mindestens paritätisch mit Frauen zu besetzen. Diese Bestimmung gilt auch für die Wahlen der Delegationen der Grundorganisation.</p> <p>(2) Um die Mindestparität von Frauen auf allen Wahllisten auf Bezirks- und Landesebene zu gewährleisten, ist das Wahlverfahren so zu gestalten, dass getrennt nach Frauen und Männern gewählt wird und Frauen mindestens die ungeraden Listenplätze einnehmen.</p> <p>(3) Sollte es im ersten Wahlgang nicht möglich sein, mindestens die Hälfte der zu besetzenden Listenplätze mit Frauen zu besetzen, müssen diese Plätze frei bleiben und erneut gezielt Frauen geworben werden. Erst, wenn die paritätische Besetzung auch im zweiten Wahlgang nicht gewährleistet ist, können die zu besetzenden Plätze geschlechtsunabhängig besetzt werden. Dies gilt nicht bei den Wahlen von Regierungsmitgliedern, Abgeordneten und Mitgliedern des Landesvorstands.</p> <p>(4) Für den Landesverband als Arbeitgeber gilt, dass die Besetzung der bezahlten Stellen auf allen Qualifikationsebenen und in al-</p>

	<p>sungsgericht vorgeschlagen hatte oder auch die generell quotierten Vorschläge für die Wahl in den Landesrundfunkrat.</p> <p>In diesem Sinne wird die PDS sich ggf. auch bei der Nominierung von KandidatInnen für den Senat und andere von ihr zu benennende Führungspositionen verhalten.</p> <p>Innerhalb der Fraktion im Abgeordnetenhaus ist die 50%ige Quotierung in der Geschäftsordnung der Fraktion beschlossen, woraus sich die mindestens gleichberechtigte Besetzung des Fraktionsvorsitzes wie auch des Fraktionsvorstandes ableitet. 2 der 3 durch die PDS zu besetzende Ausschussvorsitzende sind Frauen.</p>		<p>len Funktionsbereichen mindestens paritätisch vorgenommen wird. Frauen werden so lange bevorzugt eingestellt, bis die Parität erreicht ist.</p> <p>Außerdem gibt es ein Vetorecht für Frauen (§ 9), einen Weiterbildungsparagrafen für Frauen (§ 10) und eine in der Satzung geregelte Frauenvollversammlung.</p> <p>Jeder Verstoß gegen diese Regeln ist ein Satzungsverstoß, d.h. z.B. Wahlen werden damit ungültig. Höhere Sanktionsmöglichkeiten sind nicht möglich.</p> <p>Bei der Wahl von Regierungsmitgliedern, Abgeordneten und Landesvorstand gilt sogar eine harte Quotierung, d.h. Abweichungen sind nicht möglich.</p> <p>Demzufolge ist auch die Landesliste von Bündnis 90/Die Grünen in diesem Jahr wieder mit mehr als der Hälfte von Frauen besetzt (22 von 40) und selbstverständlich gehört der erste Platz einer Frau, unserer Spitzenkandidatin Sibyll Klotz.</p>
<p><b>I.2 Wie viele und welche Listen werden von Frauen angeführt bzw. wie viele Frauen sind voraussichtlich auf sicheren Plätzen? Werden die Frauen durch die Partei proportional gemäß dem Wählerinnenanteil vertreten sein ?</b></p> <p>”Noch nicht immer, aber immer öfter !”</p> <p>Von den 12 SPD-Bezirkslisten für die Wahl des Abgeordnetenhauses werden 5 von Frauen angeführt: in Mitte, Neukölln, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Reinickendorf.</p> <p>Von 12 SPD- Bezirkslisten für die Wahl der Bezirksverordnetenversammlungen werden 3 von Frauen angeführt: in Spandau, Char-</p>		<p><b>I.2 Wie viele und welche Listen werden von Frauen angeführt bzw. Frauen sind voraussichtlich auf sicheren Plätzen?</b></p> <p>Von den zwölf FDP-Bezirkslisten für die Wahl zum Abgeordnetenhaus wird eine von Frauen angeführt: In Reinickendorf sind die ersten drei – zudem aussichtsreichen – Plätze mit Frauen besetzt. Für die Wahlen zur BVV sind in Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf, Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf Frauen auf vorderen Listenplätzen.</p>	

<p>lottenburg-Wilmersdorf und in Marzahn-Hellersdorf.</p>			
<p><b>I.3 Verfügt die Partei über gender-sensible Instrumente, Anreize und Sanktionsmechanismen ?</b></p> <p>Instrument, Anreiz und Sanktion laufen in der SPD in einer glasklaren und verpflichtenden Vorgabe in ihrem Statut zusammen. Zitat: "In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen und Männer mindestens zu je 40 % vertreten sein". Diese Quotierung hat sich als gender-sensibles Instrument für die gleichberechtigte Partizipation von Frauen an Mandaten und Funktion außerordentlich bewährt.</p> <p>Im übrigen sind 40 % nicht das Ende von dem, was die Mindestquote zulässt – wir arbeiten weiterhin auf mindestens die Hälfte zu !!</p>		<p><b>I.3 Verfügt die Partei über gender-sensible Instrumente, Anreiz- und Sanktionsmechanismen?</b></p> <p>Die FDP hat keine Quote. Auch eine Mehrheit der Liberalen Frauen als Vorfeldorganisation der FDP lehnt die Quote ab. Frauenförderung ist nach liberalem Verständnis die Chance, Fähigkeiten – auch innerhalb der Partei – an die Oberfläche zu holen, die durch gesellschaftliche Konventionen oder geschlechtsspezifische Sozialisation verborgen geblieben sind. Klassische Frauenförderung bedeutet oftmals das Durchsetzen von Quoten. Die Liberalen bestreiten nicht, daß es in gewissen Entscheidungsstufen nützlich war, Frauenquoten zu unterstützen, sind aber nicht der Überzeugung, daß neue Quotenregelungen den geänderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen. Eine Quotenfindung ist kein Garant für die Karriere von Frauen – auch nicht in der Politik.</p>	
<p><b>I.4 Welche Zielvorgaben bestehen, Frauen auch in der Regierung bzw. im Parlament gleichberechtigt an der Macht und an Führungspositionen (z.B. als Senatorinnen, als Staatssekretärinnen, als Fraktionsvorsitzende, als Vorsitzende bzw. Sprecherinnen von Kommissionen, Ausschüssen, Gremien etc.) zu beteiligen ?</b></p> <p>Was Funktionen und Mandate in der Partei und der Fraktion angeht, ist wiederum die hier verbindliche Mindestquote heranzuziehen.</p> <p>Auf Ebene der Fraktion haben sowohl der geschäftsführende SPD-Fraktionsvorstand das Kriterium der paritätischen Teilhabe bereits vorbildlich erfüllt und auch die SprecherInnen-Funktionen für die 22 Ausschüsse paritätisch besetzt.</p>		<p><b>I.4 Welche Zielvorgaben bestehen, Frauen auch in der Regierung bzw. im Parlament gleichberechtigt an der Macht oder in Führungspositionen (z. B. als Senatorinnen, als Staatssekretärinnen, als Fraktionsvorsitzende, als Vorsitzende bzw. Sprecherin von Kommissionen, Ausschüssen, Gremien etc.) zu beteiligen?</b></p> <p>Auch hier gilt: Keine Quote. Die FDP verfügt in ihren Reihen über gut qualifizierte Frauen, die in der Lage sind, Führungspositionen, z. B. als Senatorin, zu übernehmen. Die FDP wird, wenn sie nach dem Willen der Wähler an der nächsten Landesregierung beteiligt wird, diese Frauen ermutigen, politische Führungsverantwortung mit zu übernehmen.</p>	

<p>Der Anteil der SPD-Senatorinnen im jetzigen Senat beträgt 40 % (2 von 5); schon im ersten rot-grünen Senat machten die Frauen 50 % unter den damaligen SPD-SenatorInnen aus. An diesen Zahlen wird sich die SPD auch künftig messen lassen. Selbstkritisch anzumerken ist, dass die Zahl der SPD-Staatssekretärinnen noch deutlich gesteigert werden kann und muss.</p>			
<p><b>I.5 Setzt sich die Partei für den Fortbestand eines eigenständigen Ressorts und eine Senatorin für Frauen ein ?</b></p> <p>Ja – und die SPD trägt hierfür auch seit 1991 die politische Verantwortung. Wie bisher wird jedoch eine Verbindung mit weiteren zentralen politischen Handlungsfeldern notwendig sein. Die Kombination mit den Bereichen Arbeit, Soziales und Gesundheit hat sich dabei – im Interesse der Berlinerinnen - als äußerst sinnvoll herausgestellt.</p>	<p><b>I.5 Setzt sich die Partei für den Fortbestand eines eigenständigen Ressorts und eine Senatorin für Frauen ein ?</b></p> <p>Ich würde mich für die Fortsetzung des bestehenden Frauenressorts wegen der Konzentration bestimmter frauenspezifischer Anliegen einsetzen, gleichzeitig müßte aber in den einzelnen Senatsverwaltungen die Verantwortung im Sinne des gender mainstreamings konzeptionell und praktisch erhöht werden.</p> <p>Des weiteren hat die Fraktion der PDS im AGH vorgeschlagen, eine durch das Abgeordnetenhaus gewählte Landesfrauenbeauftragte einzusetzen. Diese sollte mit Befugnissen analog zum Datenschutzbeauftragten ausgestattet werden. Vorteile: Da sie nicht Teil der Verwaltung wäre, könnte sie die Kontrolle der verfassungsmäßig verbrieften Rechte der Frauen besser wahrnehmen. Die Exekutive kann sich selbst schwerlich kontrollieren. Eine Senatorin kann in anderen Bereichen nur anregen, aber nicht eingreifen. Eine gewählte Landesfrauenbeauftragte kann dagegen unabhängig dem Parlament Bericht erstatten, Senatsverwaltungen zum Handeln auffordern, Sperrung von Finanzen bei Nichteinhaltung des LGG veranlassen usw.</p>	<p><b>I.5 Setzt sich die Partei für den Fortbestand eines eigenständigen Ressorts einer Senatorin für Frauen ein?</b></p> <p>Grundsätzlich ja, allerdings – wie bisher – in Verbindung mit anderen Ressorts. Frauenpolitik kann und darf keine weibliche Spartenpolitik sein, weil sie in alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche hineinreicht. Sie muß – ganz im Sinne des gender mainstreaming – als politische Querschnittsaufgabe begriffen werden, die mit jedem Politikfeld Berührungspunkte hat. Diese gilt es herauszustellen.</p> <p>Aus Sicht der Berliner FDP bestehen besondere Berührungspunkte von Frauenpolitik nicht nur mit Arbeit, Gesundheit und Sozialem, sondern insbesondere mit Wirtschaftspolitik. Eine starke Wirtschaft und insbesondere eine Vielzahl gesunder und kleinerer mittelständischer Betriebe sind die Voraussetzung dafür, den berechtigten Teilhabeanspruch von Frauen an Erwerbstätigkeit und Erwerbseinkommen zu verwirklichen. Eine Kombination mit dem Wirtschaftsressort wäre daher sinnvoll.</p>	

<b>SPD</b>	<b>PDS</b>	<b>FDP</b>	<b>Bündnis 90/ Grüne</b>
<b>II. Frauenpolitik und Frauenförderung integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik</b>	<b>II. Frauenpolitik, Frauenförderung, Gender Mainstreaming als integraler Bestandteil der Parteiprogrammatik</b>	<b>II. Frauenpolitik, Frauenförderung, Gender Mainstreaming als integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik</b>	<b>I.6 Frauenpolitik, Frauenförderung, Gender Mainstreaming als integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik</b>

### II.1 Sind Frauenpolitik und Frauenförderung integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik?

Frauenpolitische Aussagen durchziehen das Grundsatz-Programm der SPD sozusagen wie ein lila Faden. Von besonders zentraler Bedeutung ist die von mir immer wieder gerne zitierte Aussage: "Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden!"

### II.1 Sind Frauenpolitik und Frauenförderung integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik?

Die PDS ist eine linke, sozialistische Partei, in der die Emanzipation der Frauen eine der tragenden Säulen der Parteipolitik darstellt. Das spiegelt sich auch im Wahlprogramm und in den Wahlmaterialien sowie auf der Bundesfrauenkonferenz wider, die im September 2001 stattfand. Wir benennen u.a. konkrete Projekte, die in der kommenden Zeit in Angriff genommen werden sollen. Dabei streben wir an, die Geschlechtergerechtigkeit durchgehend, über alle Ressorts und Politikfelder hinweg, zu thematisieren. Das macht eine Aufzählung der erwähnten geschlechtsdifferenzierten Ziele und Maßnahmen schwer. Hier einige Beispiele, die im weiteren Verlauf der Beantwortung untersetzt werden:

- III. Weitere Präzisierung des LGG z.B. für mehr Verbindlichkeit von Fördermaßnahmen für die Fraueninfrastruktur und zur Stärkung von gewählten Vertreterinnen frauenspezifischer Belange;
- IV. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer soll unter Beibehaltung der einheitlichen (integrierten) Form qualifiziert werden. Weiterbildung muss so attraktiv sein, dass möglichst viele Lehrerinnen und Lehrer sie nutzen. Ein Schwerpunkt sollte gender mainstreaming sein.
  - Förderung von jungen Frauen und Mädchen: Gleichberechtigte Teilhabe an zukunftsorientierter Ausbildung. In den Zukunftsbranchen Berlins finden sich Mädchen und junge Frauen kaum und wenn, dann nur auf der unteren Ebene wieder. In den Ausbildungsgängen vor allem im IT-Bereich sind sie kaum vertreten. Die Förderprogramme des Senats für frauenatypische Berufe konnten daran wenig ändern. Es ist notwendig, Frauen und Mädchen viel stärker und früher als bisher Zugänge

### II.1 Sind Frauenpolitik und Frauenförderung integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik?

### II.1 Sind Frauenpolitik und Frauenförderung integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik?

Frauenpolitik und Frauenförderung sind bei Bündnis 90/Die Grünen **integrativer Bestandteil der Parteiprogrammatik**. Im Abgeordnetenhaus wurden von der Oppositionsfraktion Bündnis 90/Die Grünen viele Initiativen zu **Geschlechtergerechtigkeit** unternommen. Stellvertretend sei hier erinnert an die Anträge zur "Gender Mainstreaming: Verankerung der Chancengleichheit in allen Politikfeldern" in denen für Abgeordnetenhaus, Senat und Verwaltung konkrete Vorschläge zur Einführung des Gender Mainstreaming in die Berliner Politik und Verwaltung aufgezeigt werden. Dazu gehören z. B. Weiterbildungsverpflichtungen für allen SenatorInnen, StaatssekretärInnen und Verwaltungsspitzen zur "Sensibilisierung für Gleichstellungsfragen und Fragen der mittelbaren Diskriminierung", "Abbau von Wissensdefiziten" und der "Vermittlung der Methode des Gender Mainstreaming anhand von Beispielen". Dazu gehört auch ein umfangreicher Maßnahmenkatalog für die Einführung des Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern, wie z.B. die Durchführung von Pilotprojekten in unterschiedlichen Verwaltungen, die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und die Einführung bzw. sinnvolle Verbesserung **geschlechtsdifferenzierender Statistiken** und vieles mehr.

An vielen Stellen des Wahlprogramms wird explizit die Förderung von Frauen in allen Politikfeldern als Zielstellung formuliert. Zwei wichtige Beispiele:  
S. 4 oben: "Wir wollen eine **Budgetanalyse**, die prüft, ob und in welchem Maße die Haushaltsmittel auf das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter und der MigrantInnen gerichtet eingesetzt werden – und zwar bezüglich aller Ausgaben in den laufenden Haushaltsjahren." das Zitat ist aus dem Absatz "Haushaltssanierung ist Zukunftssi-

	<p>zu gewerblich-technischen und zukunftsorientierten Ausbildungen anzubieten und stärkere Chancen der beruflichen Entwicklung in diesen Bereich zu eröffnen.</p> <p><i>Die PDS schlägt vor:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Kooperationsverbände zur Förderung der Chancengleichheit von Mädchen und jungen Frauen in zukunftsorientierter beruflicher Bildung.</li> <li>o Verstärkte Ausrichtung der Aus- und Weiterbildungsprogramme auf die gezielte Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen in zukunftsträchtigen Berufen. Die Ermutigung für das Ergreifen technisch-naturwissenschaftlicher Berufe muß bereits in der Kita und in der Schule stärker gefördert werden.</li> </ul> <p>· Soziale Stadt – Stadt für alle: Die immer noch nicht erreichte Gleichstellung der Geschlechter muss mit Hilfe des gender mainstreaming in allen Politikbereichen handlungsbestimmend werden.</p> <p>· Weltoffene Stadt Berlin: Dringend verbessert werden müssen die Voraussetzungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten, insbesondere der eingewanderten Frauen und Mädchen. Anerkennung der beruflichen Qualifikation, ihre Qualifizierung generell sind wichtige Bestandteile dieser von uns angestrebten Politik. Unbedingt dazu gehört u.a. auch die Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe in der Bundesrepublik Deutschland.</p> <p>· Stadt der Frauen: Die Benachteiligung von Frauen in vielen Bereichen muss durch eine konsequente Gleichstellungspolitik, die Umsetzung europäischer Standards des gender mainstreamings bei gezielter Förderung der Frauen und Mädchen beseitigt werden. Diese Politik muss finanziell abgesichert werden.</p> <p><i>Die PDS schlägt vor:</i></p>		<p>cherung”</p> <p>S. 4 unten: "Wir sind eine Partei, in der Frauen kein Alibi, sondern entscheidende politische Kraft sind. "Gender-mainstreaming" ist für uns kein Modewort, sondern Programm und alltägliche Politik. Wir stellen sämtliche Politikfelder auf den Prüfstand der Geschlechtergerechtigkeit und fordern öffentliche Gelder für besondere gleichstellungspolitische Maßnahmen...." Die Überschrift für den Absatz aus dem dieser Satz zitiert wurde ist nicht etwa "Frauenpolitik" sondern "Berlin im Aufbruch" und damit übergreifende Zielstellung.</p> <p>Unser Ziel ist, alle diese Vorschläge und auch die hier nicht zitierten Vorschläge des Wahlprogramms in einer Regierung auch durchzusetzen.</p>
--	---	--	--

	<p>o Stärkung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen durch eine gezielte Arbeitsmarktpolitik vor allem für den ersten Arbeitsmarkt , Ausbildungsförderung, günstigere Programme für Existenzgründerinnen und Förderung flexibler und bezahlbarer Kinderbetreuungseinrichtungen</p>		
<p><b>II.2 Hat die Partei eigene Anstrengungen zur Implementierung und Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes für ihre eigene Organisation unternommen?</b></p> <p>Die Berliner SPD setzt sich zum Ziel, die Forderungen der Europäischen Kommission und der Bundesregierung zum "Gender-Mainstreaming" zu ihrer Sache zu machen. Dabei unterstützt sie Initiativen, um dieses Ziel für alle politischen Handlungsfelder um- und durchzusetzen, achtet aber darauf, auch sich selbst auf die Ziele des "Gender-Mainstreaming" zu verpflichten und entsprechende Verfahren für ihre Parteiorganisation zu entwickeln. Das ist schlicht und einfach eine Frage der frauenpolitischen Glaubwürdigkeit. Besonders wichtig ist die Tatsache, dass der entsprechende Antrag eine einhellige Zustimmung auf dem Landesparteitag in diesem Frühjahr fand. An der Konzeption, die u.a. Fortbildungsmaßnahmen für politische Führungskräfte und einen Landesparteitag zum Thema Geschlechterdemokratie vorsieht, wird zur Zeit gearbeitet.</p>		<p><b>II.1 Hat die Partei eigene Anstrengungen zur Implementierung und Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes für ihre eigene Organisation unternommen?</b></p> <p>Ja. In allen Politikfeldern sind liberale Frauen in der FDP und ihren Vorfeldorganisationen aktiv.</p>	
<p><b>II.3 Wie will sie in Regierungsverantwortung für eine zügige und umfassende Umsetzung dieser Reformstrategie aktiv wirksam werden?</b></p> <p>Voran einige grundsätzliche Bemerkungen: Die Entfaltung der vollen Wirksamkeit der neuen gleichstellungspolitischen Strategie setzt wie andere große Reformvorhaben in Wirtschaft und Verwaltung das Engagement und die Willensbekundung der höchsten Führungsebene (Top-down-Ansatz) voraus. Systematische Informations- und Fortbildungsveranstaltungen sind für die Vermitt-</p>		<p><b>II.3 Wie will sie in Regierungsverantwortung für eine zügige und umfassende Umsetzung dieser Reformstrategie aktiv wirksam werden?</b></p> <p>Um positiven Entscheidungen auf dem Weg zur Gleichstellung zum Durchbruch zu verhelfen, müssen verschiedene Strategien angewendet werden. Nicht immer mehr Gesetze und Frauenquoten können hier das adäquate Mittel sein, sondern Installierung und Förderung von Frauennetzwerken, Mentorings und spezielle staatliche und finanzielle Anreize.</p>	

<p>lung von Wissen und die Entwicklung von Kompetenzen zur Umsetzung des Gender-Mainstreaming unbedingt erforderlich. Grundlage hierfür bilden Datenerhebungen und Statistiken in allen Politikfeldern, die Auskunft über die jeweilige Repräsentanz oder Betroffenheit nach Geschlecht getrennt ermöglichen und die bis heute noch in vielen Bereichen fehlen. Ebenfalls von großer Bedeutung für die Umsetzung der Gender-Mainstreaming Strategie ist von Beginn an eine begleitende Auswertung und ein systematisches Controlling, mit dem Fortschritte dokumentiert, weitere Handlungsfelder benannt und Schwachstellen erkannt werden können.</p> <p>Wie die Berliner Verwaltungsreform insgesamt, zielt auch Gender-Mainstreaming letztlich auf eine Qualitäts-, Effektivitäts- und Effizienzsteigerung des Verwaltungshandelns, indem eine Vertiefung und Präzisierung des Verständnisses der Interessen und Belange derjenigen angestrebt wird, die im Mittelpunkt aller Aktivitäten stehen sollen: die Bürgerinnen und Bürger Berlins.</p> <p>Eine von den Grundsätzen des Gender-Mainstreaming geleitete Politik setzt eine detaillierte Problemanalyse voraus und berücksichtigt bei der Entscheidungsfindung die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Männern und führt damit zu Qualitätssteigerungen durch stärkere zielgruppenorientierte Ausrichtungen. Größere Effektivität des Verwaltungshandelns kann z.B. durch Erhöhung des Nutzungsgrades öffentlicher Dienstleistungen, beispielsweise durch vermehrte Inanspruchnahme von Angeboten durch Frauen erreicht werden. Motivation durch positive Zeichensetzung auf allen Verantwortungsebenen ist darüber hinaus für den Gesamtprozess unerlässlich. Den politisch Verantwortlichen und den Führungskräften obliegt hierbei eine maßgebliche Initiativ-Rolle. Gender-Mainstreaming "lebt" von der tatsächlichen Berücksichtigung im alltäglichen Verwaltungshandeln.</p>		<p>Schon immer galten formelle und informelle Netzwerke, persönliche Förderer und Gönner (durch Männer wie Frauen) als unverzichtbar für den beruflichen Erfolg. Frauen waren und sind in weiten Teilen noch immer von diesen Netzwerken ausgeschlossen. Mit dem Konzept des "Mentorings" können verschiedenartige diskriminierende Faktoren ausgeglichen werden, die Frauen den Weg zu informellen Nachrichten und karriererelevanten Kontakt erschweren. Frauen müssen animiert werden, ihr berufliches Netz enghemmaschiger zu organisieren und Kontakte aufzubauen und zu nutzen.</p> <p>Das Konzept des "Total E-Quality" ist auszubauen.</p> <p>Total E-Quality heißt, Begabungen von Frauen in Unternehmen und Verwaltung transparent zu machen und genau dadurch zu fördern.</p> <p>Der Staat muß Mentoring, Total E-Quality und Netzworbildungen ermöglichen. Berlin muß seine finanziellen Ressourcen für die Frauenförderung gezielt in die Unterstützung derartiger Projekte fließen lassen.</p> <p>Nicht durch die Bindung der öffentlichen Auftragsvergabe an gesetzliche Vorgaben ist der Frauenanteil in der Wirtschaft zu erhöhen, sondern durch Steuererleichterungen (z. B. bei Errichtung eines Betriebskindergartens) und Prestige-Gewinn der Unternehmen, die frauenorientiert handeln.</p>	
--	--	---	--

<p>Die SPD wird sicherstellen, dass frauenspezifische Belange in der Arbeit jeder Senatsverwaltung und aller übergeordneten Politikfelder berücksichtigt und entsprechende ausgleichende Fördermaßnahmen konsequent umgesetzt werden. Alle Gesetze und Maßnahmen müssen auf ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen geprüft werden. Jede Senatsverwaltung muss bei der Erstellung des jährlichen Haushalts darlegen, inwieweit bei Entscheidungen über Mittelverwendungen dem gleichstellungspolitischen Auftrag der Berliner Landesverfassung tatsächlich Rechnung getragen wird. Der Einsatz moderner Steuerungsinstrumente und Controllingverfahren im Rahmen der Verwaltungsreform muss auch dahingehend genutzt werden, erzielte Gleichstellungsschritte deutlich zu machen. Dies erfordert eine ressortübergreifende Politik mit zentraler Koordination und Zielformulierung in der Frauenverwaltung und eine dafür zuständige Senatorin in der Landesregierung. Die zuständige Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen hat eine Vorlage zur Umsetzung des Gender-Mainstreamings in der Berliner Verwaltung erarbeitet, die sich zur Zeit in der Abstimmung befindet. Darin ist sowohl die Verknüpfung mit dem Prozess der Verwaltungsmodernisierung vorgesehen, wie auch der Aufbau eines Gleichstellungscontrollings. Gender-Mainstreaming und Verwaltungsreform stehen ebenso wie Kostencontrolling und Verwaltungsreform in einem untrennbaren Zusammenhang. Beide Vorhaben beabsichtigen die nachhaltige Veränderung von Entscheidungsprozessen und Kooperationsformen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger. Gender-Mainstreaming erfordert die Auseinandersetzung mit neuartigen personalpolitischen Aufgaben, beispielsweise der Berücksichtigung familienfreundlicher dienst- und arbeitsrechtlicher Bedingungen, die zwar für den Bereich des öffentlichen Dienstes in Berlin bereits weitgehend im Landesgleichstellungsgesetz Niederschlag gefunden haben. Es muss jedoch noch gezielt daran gearbeitet werden, dass bei-</p>			
---	--	--	--

<p>spielsweise im Hinblick auf Telearbeit oder Job-sharing - neue Perspektiven auch für die männlichen Beschäftigten eröffnet werden.</p>			
<p><b>II.4; II.5 Erzeugen Wahlprogramme bzw. die entsprechenden Wahlkampfmaterialien den Eindruck, dass dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit eine hohe Wertschätzung beigemessen wird? Welche geschlechtsdifferenzierten Ziele und Maßnahmen werden im jeweiligen Wahlprogramm explizit erwähnt ?</b></p> <p>Grundsätzlich gilt, dass die Berliner SPD sich aktiv für ein tatsächlich gleichberechtigtes Verhältnis zwischen den Geschlechtern in allen Lebens- und Arbeitsbereichen einsetzt. Auch in unserem aktuellen Berliner Wahlprogramm verpflichten wir uns zu Maßnahmen, die der Realisierung der tatsächlichen, im Alltag erkennbaren Gleichstellung dienen.</p> <p>Die Berliner SPD hat sich in ihrem Wahlprogramm mit der Haushaltskonsolidierung und der Bildungspolitik bewusst zwei deutliche Schwerpunkte gesetzt. Zum einen geht es um die materiellen Voraussetzungen politischer Gestaltungsfähigkeit schlechthin. Da dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Aber wir wollen die Finanzpolitik sozial und gerecht gestalten. Das heißt für uns, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache, es heißt aber auch, dass scheinbar geschlechtsneutrale Budgets genauer auf ihre jeweiligen Auswirkungen auf Frauen und Männer zu betrachten sind. Im zweiten Schwerpunkt, der Bildungspolitik, nimmt die SPD den Blickwinkel der Geschlechtergerechtigkeit auch explizit ein: Jede Frau und jeder Mann soll die Möglichkeit erhalten, Beruf und Familie zu verbinden. Deswegen wollen wir das Angebot an Ganztagschulen in Berlin deutlich erweitern.</p>		<p><b>II.4; II.5 Erzeugen Wahlprogramme bzw. die entsprechenden Wahlkampfmaterialien den Eindruck, daß dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit eine hohe Wertschätzung beigemessen wird? Welche geschlechtsdifferenzierten Ziele und Maßnahmen werden im jeweiligen Wahlprogramm explizit erwähnt?</b></p> <p>Grundsätzlich gilt: Die Berliner FDP setzt sich für die Schaffung rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ein, die Frauen wie Männern in allen Lebensbereichen gleiche Chancen, aber auch gleiche Risiken bietet, um sich nach ihren individuellen Wünschen und Vorstellungen politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich entfalten zu können.</p> <p>Die Berliner FDP hat sich in ihrem Wahlprogramm "18 Punkte für Berlin" bewußt deutliche Schwerpunkte in der Wirtschafts- und Bildungspolitik gesetzt. Neue Arbeitsplätze, auch für Frauen, entstehen vor allem in mittelständischen Betrieben und bei Selbständigen und Existenzgründern. Diese brauchen bessere Rahmenbedingungen, damit vermehrt Arbeitsplätze in dieser Stadt entstehen. Berlin verfügt über ein großes Potential gut ausgebildeter weiblicher Arbeitskräfte. Die Berlinerinnen sind häufig deutlich besser qualifiziert als ihre männlichen Altersgenossen. Sie bringen Know-How, Engagement und Leistungsbereitschaft in Unternehmen, Verbände, Parteien, Vereine und auch in die Familie ein. Dieses Leistungs- und Qualifikationspotential spiegelt sich in der Beschäftigung von Frauen nach wie vor allerdings nicht adäquat wider. Dies muß sich ändern. Der Schritt in die Selbständigkeit und die Gründung und Leitung von Unternehmen muß durch geänderte</p>	

<p>Von hoher Bedeutung sind für uns auch die Bereiche Arbeit und Wirtschaft sowie die Soziale Stadt und die Innere Sicherheit. Wir werden durch eine gezielte arbeitsmarktpolitische Frauenförderung die Chancen von Frauen im Erwerbsleben nachhaltig verbessern. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass Mädchen und Frauen gute, teilweise bessere Ausbildungsabschlüsse vorweisen können, sich dieses aber im Erwerbsleben, in der individuellen Karriere für sie nicht vorteilhaft auswirkt. Weiterhin wollen wir mit den Unternehmen neue Arbeitszeitgestaltungen ermöglichen. Soziale Stadt heißt für uns, dass sich Frauen in Berlin frei und ohne Angst bewegen können.</p>		<p>Rahmenbedingungen erleichtert werden, insbesondere Frauen sind zu ermutigen, noch mehr als bisher den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. Die Möglichkeiten, Beruf und Familie miteinander zu verbinden, müssen verbessert werden. Dazu ist insbesondere erforderlich, das Angebot an Ganztagsbetreuung deutlich zu erhöhen (s. auch unten).</p>	
<p><b>II.6 Welche Maßnahmen in den unterschiedlichen Politikfeldern werden insbesondere den Wählerinnen zu Gute kommen ?</b></p> <p>Es wird auf die folgenden Punkte verwiesen, denn Gendermaßnahmen sollen sich gleichermaßen positiv auf alle Politikfelder auswirken.</p>		<p><b>II.6 Welche Maßnahmen in den unterschiedlichen Politikfeldern werden insbesondere den Wählerinnen zugute kommen?</b></p> <p>Die Stärkung der Berliner Wirtschaft, die Reform des Bildungswesens und die Ausweitung und Verbesserung des öffentlichen wie privaten Angebotes an Kinderbetreuung.</p>	

SPD	PDS	FDP	Bündnis 90/ Grüne
<p><b>III. Gleichberechtigte Teilhabe an den materiellen und immateriellen Ressourcen der Stadt</b></p> <p><b>III.1 Wird deutlich, dass das Demokratieziel Geschlechtergerechtigkeit gerade angesichts der notwendigen Sparzwänge weiterhin gefördert wird und hierfür auch entsprechende finanzielle Vorkehrungen getroffen werden?</b></p> <p>In diesem Haushaltsjahr werden ca. 100 Projekte von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen über Zuwendungsmittel gefördert.</p>	<p><b>III. Gleichberechtigte Teilhabe an den materiellen und immateriellen Ressourcen der Stadt</b></p> <p><b>III.1 Wird deutlich, dass das Demokratieziel Geschlechtergerechtigkeit gerade angesichts der notwendigen Sparzwänge weiterhin gefördert wird und hierfür auch entsprechende finanzielle Vorkehrungen getroffen werden?</b></p> <p>In der politischen Arbeit der PDS werden die von Ihnen aufgeworfenen Fragen immer im Zusammenhang mit der generellen Entwicklung der Stadt betrachtet, weil sie nicht losgelöst von den Gesamtproblemen zu klären</p>	<p><b>III. Gleichberechtigte Teilhabe an den materiellen und immateriellen Ressourcen der Stadt</b></p> <p><b>III.1 Wird deutlich, daß das Demokratieziel Geschlechtergerechtigkeit gerade angesichts der notwendigen Sparzwänge weiterhin gefördert wird und hierfür auch entsprechende finanzielle Vorkehrungen getroffen werden?</b></p> <p>Die im laufenden Haushaltsjahr von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen über Zuwendungsmittel geförderten Projekte sollen, sofern möglich, erhalten</p>	<p><b>III. Gleichberechtigte Teilhabe an den materiellen und immateriellen Ressourcen der Stadt</b></p> <p><b>III.1 Wird deutlich, daß das Demokratieziel Geschlechtergerechtigkeit gerade angesichts notwendigen Sparzwänge weiterhin gefördert wird und hierfür entsprechende finanzielle Vorkehrungen getroffen werden?</b></p> <p>Das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) ist eines der wichtigsten Gesetze zur Herstellung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Land Berlin. Hier muss noch einmal besonders auf die Paragraphen 13</p>

<p>Das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit wird somit als Demokratieziel weiterhin verfolgt.</p> <p>Die Umstellung des Antrags- und Bewilligungsverfahrens im Jahr 2001 führte zu einer Vereinfachung des Verfahrens. Da den Projekten schon zu Beginn des Haushaltsjahres die Endbescheide zugestellt wurden, konnten diese unter Berücksichtigung des Zuwendungsrechts im Rahmen der bewilligten Mittel wirtschaften, ohne ständige Rückkopplung zur Bewilligungsstelle, z.B. bei Umwidmungen, Stellenbesetzungen. Ausnahmen von Stellenbesetzungssperren wurden bisher bei allen Anträgen erteilt. Nachanträge wurden fast ausschließlich für einmalige Anschaffungen und Investitionen gestellt. Eine Nachbewilligung erfolgt hier im Rahmen der verfügbaren Mittel. Auch in diesem Jahr gab es in den Projekten wieder Einsparungen. Diese werden für die Nachbewilligungen verwendet.</p> <p>Die Ausfinanzierung der Projekte auf dem gegenwärtigen Stand ist gewährleistet. Im Zuge der neuen ESF-Förderperiode 2000-2006 kommen neue Anforderungen an das Antrags- und Berichtswesen auf die ESF-geförderten Projekte zu. Die Antragsbearbeitung bereitet den meisten Trägern Schwierigkeiten bezüglich der Zuordnung der Kosten. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen führt zur Zeit Gespräche, um Erleichterungen für die Träger zu ermöglichen, aber auch den EU-Anforderungen gerecht zu werden, damit die Mittel sicher fließen.</p>	<p>ren sind.</p> <p>Die Berliner PDS hat sich aus diesem Grunde wiederholt aus feministischer bzw. frauenpolitischer Sicht mit der prinzipiellen Entwicklung Berlins, mit ihren Entwicklungspotentialen und ihren gegenwärtigen Schwächen auseinandergesetzt und versucht, ihre Forderungen daraus abzuleiten. Unterstützung erhielt die PDS dazu von feministischen Stadtplanerinnen, Wissenschaftlerinnen, wie auch von Frauen aus Projekten, aus Bezirken, von Engagierten aus dem Agenda-Bereich oder aus dem Gesunde-Städte-Netzwerk, um nur einige Beispiele zu nennen.</p> <p>Es ist meine feste Überzeugung, dass die Entwicklung Berlins auch und gerade in Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit nur erfolgreich gestaltet werden kann, wenn ein übergreifender Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, weit über die Politikgrenzen hinaus erfolgt. Das schließt selbstverständlich auch frauenspezifische und feministische Vorstellungen ein.</p> <p>Ich unterstütze Ihre Bestrebungen, dass Berlin eine Stadt der Frauen werden muss, in der die Chancengleichheit von Frauen in allen Bereichen durchgesetzt wird. Wie bereits betont, bedarf es dazu einer konsequenten Gleichstellungspolitik. Der Benachteiligung von Frauen in vielen Bereichen müssen entsprechend den Festlegungen der EU zum gender mainstreaming und entsprechend dem Verfassungsauftrag von Bund und Land konzeptionell und praktisch die notwendigen Schritte folgen.</p> <p>In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Festlegungen im Abgeordnetenhaus aus der 13. Wahlperiode, jeweils im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte eine Abrechnung der geschlechtsspezifischen Maßnahmen durch die einzelnen Senatsverwaltungen vorzunehmen. Hier muss weiterhin angesetzt werden, müssen über frauenpolitische Aktivitäten im Rahmen der ei-</p>	<p>und ihre Finanzierung gewährleistet werden. Zukünftig sollen insbesondere auch Mentoring und Total E-Quality-Programme in die Förderung einbezogen werden.</p>	<p>und 14 hingewiesen werden, die die öffentliche Auftragsvergabe an frauenpolitische Ziele koppeln. Hier muss dringend nachgebessert und in Zukunft strenger kontrolliert werden. Bündnis 90/Die Grünen haben auch hierzu in der vergangenen Wahlperiode mehrere Anträge gestellt.</p> <p>Außerdem werden wir <u>darin</u> arbeiten, das Gender-Budget in die Haushaltsaufstellungen des Landes Berlin einzuführen. Dazu sind die auch Vorschläge zur Einführung des Gender Mainstreaming umzusetzen.</p>
--	---	---	--

	<p>genen Verwaltung hinaus Konsequenzen für die Stadtpolitik abgefordert werden. Es kann nicht nur um die Qualifizierung einzelner Frauen in der Verwaltung gehen, sondern staatliche Mittel müssen gleichberechtigt auch für Frauen eingesetzt werden. Dazu bedarf es genauer geschlechtsspezifischer Daten und Analysen, um dann gezielt frauenpolitisch wirksam werden zu können. Gleichzeitig muss die Nichteinhaltung von Gesetzen und rechtlichen Regelungen Konsequenzen in Form von Sanktionen nach sich ziehen, wie zum Beispiel Streichen von Mitteln. Die PDS hat zur Erhebung von geschlechtsspezifischen Daten in der Vergangenheit entsprechende Anträge eingebracht, denen das Parlament aber nur zum Teil nachkam. Hier gilt es weiter Druck zu machen. Gerade in Zeiten verstärkter finanzieller Zwänge sind konzeptionelle Festlegungen erforderlich, damit Mädchen und Frauen nicht diejenigen sind, die auf der Strecke bleiben.</p> <p>Weitere Projekte für die Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes in der Berliner Politik sind für uns: Gleichstellungsorientierte Fortbildung für alle Regierungsmitglieder, Führungskräfte in Verwaltungen und staatlichen Institutionen (top town); Fortbildungsangebote für alle Beschäftigten im Öffentlichen Dienst; Geschlechtsdifferenzierte Datenerhebung durch das Statistische Landesamt, sowie bei von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Studien und Statistiken; Beibehaltung von Zielquotenregelungen und Mentoringprogrammen im öffentlichen Dienst, bis Frauen und Männer entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil auf allen Arbeitsebenen gleichberechtigt sind.</p>		
<p><b>III.2 Welche Instrumente und Maßnahmen zur Umsetzung des Gender-Mainstreaming Ansatzes bei der Mittelvergabe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) bzw. des Europäischen Regionalfonds (EFRE) wurden getätigt und welche Maßnahmen sollen weiter ausge-</b></p>			

**baut werden?**

Seit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages am 01. Mai 1999 sind die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verpflichtet, die im Artikel 3 als Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder geforderte Chancengleichheit für Frauen und Männer umzusetzen. Ausdrücklich gehört es zu den Aufgaben und Zielen der Gemeinschaft, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern (Artikel 2 und 3). Artikel 13 regelt ein klares Antidiskriminierungsverbot aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung und sexueller Präferenz und Art. 141 stellt positive Aktionen (Frauenförderung) auf eine solide rechtliche Grundlage.

Maßnahmen zur Desegregierung des Arbeitsmarktes werden ausdrücklich erwähnt. Am deutlichsten umgesetzt wird das Gender-Mainstreaming bisher im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Mit ihren vier Säulen (Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmergeist, Anpassungsfähigkeit von KMU und deren Beschäftigten an den Strukturwandel, Chancengleichheit) wird hier die Querschnittsaufgabe, das Gender-Mainstreaming, mit gezielter Frauenförderung verbunden. So sollen die Auswirkungen vergangener und bestehender Diskriminierung beseitigt werden. Jährliche Beschäftigungsleitlinien, die von der Kommission und den Mitgliedsstaaten gemeinsam verabschiedet werden, legen zu jeder der vier Säulen konkrete Ziele und Inhalte fest. Diese setzen die Mitgliedsstaaten mittels Nationaler Beschäftigungspläne (NAPs) in die Realität um. Die Maßnahmen, die – nach Abstimmung mit den Ländern, Sozialpartnern und einschlägigen NGOs – im NAP festgeschrieben werden, müssen mit zeitlichen und numerischen Zielen und Angaben zum Budget untermauert werden. Der jährliche NAP muss auch einen Bericht über die Implementierung des jeweils vorherigen NAP beinhalten. Dieses wurde bei der Berliner ESF-Strategie berücksichtigt;

<p>eine der vier Querschnittsanforderungen ist "Chancengleichheit".</p> <p>Beim EFRE ist noch ein Diskussionsprozess im Gang, wie dort das Kriterium der Chancengleichheit angemessen umgesetzt werden kann. Die NAPs müssen auch in jedem Jahr ausweisen, wie die Mittel der Europäischen Strukturfonds im Rahmen der beschriebenen Maßnahmen eingesetzt werden sollen bzw. wurden. Die neue Strukturfondsverordnung für den Zeitraum 2000 – 2006 spiegelt die Auflagen des Amsterdamer Vertrages wider. Für den ESF ist eine Strukturierung entlang der vier Säulen der EBS erforderlich.</p> <p>Gender-Mainstreaming ist nicht auf die Beschäftigungspolitik reduziert - tangiert sind alle Politikbereiche!</p> <p>Denn auch Politikbereiche, die erst einmal geschlechtsneutral erscheinen mögen, können bei näherer Betrachtung unterschiedlichen Einfluss auf Männer und Frauen haben (z.B. Verkehrssektor: unterschiedlicher Zugang von Frauen und Männern zu öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln/Benutzung ÖPNV/ Sicherheit der Stadt).</p>			
<p><b>III.3 Wie wird die Partei sichern, dass eine gender-sensible Analyse des Landeshaushaltes erfolgt und die Nutznießung von Steuergeldern nachweislich auch paritätisch zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen verwendet wird?</b></p> <p>Die SPD-Fraktion hat einen Bericht der Hauptverwaltungen zur Verwendung der Haushaltsmittel für Gleichstellungsaufgaben durchgesetzt. In einzelnen Bezirken wurden vergleichbare Anträge gestellt und beschlossen (Tempelhof-Schöneberg auf Antrag der SPD, Hellersdorf-Marzahn auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten Christine Rabe).</p>		<p><b>III.3 Wie wird die Partei sichern, daß eine Gender-sensible Analyse des Landeshaushaltes erfolgt und die Nutznießung von Steuergeldern nachweislich auch paritätisch zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen verwendet wird?</b></p> <p>An einem Sparkurs in Berlin, der Schwerpunkte setzt, führt kein Weg vorbei. Der Staat muß die Chance bekommen, sich auf seine Kernaufgaben zu beschränken. Handlungsspielräume, insbesondere für die so dringende Reform der Kinderbetreuung, der Schulen und Hochschulen kann Berlin nur durch entschlossenes Sparen im Bereich des Landesvermögens und von Teilen der Personalausgaben gewinnen. Innerhalb von fünf Jahren muß die Neuverschuldung in einem verbindlichen Stufenplan auf 0 zurückgeführt werden. Berlin</p>	

		<p>muß selbst sichtbare Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung erzielen. Sämtliche gegenwärtigen Ausgaben sind deshalb auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dies gilt auch für die Haushaltsmittel, die zur Zeit zur Verwendung von Gleichstellungsaufgaben eingesetzt werden. Die FDP wird sich allerdings dafür einsetzen, daß auch weiterhin in angemessenem Umfang Gelder zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen zur Verfügung stehen. Besonders wichtig sind dabei aus Sicht der Berliner Liberalen Projekte zum Erwerb, zur Verbesserung und zur Erhaltung der beruflichen Qualifikation von Frauen sowie zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.</p>	
--	--	--	--

SPD	PDS	FDP	Bündnis 90/ Grüne
<p><b>IV. Fraueninfrastruktur in Berlin</b> IV.1; IV.2; IV.3: <b>Welche Aussagen treffen die Parteien zum Erhalt und Ausbau der über 100 Berliner Frauenprojekte beispielsweise in der Aus- und Weiterbildung, Soziokultur und Beratung?</b> <b>Wie sollen künftig - insbesondere für die Ostberliner Frauenprojekte - Arbeitsplatzstrukturen geschaffen werden, die die Projekte unabhängig(er) vom 2. Arbeitsmarkt machen?</b> <b>Inwieweit sind die Parteien bereit, Frauenprojekte in für sie relevante Entscheidungsprozesse einzubeziehen und deren Kompetenzen zu nutzen?</b></p> <p>Die Berliner Frauenprojekte erbringen wichtige Leistungen im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge. Pauschalzusagen dienen weder den Interessen der Projekte noch den Interessen der Berlinerinnen, für die sie ihre Leistungen erbringen. Wir wollen die</p>	<p><b>IV. Fraueninfrastruktur in Berlin</b> IV.1;IV.2; IV.3: <b>Welche Aussagen treffen die Parteien zum Erhalt und Ausbau der über 100 Berliner Frauenprojekte, beisoielsweise in der Aus-und Weiterbildung, Soziokultur und Beratung?</b> <b>Wie sollen künftig- insbeondere für die Ostberliner Frauenprojekte- Arbeitsplatzstrukturen geschaffen werden, die die Projekte unabhängig(er) vom 2. Arbeitsmarkt machen?</b> <b>Inwieweit sind die Parteien bereit, Frauenprojekte in für sie relevante Entscheidungsprozesse einzubeziehen und deren Kompetenzen zu nutzen?</b> Förderung von Frauen und Gender Mainstreaming</p> <p>Die gewachsene Fraueninfrastruktur der Stadt muss konzeptionell gestärkt und den sich ergebenden neuen Erfordernissen angepaßt werden. Neue Ideen müssen die</p>	<p><b>IV. Fraueninfrastruktur in Berlin</b> IV.1; IV.2; IV.3: <b>Welche Aussagen treffen die Parteien zum Erhalt und Ausbau der über 100 Berliner Frauenprojekte beispielsweise in der Aus- und Weiterbildung, Soziokultur und Beratung?</b> <b>Wie sollen künftig – insbesondere für die Ostberliner Frauenprojekte – Arbeitsplatzstrukturen geschaffen werden, die die Projekte unabhängig (er) vom 2. Arbeitsmarkt machen? Inwieweit sind die Parteien bereit, Frauenprojekte in für sie relevante Entscheidungsprozesse einzubeziehen und deren Kompetenzen zu nutzen?</b></p> <p>Die Berliner FDP wertet die Leistungen der Frauenprojekte als insgesamt positiv. Sie alle haben viel dazu beigetragen, die Situation der Berlinerinnen nachhaltig zu verbessern. Pauschalzusagen über die Erhaltung und den Ausbau der Projekte lehnen wir je-</p>	<p><b>IV. Fraueninfrastruktur in Berlin</b> IV.1; IV.2; IV.3: <b>Welche Aussagen Treffen die Parteien zum Erhalt und Ausbau der Über 100 Berliner Frauenprojekte, beispielsweise in der Aus- und Weiterbildung, Soziokultur und Beratung?</b> <b>Wie sollen künftig- insbeondere für die Ostberliner Frauenprojekte- Arbeitsplatzstrukturen geschaffen werden, die die Projekte unabhängig(er) vom 2. Arbeitsmarkt machen?</b> <b>Inwieweit sind die Parteien bereit, Frauenprojekte in für sie relevante Entscheidungsprozesse einzubeziehen und deren Kompetenzen zu nutzen?</b></p> <p>Bündnis 90/Die Grünen setzen sich seit vielen Jahren für den <b>Erhalt der Vielfalt der Fraueninfrastruktur</b> des Landes Berlin ein. Freie Träger sind für uns eine wichtige gesellschaftliche Kraft. Wir werden uns auch weiterhin dafür einset-</p>

<p>Leistungen der Projekte daran messen, wie viel bei den Bürgerinnen in Berlin ankommt, dabei können wir auf den Ergebnissen der Qualitätssicherungsprozesse aufbauen. Wir sind mit den Projekten in regelmäßigem Kontakt, sowohl die Frauenabteilung der Senatsverwaltung, aber natürlich auch die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF). Bei dieser Frage klingt eine scheinbare Trennung der Parteien und der Projekte durch. Natürlich müssen die Projekte überparteilich arbeiten, aber in den Projekten arbeiten auch verschiedene ehrenamtlich in allen Parteien aktive Frauen, die natürlich auch ihre Anliegen in diese Zusammenhänge hineintragen.</p> <p>Im Rahmen des 12 Mio. Programmes der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen wurde als wesentliche Rahmenbedingung die Berücksichtigung des Bereichs der Frauenprojekte festgelegt. Hier wurde bereits eine Verstärkung der Finanzierung bisher arbeitsmarktpolitischer Strukturen erreicht.</p>	<p>Chance der Verwirklichung erhalten – bei Beibehaltung fortzuführender Aufgaben. Es ist nach wie vor nicht einzusehen, warum es in Berlin bisher nicht gelang, ein Männerhaus für gewalttätige Männer einzurichten und statt dessen noch immer mehrheitlich die von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder die Wohnung verlassen müssen. Das wäre z.B. eine Aufgabe für den Bereich Inneres und Recht, denn frauenspezifische Notwendigkeiten dürfen nicht einfach in den Senatsbereich Frauen abgeschoben werden.</p> <p>Selbstverständlich hat sich die PDS immer dafür eingesetzt, dass gerade im Ostteil die gewachsenen Strukturen mehr langfristig gesicherte finanzielle Förderungen erhalten. Die vorrangig halb- bis einjährigen Zuweisungen schaffen Unsicherheit in jeder Hinsicht und gehen oft bis an die Grenzen der Erträglichkeit für die Arbeit der Projekte. Es ist an der Zeit, endlich eine stärkere Rechtsverbindlichkeit von Fördermaßnahmen und mehr Einwirkungsmöglichkeiten zur Verwirklichung der Gleichstellung durchzusetzen.</p> <p>Unerwähnt soll nicht bleiben, dass sich die PDS stets bemüht hat, grundsätzliche Fragen mit den Frauenprojekten gemeinsam zu beraten und abzustimmen. Das wird auch zukünftig unser Prinzip bleiben.</p> <p>Bezüglich der Frage nach dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG) verweise ich auf den in der 13. Wahlperiode eingebrachten überarbeiteten Entwurf des LGG. Natürlich ergeben sich inzwischen Veränderungen aufgrund der politischen Entwicklung, aber viele Vorschläge haben noch immer ihre Berechtigung und sollten weiter verfolgt werden. Das betrifft u.a. mehr Einwirkungsmöglichkeiten zur Durchsetzung der Gleichstellung. Nach einer zur Zeit stattfindenden rechtlichen Prüfung werden wir diesen Vorschlag in den Geschäftsgang einbringen. Außerdem haben wir in der zuende gehenden Legislaturperiode</p>	<p>doch ab. Sie dienen weder den Projekten selbst noch denjenigen Bürgerinnen, für die sie ihre Leistungen erbringen. Grundsätzlich sollen, wie bereits ausgeführt, trotz der angespannten Haushaltslage auch weiterhin finanzielle Mittel für Frauenprojekte zur Verfügung stehen. Allerdings sind die einzelnen Projekte auf den Prüfstand zu stellen und daran zu messen, ob und wieviel sie den Berlinerinnen bringen. Auch zukünftig besonders wichtig werden Projekte sein, die dem Erwerb, dem Ausbau und der Erhaltung der beruflichen Qualifikation von Frauen sowie der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen.</p>	<p>zen, Planungssicherheit für die Projekte herzustellen. Das bedeutet konkret: Keine weiteren Kürzungen bei den Zuwendungen für Selbsthilfe und die Angebote der freien Träger, die einen Großteil der sozialen und kulturellen Infrastruktur in Berlin gewährleisten. Die konsumtiven Ausgaben - also die Leistungen für die BürgerInnen sollen in den nächsten Jahren real konstant bleiben, d.h. mit der Inflationsrate wachsen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Finanzierung der Arbeit der Selbsthilfegruppen und freien Träger. Gerade im Ostteil der Stadt ist es besonders notwendig, eine Verstärkung zu organisieren. Wir werden solche Vorschläge wie Leistungsverträge über mehrere Jahre oder Festbetrags- statt Fehlbedarfsfinanzierung gemeinsam mit den Projekten noch einmal neu diskutieren müssen.</p>
---	---	--	--

	<p>einen Änderungsantrag zum § 16 - Stellvertreterin und zum § 1 - Fortbestehen und Weiterwirkung des LGG bei Rechtsformänderung eingebracht.</p> <p>Wie Ihnen bekannt sein müsste, hat sich die PDS seit langem für mehr Kompetenzen der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten sowie der Frauenvertretungen eingesetzt. Das kommt unter anderem auch in der Forderung nach einem Verbandsklagerecht für Frauen zum Ausdruck.</p> <p>Von der PDS wird auch zukünftig jede Initiative unterstützt, die eine Ausdehnung der Frauenförderungsverordnung für die öffentliche Auftragsaufgabe zum Inhalt hat.</p>		
--	--	--	--

SPD	PDS	FDP	Bündnis 90/ Grüne
<p><b>V. Förderungen von Frauen und Gender-Mainstreaming</b></p> <p><b>V.1 Wie will sich die Partei für eine fortlaufende Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes einsetzen? Ist eine Erweiterung der Kompetenzen und der personellen Ausstattung der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten sowie der Frauenvertretungen geplant? Welche Anstrengungen werden gemeinsam mit den Bezirken unternommen?</b></p> <p>Das LGG wurde seit seiner Verabschiedung 1990 insgesamt sieben Mal novelliert. Jedesmal hat die SPD-Fraktion dabei in Zusammenarbeit mit den Frauenvertreterinnen und den Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten eine wesentliche Rolle übernommen. Dies wird auch in Zukunft so sein.</p>		<p><b>V. Förderungen von Frauen und Gender-Mainstreaming</b></p> <p><b>V.1 Wie will sich die Partei für eine fortlaufende Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes einsetzen? Ist eine Erweiterung der Kompetenzen und der persönlichen Ausstattung der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten sowie der Frauenvertretungen geplant? Welche Anstrengungen werden gemeinsam mit den Bezirken unternommen?</b></p> <p>Das Landesgleichstellungsgesetz hat in einigen Bereichen etwas gebracht, die Situation von Frauen in Berlin allerdings nicht nachhaltig verbessert. Dies gilt insbesondere dort, wo es um führende Positionen (etwa auf Abteilungsleiterebene) geht. Trotz Quote, frauenfreundlichem Beamtenrecht, Gleichstellungsbeauftragten etc. hat sich in den letzten Jahren an der Situation von Frauen im öffentlichen Dienst nicht genug verändert. Dies ist Beleg dafür, daß das Weiterkommen von Frauen nicht nur von den gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere nicht</p>	<p><b>V. Förderung von Frauen und Gender Mainstreaming</b></p> <p><b>V.1 Wie will sich die Partei für eine fortlaufende Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes einsetzen? Ist eine Erweiterung der Kompetenzen und der persönlichen Ausstattung der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten sowie der Frauenvertretungen geplant? Welche Anstrengungen werden gemeinsam mit den Bezirken unternommen?</b></p> <p>Für eine fortlaufende Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes werden Bündnis 90/die Grünen auch in der kommenden Wahlperiode streiten. Unsere Vorschläge für die Verbesserung der Situation der Frauenvertreterinnen müssen in der neuen Legislaturperiode erneut diskutiert und gerade die Probleme der Größe der zu vertretenden Behördenmitarbeiterinnen und der entsprechenden Ausstattung müssen endlich gelöst werden. Die Aufgaben der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten werden sich durch die</p>

		<p>von Quotenförderungen abhängig ist, sondern auch von dem persönlichen Engagement von männlichen und weiblichen Vorgesetzten wie auch von den eigenen Entscheidungen der Frauen. Jeder, ob Mann oder Frau, muß Verantwortung für das eigene Leben und für die Anvertrauten übernehmen. Ob in Deutschland eine Frau Abteilungsleiterin im öffentlichen Dienst, Unternehmerin oder Hausfrau wird, hat nicht nur mit rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch ein großes Stück mit dem persönlichen Engagement von Leitungskräften ebenso wie mit den persönlichen Entscheidungen von Frauen zu tun. Gesetze alleine helfen nicht weiter - auch nicht Gleichstellungsgesetze.</p>	<p>Umsetzung des Gender Mainstreaming grundlegend verändern, auch hier müssen Veränderungen im LGG gemeinsam diskutiert werden. Ja, wir werden uns dafür einsetzen, den Geltungsbereich der Frauenförderverordnung auszudehnen. Für die Besetzung von Gremien (u.a. Rundfunkrat, Lottobeirat etc.) gilt, dass diese generell geschlechtsparitätisch zu besetzen sind. Verankert ist dies bereits im LGG § 15, allerdings muss dies auch praktisch umgesetzt werden.</p>
<p><b>V.2 Ist an eine Ausdehnung der Frauenförderverordnung für die öffentliche Auftragsvergabe auf die Baubranchen und auf Aufträge unter 100 000 DM gedacht?</b></p> <p>Wir haben mit der Rechtsverordnung zu den §§ 13 und 14 eine gute Grundlage, die jetzt in Zusammenarbeit mit den zahlreichen Vergabestellen im Land Berlin in die Verwaltungspraxis umgesetzt werden muss. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen wird zeitnah eine praxisnahe Handreichung vorlegen.</p>		<p><b>V.2 Ist eine Ausdehnung der Frauenförderverordnung für die öffentliche Auftragsvergabe auf die Baubranchen und auf Aufträge unter 100.000,00 DM gedacht?</b></p> <p>Nein. Die FDP lehnt die Kopplung der Auftragsvergabe an frauenfördernde Kriterien ab. Entscheidend bei der Prüfung der Angebote dürfen nur Qualität, sonstige Leistungskriterien und der Preis sein – und nicht die Existenz einer betrieblichen Frauenbeauftragten. Bei einer Ausdehnung der Frauenförderverordnung wären vor allem klein- und mittelständische Unternehmen, die sich zusätzliche Personalkosten schlicht nicht leisten können, betroffen. Sie würden erhebliche Wettbewerbsnachteile hinzunehmen haben. Eine sinnvolle Frauenpolitik und insbesondere die Schaffung auch für Frauen notwendiger Arbeitsplätze kann nur erreicht werden, wenn klein- und mittelständische Unternehmen gestärkt, statt weiter durch gesetzliche Reglementierungen in ihrer Betätigung eingeengt werden.</p>	
<p><b>V.3 Wie will die Partei sichern, dass künftig ein aussagekräftiges gender-sensibles Datenmaterial für alle Politikbereiche zur Verfügung gestellt wird?</b></p>		<p><b>V.3 Wie will die Partei sichern, daß künftig ein aussagekräftiges Gender-sensibles Datenmaterial für alle Politikbereiche zur Verfügung gestellt wird?</b></p>	

<p>Die Mandats- und FunktionsträgerInnen der SPD und die von der SPD verantworteten Ressorts werden weiterhin alle möglichen Anstrengungen unternehmen und ggf. zu einzelnen Teilbereichen wie in der Vergangenheit Expertisen oder Sonderauswertungen erstellen bzw. erstellen lassen, um gender-sensible Daten zur Verfügung stellen zu können.</p>		<p>Die Berliner FDP wird sich dafür einsetzen, daß – abhängig von der Haushaltslage – für die einzelnen Teilbereiche, wie auch bisher, Auswertungen erstellt werden.</p>	
---	--	--	--

SPD	PDS	FDP	Bündnis 90/ Grüne
<p><b>VI. Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik</b></p> <p><b>VI.1 Welche konkreten Vorstellungen gibt es angesichts des schärfer werdenden Wettbewerbs, des Sparzwangs und Rationalisierungsdrucks, zukunftsfähige Arbeitsplätze mit existenzsichernden Einkommen für alle zu schaffen.</b></p> <p>Berlin hat seit der Wende einen fundamentalen Wandel seiner wirtschaftlichen Basis durchgemacht. Dabei sind mehr Arbeitsplätze in der alten Industrie verloren gegangen als neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, im Medien- und Kommunikationsbereich und in den Zukunftstechnologien geschaffen werden konnten. Der Strukturwandel muss genutzt werden, um eine zukunfts- und wettbewerbsfähige Basis für die Berliner Wirtschaft zu schaffen. Um den Menschen Arbeitsplätze zu ermöglichen, brauchen wir das Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmern und eine stärkere Wirtschaftsentwicklung in unserer Stadt. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist wesentlicher</p>	<p><b>VI. Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik</b></p> <p><b>VI.1 Welche konkreten Vorstellungen gibt es angesichts des schärfer werdenden Wettbewerbs, des Sparzwangs und Rationalisierungsdrucks, zukunftsfähige Arbeitsplätze mit existenzsichernden Einkommen für alle zu schaffen?</b></p> <p>Die "Zukunft der Arbeit" ist ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt der PDS, zu dem es eine Vielzahl von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten gibt, deren Stichworte sind: Allgemeine Arbeitszeitverkürzung, Abbau von Überstunden, Teilzeit, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (im gemeinnützigen Bereich mit langfristiger kontinuierlicher Bezahlung), bezirkliche Beschäftigungsbündnisse, Bildung von Genossenschaften, job rotation, Weiterbildung, Umbau der Wirtschaftsförderung, Förderung von KMU/Bestandspflege, Förderung neuer Technologien und Dienstleistungen, Kooperationsnetze, Fördernetzwerke,</p>	<p><b>VI. Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik</b></p> <p><b>VI.1 Welche konkreten Vorstellungen gibt es angesichts des schärfer werdenden Wettbewerbs, des Sparzwangs und Rationalisierungsdrucks, zukunftsträchtige Arbeitsplätze mit existenzsicherndem Einkommen für alle zu schaffen?</b></p> <p>Ziel der Berliner FDP ist es, die Wirtschaftskraft der Stadt zu stärken und die Haushaltskrise zu lösen. Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem in mittelständischen Betrieben. Nur private Unternehmen schaffen langfristig wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, nicht der Staat. Kleine und mittelständische Betriebe, Existenzgründer und Selbständige brauchen bessere Rahmenbedingungen für ihre wirtschaftliche Betätigung. Dazu gehört unter anderem die drastische Rückführung der Gewerbesteuer sowie ein deutlicher Bürokratieabbau. Existenzgründungen müssen erleichtert, vorhandene Unternehmen zur Expansion ermuntert werden. Die unterschiedlichen Förderprogramme, insbesondere für Existenzgründer, müssen auf den Prüf-</p>	<p><b>VI. Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik</b></p> <p><b>VI.1 Welche konkreten Vorstellungen gibt es angesichts des schärfer werdenden Wettbewerbs, des Sparzwangs und Rationalisierungsdrucks, zukunftsträchtige Arbeitsplätze mit existenzsicherndem Einkommen für alle zu schaffen?</b></p> <p>Die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ist keine Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik allein. Auf Bundesebene wird sie mit dem Job-AQTIV-Gesetz als Querschnittsaufgabe im <b>Arbeitsförderungsrecht</b> verankert (Gender Mainstreaming). Die Frauenförderung im SGB III wird ausgebaut: Arbeitslose Frauen werden in Zukunft nicht nur ihrem Anteil an den Arbeitslosen, sondern auch ihrer Arbeitslosenquote entsprechend bei den aktiven Maßnahmen berücksichtigt werden. Die bessere Vereinbarkeit mit Familienpflichten wird für arbeitslose ArbeitnehmerInnen unterstützt durch eine höhere Erstattung der Kinderbetreuungskosten bei Wei-</p>

<p>Bestandteil einer effektiven Wirtschaftspolitik und unterstützt die Unternehmen bei der Bewältigung des Strukturwandels. Darum werden wir eine Qualifizierungsoffensive einleiten. In das Zentrum unserer Arbeitsmarktpolitik stellen wir das "AQTIV(E)-Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren und Vermitteln. Wir werden unsere Anstrengungen darauf richten, Existenzgründungen zu unterstützen und die Wirtschaftsförderung als Querschnittsaufgabe zur Bestandspflege und Neuansiedlung von Unternehmen stärken. Fördermittel sollen schwerpunktmäßig für die wirtschaftsnahe Infrastruktur eingesetzt werden, vor allem um den arbeitsplatzintensiven kleinen und mittleren Unternehmen stabile Entwicklungschancen zu geben. Wir werden die Verbindung von Forschungs- und Bildungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen fördern. Dabei liegt der Schwerpunkt bei der Informations- und Kommunikationstechnik, der Bio- und der Medizintechnik. Wir werden weiterhin der Akquisition von Betriebsansiedlungen Priorität einräumen und sie sind und bleiben unser persönliches Anliegen.</p> <p>Zu berücksichtigen sind aber auch sozialpolitische Aspekte, denn eine gute Sozialpolitik ist immer auch aktive Arbeitsmarktpolitik. Dafür wollen wir alle Instrumente nutzen, um Arbeitslosen und vor allem jungen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern Arbeits- und Ausbildungsangebote zu machen. So können die Ausgaben im Bereich Sozialhilfe auf das notwendige Maß begrenzt und andererseits aktiv zur Finanzierung von Arbeit und Ausbildung eingesetzt werden.</p> <p>Der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen sind innerhalb der ersten 100 Tage des Rot/Grünen Senates folgende Meilensteine der Arbeits-/Sozialpolitik gelungen, die zeigen, dass wir in Berlin schon ganz enge Kontakte zwischen den Sozial- und Arbeitsämtern haben:</p>	<p>Mindestlohnkonzept, Vereinbarkeit von Beruf und Familie.</p> <p>Zur Zeit erarbeitet die PDS ein aktuelles beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm, in dessen Mittelpunkt die Schaffung existenzsichernder und zukunftsfähiger Arbeitsplätze steht.</p>	<p>stand gestellt und vereinfacht werden. Zudem müssen sie an den Bedürfnissen interessanter und für Berlin aussichtsreicher Branchen wie der Medizintechnik, den Medien, der Verkehrstechnik ausgerichtet werden. Auch die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit ist abzuschaffen, ebenso wie das 630,--DM-Gesetz. Beide behindern Existenzgründung und berufliche Eigenständigkeit, auch von Frauen, mehr, als daß sie nützen.</p> <p>Arbeitslosigkeit ist ein schweres Schicksal. Die sozialste Politik ist es, Arbeitsplätze zu schaffen. In Berlin gibt es keinen Mangel an Arbeit, aber einen Mangel an bezahlbaren Arbeitsplätzen. Die FDP setzt zur Lösung des Problems auf den Berliner Mittelstand. Kleinere und mittlere Unternehmen gehören zu den innovativsten und motiviertesten. Sie sind der Motor der Berliner Wirtschaft und schaffen die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Ziel der FDP ist es daher, bürokratische Hemmnisse wie die Regelungsdichte abzubauen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Bürokratielasten sind insbesondere für den Mittelstand und kleine Betriebe sowie Freiberufler und Selbständige innerhalb von drei Jahren um mindestens 20 % zurückzuführen, und zwar nicht nur in Berlin, sondern bundesweit.</p> <p>Berlin braucht mehr Flexibilität bei der Arbeitsvermittlung. Insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den örtlich zuständigen Arbeitsämtern und den bezirklichen Sozialämtern ist weiter zu verbessern. Private Arbeitsvermittler, die oft effizienter und schneller als staatliche Arbeitsvermittlungsstellen tätig sein können, sind in stärkerem Maße als bisher einzubeziehen. Neue Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern und dadurch Arbeitslosen eine reelle Chance zu geben, setzt eine Phase maßvoller Tarifabschlüsse bei Löhnen und Gehältern voraus, wobei im Interesse der Arbeitslosen Lohnzuwächse unterhalb der Liquidität langfristig vereinbart werden. In wirtschaftlich schwere-</p>	<p>terbildungs- oder Trainingsmaßnahmen nach dem SGB III.</p> <p>Darüberhinaus werden bestehende Ungerechtigkeiten im Leistungsrecht beseitigt, Lücken im Versicherungsschutz bei Mutterschaft und Kindererziehung und nach einer Erwerbsminderungsrente werden geschlossen.</p> <p>Bestehende leistungsrechtliche Regelungen im SGB III haben besonders Frauen bei erziehungsbedingten Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit aus Lohnersatzleistungen und infolgedessen aus vielen aktiven Maßnahmen "ausgesteuert". Dies wird nun mit einer für Beschäftigte und Arbeitslose gleichen Regelung beseitigt: Die Zeiten des Mutterschutzes und die Zeiten der Betreuung eines Kindes unter drei Jahren werden zu Beitragszeiten in der Arbeitslosenversicherung, um den Erhalt der Ansprüche auf Arbeitslosengeld zu sichern. In ähnlicher Weise wird auch der Versicherungsschutz für Bezieher von befristeten Erwerbsminderungsrenten erhalten.</p> <p>Wir streiten in vielen Bereichen für eine <b>Aufwertung der überwiegend von Frauen ausgeübten Berufe</b>. Im Bereich der Pflegeberufe unterstützen wir Berliner Bündnisgrünen z.B. die vom Deutschen Pflegerat und allen Berufsorganisationen und den Gewerkschaften geforderte generalistische Ausbildung von Krankenschwestern, Kinderkrankenschwestern und Altenpflegerinnen mit Vertiefung im 3. bzw. 4. Jahr in Wahlpflichtfächern mit einem allgemeinbildenden Abschluss der Hochschulreife bzw. fachgebundene Hochschulreife. Wir setzen uns für ein Modellprojekt zur generalisierten Pflegeausbildung in Berlin ein.</p> <p>Um das <b>geschlechtsspezifische Berufswahlverhalten</b> von Jungen und Mädchen zu überwinden, muss die Gleichstellung von Männern und Frauen durchgängiges Leitprinzip von Bildungspolitik werden. Dazu gehört die Stärkung des Bewusstseins insbesondere auch auf Leitungsebene über die Problematik ungleicher Teilhabe von Frauen</p>
---	---	---	---

<p>Die neuen gesetzlichen Möglichkeiten wurden in Berlin in einer neuen Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Sozialämtern konkretisiert, die am 19.09.2001 unterzeichnet wurde. Diese Vereinbarung bildet die Voraussetzung für den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen auf kommunaler bzw. regionaler Ebene zwischen örtlich zuständigen Arbeitsämtern und den bezirklichen Sozialämtern. Die Rahmenempfehlung wird zur ständigen und vertrauensvollen Kooperation, wodurch die Vermittlung in Arbeit erleichtert, die Wirksamkeit der Hilfen gesteigert und das Verwaltungsverfahren bürgernah und überschaubar gestaltet werden soll.</p> <p>1.000 neue Stellen für Jugendliche ohne Beschäftigung lautet die nächste Erfolgsmeldung.</p> <p>Auf der gemeinsamen Sitzung von Senat und Landesarbeitsamt am 18. Mai dieses Jahres wurden "gemeinsame Aktivitäten zur Wiedereingliederung von jugendlichen und ausländischen Arbeitslosen" verabredet. Dazu wurde vom Landesarbeitsamt ein sogenanntes 1000er Programm vorgeschlagen, das auf einer Aufstockung des Jugendsofortprogramms aus Mitteln der Sozialhilfe beruht.</p> <p>Zielgruppe dieses Programms sind erwerbsfähige arbeitslose Jugendliche im Alter von 18 bis 25 Jahren, sofern diese Jugendlichen insbesondere auch nach Abschluss ihrer Ausbildung (2. Schwelle) - ausschließlich oder ergänzend auf Sozialhilfe angewiesen sind.</p> <p>Die Philosophie des Programms besteht darin, Lohnkostenzuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit mit Sozialhilfemitteln zu ergänzen, um die Wirksamkeit des Programms zu erhöhen. Grundlage wird das Jugendsofortprogramm (JuSoPro) sein, das in zwei Varianten umgesetzt werden soll: Für die konkrete Umsetzung des Programms wurde in den letzten Wochen eine Rahmenvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen</p>		<p>ren Zeiten ist Lohnzurückhaltung eine Investition in die Zukunft im Interesse sicherer und gut bezahlter Arbeitsplätze. Pauschale Arbeitszeitverkürzungen oder die generelle Festlegung der Wochenarbeitszeit lehnt die FDP ab. Dadurch würden Arbeitsplätze in Deutschland und Berlin noch teurer und damit weniger.</p> <p>Steuern und Abgaben sind schrittweise zu senken. Das deutsche Steuersystem ist zu vereinfachen. Hierzu bedarf es weiterer Initiativen im Bundesrat. Nur ein Land mit niedrigen Steuern und Abgaben ist auf Dauer ein guter Standort für Wagniskapital und Innovation und damit für zukunftsfähige Arbeitsplätze.</p> <p>Der Staat ist ein schlechter Unternehmer. Senatsbetriebe müssen deshalb umfassend privatisiert werden. Nur so können langfristig auch in diesen Sektoren wettbewerbsfähige Arbeitsplätze erhalten und ausgebaut werden.</p>	<p>und Männern – sowohl Lernender wie auch Lehrender – an den verschiedenen Bildungsbereichen und Bildungsstufen. Traditionelle Rollenorientierungen der Geschlechter müssen in Kindertageseinrichtungen, Schule, beruflicher Bildung, Hochschule und Weiterbildung durch gezielte Maßnahmen überwunden werden. Dazu gehört u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung des Selbstbewusstseins von Mädchen in Kindertageseinrichtungen und Grundschule, des Zutrauens in eigene Stärke, Durchsetzungskraft und Kompetenz, stärkere Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen beim Lernen naturwissenschaftlicher/ingenieurwissenschaftlicher und mathematischer Inhalte;</li> <li>• Gezielte Förderung von Jungen, beispielsweise in den Bereichen soziale Kompetenz und Empathie;</li> <li>• Maßnahmen zur Erweiterung des Berufsspektrums für junge Frauen und junge Männer und des Studienwahlverhaltens, insbesondere durch frühzeitige Berufsorientierung unter Einbeziehung der Bundesanstalt für Arbeit;</li> <li>• Vermittlung von Orientierungskonzepten, die die berufliche, sowie die private und familiäre Lebensplanung beider Geschlechter berücksichtigen;</li> <li>• verstärkte Förderung der Übernahme von Führungspositionen durch Frauen; besondere Förderung von Frauen in wissenschaftlichen Laufbahnen nach der Promotion.</li> </ul>
--	--	---	--

<p>und dem Landesarbeitsamt erarbeitet sowie das Muster einer Verwaltungsvereinbarung, die zwischen jedem Bezirksamt und dem jeweils zuständigen Arbeitsamt abzuschließen ist.</p> <p>Mit dieser Vereinbarung wird Neuland betreten: Zum ersten Mal wird es möglich gemacht, dass Leistungen des Sozialamtes durch das Arbeitsamt bewilligt und ausgezahlt werden, dass es also nur eine Antragsstelle gibt und somit das Verwaltungsverfahren erheblich vereinfacht wird.</p> <p>Sie sehen, die SPD Senatorin, Frau Gabriele Schöttler, setzt das Erforderliche um und beschreitet zudem neue Wege. Wir brauchen keine CDU und keinen Roland Koch, denn wir schreiben die enge Zusammenarbeit der Sozial- und Arbeitsämter schon lange "GROß".</p>			
<p><b>VI.2 Wie werden vorhandene Aus- und Fortbildungsangebote für Frauen nach der Familienphase bzw. für Frauen aus benachteiligten Verhältnissen künftig gesichert.</b></p> <p>Wir werden auch weiterhin im Rahmen des Haushaltes die Angebote fortsetzen.</p>	<p><b>VI.2 Wie werden vorhandene Aus- und Fortbildungsangebote für Frauen nach der Familienphase bzw. für Frauen aus benachteiligten Verhältnissen künftig gesichert?</b></p> <p>Die PDS wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass entsprechende Angebote ausgebaut und finanziell abgesichert sowie neue Modelle erprobt werden. Vor allem ist die Information und Beratung der betroffenen Frauen wie der Betriebe zu Fördermöglichkeiten zu erweitern.</p> <p>Im Zusammenhang mit einer Reform des SGB III fordert die PDS, dass Frauen in Erziehungs- und Pflegephasen sowie Frauen in geringfügiger Beschäftigung in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen und in alle Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung einbezogen werden.</p>	<p><b>VI.2 Wie werden vorhandene Aus- und Fortbildungsangebote für Frauen nach der Familienphase bzw. für Frauen aus benachteiligten Verhältnissen künftig gesichert?</b></p> <p>Siehe hierzu die Ausführungen unter "Fraueninfrastruktur".</p>	
<p><b>VI.3 Personenbezogene Dienstleistungsberufe werden in der Regel von Frauen ausgeübt. Welche Vorstellungen existieren zur Aufwertung dieser Berufe, einer zukunftssträchtigen Reform ihrer Ausbildungs- und Arbeitsstrukturen sowie der</b></p>	<p><b>VI.3 Personenbezogene Dienstleistungsberufe werden in der Regel von Frauen ausgeübt. Welche Vorstellungen existieren zur Aufwertung dieser Berufe, einer zukunftssträchtigen Reform ihrer Ausbildungs- und Arbeitsstrukturen</b></p>		

<p><b>Verbesserung von Karriereverläufen und -chancen.</b></p> <p>An dieser Stelle wird beispielhaft auf die Berufe im Pflegebereich, einem von Frauen dominierten Dienstleistungsberuf eingegangen werden. Wir brauchen eine grundlegende Reform der Pflegeberufe und deren Ausbildung. Mit Besorgnis stellen wir fest, dass bundesweit die Zahl der Ausbildungsplätze in der Krankenpflege rückläufig ist. Dem müssen wir durch genaue Analyse der Ursachen und soliden Daten entgegenwirken. Der Bedarf an Pflegepersonal in stationären wie in ambulanten Einrichtungen muss ermittelt werden. Die Finanzierung der Ausbildung in den Pflegeberufen soll im zukünftigen Entgeltssystem so gestaltet werden, dass den Krankenhäusern, die an der Ausbildung beteiligt sind, keine Nachteile entstehen. Als besonders wichtig sehen wir es an, dass die Ausbildung in den Pflegeberufen durch ein neues Krankenpflegegesetz zu verbessern ist. Eine bedeutende Rolle spielt bei der Reform die Qualitätssicherung in der Pflege und die qualitative Weiterentwicklung dieser Berufe im allgemeinen Arbeitsmarkt. Konkret bedeutet das Folgendes: In den hochqualifizierten Gesundheitsfachberufen muss sich Leistung lohnen, der berufliche Aufstieg muss attraktiv sein und die soziale Absicherung muss vergleichbar sein mit der Absicherung in anderen qualifizierten Berufen. Wir werden konsequent diese Reformbestrebungen unterstützen und somit dieses wichtige Berufsfeld aufwerten.</p>	<p><b>sowie der Verbesserung von Karriereverläufen und -chancen?</b></p> <p>Die PDS begrüßt und unterstützt die von der Gewerkschaft ver.di angekündigte Kampagne zur Aufwertung von Frauenberufen in verschiedenen Branchen und das intensive Bemühen (Schulungen, Workshops), die Erfordernisse des gender mainstreamings auch in der Betriebsrätnen- und Tarifarbeit zu verankern (Überprüfung von Eingruppierungen, Einbringen von Frauenforderungen in Tarifverhandlungen, Erstellen von gender-sensiblen Betriebsstatistiken etc.).</p> <p>Die PDS strebt eine erfolgreiche Aufwertung von Tätigkeiten an, die vor allem von Frauen ausgeübt werden. Das erfordert jedoch ein Bündel von Maßnahmen in der Arbeits-, Wirtschafts-, Sozial- und Frauenpolitik, Veränderungen in der Rechtsprechung und die Einbeziehung von Kammern und Verbänden. Nötig ist z.B. eine Neuordnung bzw. Ordnung der Aus- und Weiterbildung in sozialen Berufen, die Verbindung von Qualifizierungsmaßnahmen für sogenannte neue Arbeits- und Berufsfelder mit dem Erwerb eines anerkannten gültigen Berufsabschlusses, die Erweiterung sozial gesicherter Beschäftigungsverhältnisse, gezielte Maßnahmen im Bereich der Weiterbildung und die Etablierung von berufsbegleitenden Studiengängen im Bereich Sozialwesen.</p> <p>Um die rasante Ausbreitung von Billiglohnjobs zu stoppen, von der vor allem Frauen betroffen sind, fordert die PDS ergänzend zu tariflichen Vereinbarungen einen gesetzlichen Mindestlohn.</p> <p>Die PDS wird sich weiterhin aktiv für Maßnahmen und Programme zur Aufwertung von personenbezogenen Dienstleistungsberufen einsetzen.</p>		
<p><b>VI.4 Mit welchen Maßnahmen werden Mädchen und junge Frauen unterstützt,</b></p>	<p><b>VI.4 Mit welchen Maßnahmen werden Mädchen und junge Frauen unter-</b></p>	<p><b>VI.4 Mit welchen Maßnahmen werden Mädchen und junge Frauen unterstützt,</b></p>	

<p><b>sich verstärkt in den zukunftsträchtigen Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnologien, den Medienberufen, den modernisierten Fertigungstechnologien ausbilden zu lassen? Welche Strategien zur geschlechterdifferenzierten Reform von Ausbildungsplätzen sind geplant?</b></p> <p>Die Berliner SPD steht für eine Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, die Frauenförderung als einen wichtigen Bestandteil begreift. Eine qualifizierte Ausbildung ist die Voraussetzung, später auf dem Arbeitsmarkt Chancen auf Erfolg zu haben. Wir halten auch weiterhin an dem Ziel fest, dass Frauen ihren Lebensunterhalt unabhängig und eigenständig sichern können. Die seit vielen Jahren bestehende elementare Forderung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ist auch heute, im 21. Jahrhundert, noch nicht erfüllt. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen machen sich nach wie vor dafür stark.</p> <p>Es ist uns gelungen, in der beruflichen Bildung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass für junge Frauen und Mädchen der Weg frei gemacht wird in die zukunftsträchtigen Bereiche der Informations- und Kommunikationstechnologien, Medienberufe sowie der modernisierten Fertigungstechnologien.</p> <p>Wir wollen eine qualifizierte Ausbildung und Beschäftigung von Mädchen und Frauen, eine Reduzierung der Vorurteile gegenüber technisch ausgebildeten Frauen und eine Änderung des Einstellungsverhaltens. Die Entwicklung von Arbeitsbedingungen soll unter Beachtung der Interessen der Beschäftigten und deren Familie erfolgen. Wir wollen für Berliner Unternehmen durch eine nachhaltige Nutzung und Entwicklung der vorhandenen Humanressourcen einen Wettbewerbsvorteil erreichen. Daher müssen Mädchen und Frauen durch Information in allen Lebensbereichen und besonders schon in der Schule gezielt motiviert und gefördert werden, Technologiebe-</p>	<p><b>stützt, sich verstärkt in den zukunftsträchtigen Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnologien, den Medienberufen, den modernisierten Fertigungstechnologien ausbilden zu lassen? Welche Strategien zur geschlechterdifferenzierten Reform von Ausbildungsstrukturen sind geplant?</b></p> <p>Die PDS hat in ihr Wahlprogramm 2001 einen Schwerpunkt "Chancengleichheit in der beruflichen Bildung" aufgenommen.</p> <p>Ausgehend davon, dass sich in den Zukunftsbranchen Berlins Mädchen und junge Frauen kaum und wenn, dann fast nur auf der unteren Ebene wiederfinden und in den Ausbildungsgängen vor allem im IT-Bereich kaum vertreten sind, sehen wir ein wichtiges Aufgabenfeld in der Förderung von jungen Frauen und Mädchen für eine gleichberechtigte Teilhabe an zukunftsorientierter Ausbildung. Neben einer notwendigen Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze in zukunftsorientierten Berufsfeldern, der zielgerichteten Berufsinformation und Berufsvorbereitung von Mädchen und jungen Frauen für Berufe im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und der Medien ist eine Evaluierung und Neuausrichtung vorhandener Förderprogramme erforderlich. Insbesondere geht es darum, die Ausbildung von jungen Frauen und Mädchen verstärkt in den eher technikorientierten Berufsfeldern (im Unterschied zu den eher kommunikations- und medienorientierten Berufen) zu fördern. Eingangs wurde bereits auf die von uns geforderten Kooperationsverbände und verstärkte Ausrichtung der Aus- und Weiterbildungsprogramme für junge Mädchen und Frauen in zukunftsträchtige Berufe verwiesen.</p>	<p><b>sich verstärkt in den zukunftsträchtigen Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien, den Medienberufen, den modernisierten Fertigungstechnologien ausbilden zu lassen? Welche Strategien zur geschlechterdifferenzierten Reform von Ausbildungsplätzen sind geplant?</b></p> <p>Eine qualifizierte Bildung und Ausbildung ist die Voraussetzung, um später auf dem Arbeitsmarkt Chancen auf Erfolg zu haben. In der Bildung sieht die FDP Berlin daher den Schlüssel für eine zeitgemäße Mädchen- und Frauenförderung. Qualifizierte Schulabschlüsse und solide Ausbildungen sind Grundlage für eine selbstbestimmte Lebensplanung, den Wiedereinstieg in das Berufsleben, Chancengleichheit und eine flexible Arbeitsgestaltung.</p> <p>Die Qualität der Bildung und Ausbildung in Berlin bedarf der umfassenden Reform. Die Berliner Schulen und Berufsschulen befinden sich zur Zeit in einem beklagenswerten Zustand. Die Berliner FDP setzt sich für mehr Qualität der Bildung durch Eigenständigkeit und Wettbewerb der Schulen untereinander ein. Den Schulen müssen im Landeshaushalt grundsätzlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, gleichzeitig brauchen die Schulen mehr eigene Verantwortung beim Einsatz dieser zugeteilten Mittel. Jede Schule muß selbst entscheiden können, ob und was für ein eigenes Profil sie ausbilden will, sei es ein musisches, sprachliches, technisch-wissenschaftliches oder stärker handwerkliches. Eine enge Zusammenarbeit mit ortsansässigen Handwerks- und Wirtschaftsbetrieben werden wir fördern.</p> <p>Alle Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern müssen das Recht haben, bereits die Grundschule frei zu wählen. Nach der vierten Klasse muß ein Wechsel auf eine weiterführende Schule möglich sein. Die schulische Ausbildung ist zu beschleunigen, das Abitur nach zwölf Jahren muß spätestens ab 2003 zum Regelfall werden.</p>	
---	---	---	--

<p>rufe zu ergreifen. Wir müssen das Engagement der Unternehmen bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen für Mädchen, bei der Nachwuchsförderung und bei der gezielten Karriereplanung von Mitarbeiterinnen stärken. Wir wollen sicherstellen, dass Fortbildungsmöglichkeiten für männliche und weibliche Führungskräfte zur nachhaltigen Personalbeschaffungs- und Personalentwicklungsplanung von Frauen und Männern im Sinne des gender mainstreaming angeboten werden. Ferner sollen alle Förder- und Bildungsangebote sowie die Informationen der Bundesanstalt für Arbeit, der Bildungsträger und des Senats von Berlin transparent zugänglich gemacht werden. Wir wollen die Öffentlichkeitsarbeit verstärken, um so alle Beteiligten weiter zu sensibilisieren.</p> <p>Der IT-Arbeitsmarkt ist stark regional strukturiert. In Deutschland nimmt die Region Berlin nach München, Köln und Hamburg in der Ausprägung eines IT-Arbeitsmarktes inzwischen den vierten Platz ein. Derzeit sind ca. 8000 Unternehmen und 100.000 Beschäftigte im Berliner IT- und Mediensektor tätig.</p> <p>In Berlin wird inzwischen jeder 8. Ausbildungsvertrag im Bereich IT und neue Medien geschlossen. In der Beteiligung der Mädchen und jungen Frauen liegt auch hier Berlin vorn mit einem Frauenanteil von 16 % an den vier neuen IT-Berufen gegenüber 14 % im Bundesdurchschnitt. Wir wollen die Frauenquote verbessern.</p> <p>In weiteren IT-anwendungsorientierten Berufen und in den Medienberufen bestehen keine Probleme mit der Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen.</p> <p>In der Verbundausbildung werden nach Bund-Länder-Programmen insgesamt 284 Ausbildungsplätze in drei der neuen IT-Berufe gefördert, darunter 38 Plätze oder 13,4 % für Mädchen und junge Frauen:</p> <p>8 Ausbildungsplätze IT-Systemelektronikerinnen 22 " Fachinformatikerinnen</p>		<p>Externe, zentrale Prüfungen an allen weiterbildenden Schulen sind durchzuführen, um Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und der Schulverwaltung objektiv Vergleiche von Unterrichtsqualität und Leistungsstand zu ermöglichen. Die Leistungsanforderungen bei Schulabschlüssen sind zu erhöhen und dann auch einzuhalten, um die Chancen auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu verbessern. Jeder Schülerin, aber auch jedem Schüler muß die Möglichkeit gegeben werden, durch den verstärkten Einsatz von Computern bereits in der Schule IT-Kenntnisse zu erwerben. Schülerinnen müssen dazu animiert werden, sich auch für nicht "typisch weibliche" Berufe frühzeitig zu interessieren. Um insbesondere das positive Verständnis von Schülerinnen für Technik, Naturwissenschaften und neue Medien zu fördern, soll jeder Schule die Möglichkeit gegeben werden, zumindest zeitweise eine fächerspezifische Geschlechtertrennung vorzunehmen. In Kooperation mit der Berliner Wirtschaft sollen flächendeckend ab der 10. Klasse Betriebspraktika angeboten werden. Insbesondere Schülerinnen sind zu motivieren, Praktika in technischen Berufen zu absolvieren.</p> <p>Nach wie vor entscheiden sich Schulabgängerinnen überproportional häufig für einen "typisch weiblichen" Ausbildungsberuf. Die Schulen sollten bereits in der Schule verstärkt auf die guten Berufs- und Entwicklungsmöglichkeiten in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik hinweisen. Auch die Berufs- und Studienberatungen müssen diese Felder verstärkt aufgreifen und in ihr Angebot stärker integrieren. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Berufsberatung und Berliner Wirtschaft ist erforderlich, um frühzeitig aus der Praxis heraus Einblicke in die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu gewinnen und zum Wohle der Schülerinnen umzusetzen. Für kleine und mittelständische Handwerksunternehmen, die bisher vornehmlich Männer beschäftigt und ausgebildet haben, müs-</p>	
---	--	--	--

<p>8 " Informatikkauffrauen</p> <p>Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen prüft gerade mit einem Berliner Sozialamt, inwieweit für alleinerziehende junge Sozialhilfeempfängerinnen Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in der IT-Branche erschlossen werden können. Darin sehen wir eine Chance, die Schere in der Sozialstruktur der IT-Anwender nicht nur nicht noch weiter zu öffnen sondern gerade umgekehrt die digitale Spaltung zu reduzieren.</p>		<p>sen Anreize gegeben werden, sich für die Einstellung und Ausbildung von Frauen zu entscheiden. Für diese Unternehmen ebenso wie für Selbständige darf die Ausbildung und Beschäftigung von Frauen nicht mit Mehrkosten verbunden sein. Hier müssen bürokratische und vom Gesetzgeber vorgegebene Hürden (z. B. durch die Arbeitsstättenverordnung) beseitigt werden.</p> <p>Um auch solchen Mädchen und Frauen, die nicht über eine abgeschlossene Schulausbildung verfügen, den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern und einen qualifizierten Beruf zu ergreifen, setzen sich die Berliner Liberalen dafür ein, eine gestufte Ausbildung (Modul-Ausbildung), in der der Nachweis der praktischen vor der theoretischen Berufsausbildung im Vordergrund steht, einzuführen.</p> <p>Schließlich setzt sich die Berliner FDP dafür ein, daß als Alternative zum Vollzeitstudium vermehrt Ausbildungsgänge angeboten werden, in denen Berufstätigkeit und Studium verknüpft werden. Dies garantiert die Möglichkeit der Fortbildung parallel zur Berufstätigkeit.</p>	
<p><b>VI.5 Welche Maßnahmen planen die Parteien, um die Stadt für Frauen und Mädchen mit Behinderungen so zu gestalten, dass sie am städtischen Leben uneingeschränkt teilhaben können und ihnen ein gleichberechtigter Zugang zu Ausbildungsplätzen und zum Arbeitsmarkt gewährleistet wird?</b></p> <p>Die SPD misst der Umsetzung der Verpflichtung des Landes Berlin zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen mit Behinderung und die Überwindung bestehender geschlechtsspezifischer Benachteiligungen großes frauenpolitisches Interesse bei. Im Bereich der Rehabilitation ist eine individuelle Förderung behinderter Frauen durch die Bereitstellung von Teilzeitmaßnahmen für behinderte Mütter und die Ausweitung der Angebote in der</p>	<p><b>VI.5 Welche Maßnahmen plant die Partei, um die Stadt für Frauen und Mädchen mit Behinderungen so zu gestalten, dass sie am städtischen Leben uneingeschränkt teilhaben können und ihnen ein gleichberechtigter Zugang zu Ausbildungsplätzen und zum Arbeitsmarkt gewährleistet wird?</b></p> <p>Die politische Situation in Berlin hat leider bisher verhindert, dass der Senatsbericht zur Lage der Behinderten und zur Entwicklung der Rehabilitation in Berlin und der Verstößebericht des Landesbehindertenbeauftragten noch in dieser Wahlperiode parlamentarisch behandelt werden können. Das bleibt Aufgabe für die neue Wahlperiode, zusammen mit einer Wertung der Umsetzung des SGB IX und des</p>	<p><b>VI.5 Welche Maßnahmen plant die Partei, um die Stadt für Frauen und Mädchen mit Behinderungen so zu gestalten, daß sie am städtischen Leben uneingeschränkt teilhaben können und ihnen gleichzeitig der Zugang zu Ausbildungsplätzen und zum Arbeitsmarkt gewährleistet wird?</b></p> <p>Die Interessen behinderter Frauen sind bei allen zu treffenden Maßnahmen zu berücksichtigen. Für die FDP ist Behindertenpolitik, ebenso wie Frauenpolitik, keine Spartenpolitik, sondern Bürgerrechtspolitik. Ebenso wie alle anderen auch müssen Behinderte in jedem Lebensabschnitt und in jeder Lebenssituation die Chance bekommen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es möchten und können. Die FDP will eine wirkliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und</p>	<p><b>VI.5 Welche Maßnahmen plant die Partei, um die Stadt für Frauen und Mädchen mit Behinderungen so zu gestalten. Daß sie am städtischen Leben uneingeschränkt teilhaben können und ihnen gleichzeitig der Zugang zu Ausbildungsplätzen und zum Arbeitsmarkt gewährleistet wird?</b></p> <p>Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind in vielen Lebensbereichen einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt. Im Sinne des Gender-Mainstreaming werden wir darauf dringen, dass die spezifische Situation behinderter Frauen in den verschiedenen Handlungsfeldern erhoben und bei politischen Entscheidungen und Maßnahmen berücksichtigt wird. In den Ressorts, in denen die Grünen evtl. zuständig sein werden, sollen in Zusammenarbeit mit dem</p>

<p>beruflichen Rehabilitation notwendig. In Bezug auf die Verbesserung der beruflichen Situation behinderter Frauen und den Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligungen im Arbeitsleben wurden Konzepte entwickelt und es wurde intervenierend und maßnahmeorientiert gearbeitet. Aber ein zentrales Anliegen muss weiterhin der Verbesserung der Datenlage beigemessen werden.</p> <p>Zum Diskriminierungsverbot gehören die Offenlegung und die Verhinderung von Gewalt gegen behinderte Frauen. Um geschlechtsspezifische Benachteiligungen im Bereich der beruflichen Bildung und Beschäftigung Behinderter abzubauen, muss die Förderung behinderter Frauen künftig zu einem integralen Bestandteil der Behindertenpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Frauenpolitik werden. Eine wichtige Aufgabe ist es, die Chancengleichheit behinderter Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt und in der beruflichen Rehabilitation künftig im Sinne des Gender-Mainstreaming umzusetzen. Dafür werden wir uns einsetzen.</p>	<p>Gesetzes zur beruflichen Integration behinderter Menschen. Dabei wird die spezielle Situation von behinderten Mädchen und Frauen besondere Berücksichtigung finden. Wir streben an, dass nach Verabschiedung des Bundesgleichstellungsgesetzes das Berliner Gleichberechtigungsgesetz novelliert wird und hier insbesondere auch die Belange behinderter Mädchen und Frauen zur Überwindung bestehender geschlechtsspezifischer Nachteile ausdrücklich stärker berücksichtigt werden.</p> <p>Neben der grundsätzlichen Forderung nach Erfassung geschlechtsspezifischer Daten, um entsprechende Handlungsstrategien abzuleiten, sehen wir vor allem Handlungsbedarf in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Pflege und Assistenz, Mutterschaft und Gewaltprävention.</p> <p>Wie in der Vergangenheit wird die Einbeziehung der Kompetenz der Interessenvertretungen weiterhin unser Grundsatz sein. Zum Netzwerk behinderter Frauen gibt es bereits gute Kontakte.</p>	<p>kulturellen Leben.</p> <p>Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß Menschen mit Behinderungen mobil sind. Die FDP setzt sich deshalb für einen barrierefreien Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Gebäuden und Plätzen ein, aber auch zu Informationen aller Art.</p> <p>Für behinderte Kinder soll die Regelschule zur Regel werden. Eine fundierte und qualifizierte Ausbildung ist erforderlich, um später gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Wer als Behinderter intellektuell in der Lage ist, dem Stoff der Regelschule zu folgen, gehört dorthin und nicht in eine Sonderschule. Allerdings sind auch Sonderschulen beizubehalten, weil nicht alle behinderten Kinder eine Regeleinrichtung besuchen können. Unverzichtbar ist aus Sicht der Liberalen, daß Behindertenpolitik nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern wesentlich durch sie gemacht wird. Die Position des Behindertenbeauftragten auf Bezirksebene ist deshalb nachhaltig zu verbessern. Es ist darauf zu achten, daß diese Stellen auch mit behinderten Frauen besetzt werden. Die Arbeit von Selbsthilfeorganisationen muß zudem finanziell abgesichert werden.</p>	<p>Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V. Konzepte mit Lösungsstrategien und Prioritätensetzungen zu festgestellten Defiziten erarbeitet werden. Die Umsetzung sollte durch Anreize- und Sanktionen gefördert und von den Betroffenen überwacht werden.</p> <p>Die im Behindertenbericht 2000 für die Verwirklichung der Gleichstellung behinderter Frauen dargestellten Maßnahmen und Vorhaben müssen fortgeführt, auf ihre Wirksamkeit überprüft und ggf. weiter entwickelt werden. Dazu zählt insbesondere die Partizipation behinderter Frauen am Berliner Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter, die Sicherung gleichgeschlechtlicher Pflegeassistenz sowie die Einbeziehung in das Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt.</p> <p>Um der doppelten Diskriminierung auch im Bereich der Bau- und Stadtgestaltung entgegen zu wirken, setzen wir uns für die Etablierung von <b>Frauenbeiräten für Stadtplanung</b> in den Bezirken und die politische Aufwertung ihrer Arbeit z.B. als "Träger öffentlicher Belange" in Planungsverfahren ein.</p> <p>Frauen werden anders krank als Männer, diese Tatsache wurde von der Schulmedizin lange Zeit nicht als relevant akzeptiert. Hier muß dringend Aufklärungsarbeit geleistet werden für MedizinerInnen und Laien. Wir wollen das <b>Frauengesundheitsnetzwerk</b> fest in der Berliner Gesundheitspolitik verankern. Es soll Strukturen in gesundheitsrelevanten Bereichen, die sich an den Lebensbedingungen und Bedürfnissen von Frauen orientieren, fördern. Es soll ein breites Bündnis aufbauen, gesundheitliche Angebote für besondere Zielgruppen verbessern und Fähigkeiten zur Eigenverantwortung von Frauen im Sinne von Empowerment stärken.</p>
SPD	PDS	FDP	Bündnis 90/ Grüne

<p><b>VII. Anti-Gewalt-Politik</b>  <b>VII.1 Welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen gibt es zur Umsetzung des Berliner Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt (BIG) bei der Polizei, Justiz und Verwaltung?</b></p> <p>Gewalt gegen Frauen ist ein Thema, mit dem sich die SPD intensiv beschäftigt. Es ist ein Ziel unserer Politik, Frauen den größtmöglichen Schutz vor Gewalt zu bieten. Dabei sind präventive Maßnahmen ebenso wichtig wie Hilfsangebote für Frauen und für deren oft mitbetroffene Kinder in Gewaltsituationen. Die SPD unterstützt die Entwicklung eines regionalen Aktionsplanes zur Umsetzung der Richtlinie der Bundesregierung, wonach nicht das Opfer, sondern der Täter die gemeinsame Wohnung verlassen muss.</p> <p>In unserer Stadt gibt es eine gute Infrastruktur an Projekten und Einrichtungen, die Hilfe und Schutz anbieten. Mit dem Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt (BIG) ist es unter anderem gelungen, eine Telefonhotline für Frauen in Gewaltsituationen einzurichten. In enger Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei und der Justiz kann so den betroffenen Frauen schnell und wirksam geholfen werden.</p> <p>Zusätzlich wurde im Rahmen eines Modellprojektes ein Bündel von weiteren Maßnahmen entwickelt (Beispiele):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erstellung eines Leitfadens für polizeiliches Handeln bei häuslicher Gewalt</li> <li>- Aus- und Fortbildungskurse für die Polizei (mittlerer und gehobener Dienst) und im Justizbereich</li> <li>- Entwicklung eines Curriculums für die sozialen Trainingskurse für die Männer</li> <li>- Entwicklung von Informationsblättern über zivilrechtliche Schutzmaßnahmen sowie Musterschutzanträge</li> <li>- Merkblatt für das amts- und staatsanwaltliche Handeln</li> </ul>		<p><b>VII. Anti-Gewalt-Politik</b>  <b>VII.1 Welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen gibt es zur Umsetzung des Berliner Interventionsbriefes gegen häusliche Gewalt (BIG) bei der Polizei, Justiz und Verwaltung?</b></p> <p>Ziel liberaler Politik ist es, Frauen den größtmöglichen Schutz vor Gewalt zu bieten. Freiheit bedeutet auch Freiheit von Angst. Dabei sind präventive Maßnahmen ebenso wichtig wie Hilfsangebote für Frauen und für deren oft mitbetroffene Kinder in Gewaltsituationen.</p> <p>Die FDP Berlin fordert, Schutz- und Rehabilitationsmaßnahmen für die Opfer von Straftaten bei den strafrechtlichen Verfahren sehr viel stärker als bisher zu berücksichtigen. Für die Schaffung der dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen setzt sich die FDP ein.</p> <p>Insbesondere bei Gewalt- und Tötungsdelikten, deren Opfer Frauen und Kinder sind, wird der Persönlichkeitsstruktur der meisten männlichen Täter eine umfassende Würdigung zuteil. Strafmildernde Umstände führen oft zu niedrigen Strafen. Psychotherapien haben die Wiedereingliederung der Täter in die Gesellschaft zum Ziel. Die erst durch die Tat in ihrer Psyche geschädigten Opfer und deren Angehörige bleiben dagegen zumeist sich selbst überlassen. Dies muß sich ändern. Die FDP Berlin fordert daher umfassende therapeutische Hilfe für alle Opfer von Gewalt. Im Fall von Tötungsdelikten ist diese Hilfe den nächsten Angehörigen zu gewähren.</p> <p>Die meisten Gewaltdelikte, insbesondere Gewaltdelikte gegen Frauen, werden unter dem Einfluß von aggressionssteigernden Drogen begangen. An vorderster Stelle steht der Mißbrauch von Alkohol. Nach heutiger Rechtsprechung kann der Rauschzustand für den Täter strafmindernd wirken. Die Berliner FDP fordert, Taten, die unter dem Einfluß von Rauschmitteln bzw. Drogen begangen</p>	<p><b>VII. Anti-Gewalt-Politik</b>  <b>VII.1 Welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen gibt es zur Umsetzung des Berliner Interventionsbriefes gegen häusliche Gewalt (BIG) bei der Polizei, Justiz und Verwaltung?</b></p> <p>Zur Umsetzung von BIG und des Antige-waltschutzgesetzes in Berlin werden wir einen Aktionsplan vorlegen, der die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz, Bezirksverwaltungen und Angeboten freier Träger bei häuslicher Gewalt regeln soll. Das Ziel dabei ist, bei häuslicher Gewalt den betroffenen Frauen und Kindern schnell und wirksam zu helfen, die Täter aus der Wohnung zu weisen und mit Auflagen zu verurteilen. Um wirkungsvoll gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution vorgehen zu können, werden wir die Vorschläge</p>
---	--	--	---

		<p>gen werden, generell genauso zu bestrafen wie Taten, die ohne einen solchen Einfluß begangen werden. Das Strafgesetzbuch ist entsprechend zu ändern.</p> <p>Darüber hinaus ist die Richtlinie der Bundesregierung, wonach nicht das Opfer, sondern der Täter die gemeinsame Wohnung verlassen muß, kurzfristig umzusetzen.</p> <p>Schließlich sind mehr Häuser als Zufluchtsort für Erwachsene und Kinder, die aufgrund ihrer häuslichen Situation (Gewalt) Schutz suchen, zu errichten und zu erhalten.</p>	
<p><b>VII.2 Mit welchen konkreten Maßnahmen werden der internationale Frauenhandel und die Zwangsprostitution wirkungsvoll bekämpft?</b></p> <p>In Berlin werden über Zuwendungsmittel verschiedene Einrichtungen gefördert, die ein auf die Belange von Frauen, die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution geworden sind, jeweils spezialisierte Angebote zur Verfügung stellen.</p> <p>Zum anderen werden zwei Zufluchtwohnungen vornehmlich für Frauenhandelsopfer aus Südostasien und Mittel- und Osteuropa gefördert, die neben der Möglichkeit einer anonymen und geschützten Unterbringung auch eine professionelle Betreuung, Begleitung und Beratung der betroffenen Frauen durch hauptamtliche Mitarbeiterinnen sicherstellen. Gerade im Hinblick auf eine mögliche Zeuginnaussage der betroffenen Frauen in einem Strafverfahren gegen die Täter und damit verbunden einer besonderen Gefahrenlage kommt den Zufluchtwohnungen eine besondere Bedeutung zu.</p> <p>Darüber hinaus arbeitet seit 1995 unter dem Vorsitz der Staatssekretärin für Frauenpolitik die an die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen angebundene interdisziplinäre Berliner Fachkommission Frauenhandel. Durch eine Koordinierung aller mit Frauenhandel befassten staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen in Berlin</p>	<p><b>VII.2 Mit welchen konkreten Maßnahmen wird der internationale Frauenhandel und die Zwangsprostitution wirkungsvoll bekämpft?</b></p> <p>Zunehmend werden Frauen aus anderen Staaten nach West- und Nordeuropa zu Prostitutionszwecken gebracht. Selbst diejenigen, die sich bewusst für die Migration entschieden haben, werden oft mit Zwang und Gewalt von skrupellosen Händlerinnen und Händlern unterdrückt und aufgrund der für sie mit der Einreise verbundenen Verschuldung erpreßt.</p> <p>Eine legale Einreise- und Arbeitsmöglichkeit für Frauen in allen nachgefragten Betätigungsfeldern - qualifizierte, tariflich abgesicherte Berufe, Haushalt, private Altenpflege, Prostitution, etc. - ist deshalb ein Schritt gegen Frauenhandel und die Ausbeutung von Frauen.</p> <p>Eine Entkriminalisierung der Frauen ist ebenso dringend nötig wie ein verbesserter Zeuginnenschutz und die Strafverfolgung von Frauenhandel in die Ehe und andere Zwangsarbeitsverhältnisse.</p> <p>Ende des Jahres 2000 wurde in Wien eine UN-Konvention zur Kriminalitätsbekämpfung verabschiedet. Danach ist der Handel mit Menschen in jedem Falle strafbar, gleich, welcher Tätigkeit die Gehandelten anschließend nachgehen. Die PDS fordert, diese Definition in nationales Recht umzusetzen.</p>		

<p>sollen angemessene und konkrete Lösungsansätze für eine effektivere Bekämpfung des Frauenhandels und eine Verbesserung der Situation der Opfer erarbeitet werden.</p>	<p>Ein großes Problem beim Schutz von Frauen, die Opfer des Frauenhandels geworden sind, ist das mangelnde Geld. Es fallen u.a. Kosten für Unterbringung, Verpflegung, Betreuung, psychologische und juristische Beratung, Medizin, Übersetzungen und eventuell die Rückreise an. Selbst wenn alle verstreuten kleinen Finanztöpfe ausgeschöpft sind, bleiben meist Kosten übrig, die ungedeckt bleiben - z.B. bei der Polizei oder den Beratungsstellen. Um diesen Zustand zu beenden, strebt die PDS Fonds an, die von den Ländern eingerichtet und aus denen alle Kosten getragen werden. Er soll vor allem gespeist werden aus dem Geld, das durch die stärker zu nutzende Möglichkeit der Gewinnabschöpfung von Menschenhändlern an die Landesfinanzämter fließt.</p> <p>Darüber hinaus fordert die PDS die Anerkennung geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe als Asylgrund, da sie einen Rechtsanspruch nach § 3 Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) darstellen (Rechtsstellung sonstiger politisch Verfolgter/§ 51 AuslG). Frauen, die durch sexualisierte Gewalt wegen ihrer ethnischen Herkunft, Religion, Nationalität oder wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden, sind als bestimmte soziale Gruppe entsprechend Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und damit im Sinne von § 51 AuslG als gefährdet anzusehen und haben deshalb Anspruch auf den Rechtsstatus nach § 3 AsylVfG.</p>		
--	--	--	--

SPD	PDS	FDP	Bündnis 90/ Grüne
<p><b>VIII. Wirtschafts- und Familienpolitik</b>  <b>VIII.1 Mit welchen Maßnahmen will die Partei die Initiative der Bundesregierung,</b></p>	<p><b>VIII. Wirtschafts- und Familienpolitik</b>  <b>VIII.1 Mit welchen Maßnahmen will die Partei die Initiative der Bundesre-</b></p>	<p><b>VIII. Wirtschafts- und Familienpolitik</b>  <b>VIII.1 Mit welchen Maßnahmen will die Partei die Initiative der Bundesregierung,</b></p>	<p><b>VIII. Wirtschafts- und Familienpolitik:</b>  <b>VIII.1 Mit welchen Maßnahmen will die Partei die Initiative der Bundesregierung,</b></p>

<p><b>Betriebsvereinbarungen zur Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft auf freiwilliger Basis abzuschließen, fördern?</b></p> <p>Die SPD wird in der Wirtschaft massiv für den Abschluss werben und achtet bei der Privatisierung bisher öffentlich wahrgenommener Aufgaben auf die Übernahme der Vereinbarung zur Förderung von Frauen.</p>	<p><b>gierung, Betriebsvereinbarungen zur Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft auf freiwilliger Basis abzuschließen, fördern?</b></p> <p>Die allseits bekannten negativen Zahlen zur Einkommens-, Weiterbildungs- und Aufstiegssituation von Frauen in der Privatwirtschaft wie auch die weitgehende Unwirksamkeit von freiwilligen Verpflichtungen zu einer familienorientierten / gleichstellungsorientierten Personalpolitik waren die Grundlage für die Forderung nach gesetzlichen, einklagbaren Regelungen, wie sie ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft schaffen würden.</p> <p>Frauenverbände, Gewerkschaften, Frauen aus allen gesellschaftlichen Bereichen haben sich für ein solches Gleichstellungsgesetz stark gemacht.</p> <p>Die PDS war und ist der Ansicht, dass nur über gesetzliche Vorgaben der grundgesetzlich verankerte Gleichstellungsauftrag verwirklicht werden kann. Deshalb hat sie einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem gefordert wird, Frauen in den Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, bei gleicher Qualifikation bevorzugt einzustellen. Vergabe von öffentlichen Aufträgen sind an frauenfördernde Maßnahmen zu binden und die privaten Betriebe zu Gleichstellungsplänen zu verpflichten.</p> <p>Insofern hält die PDS freiwillige Betriebsvereinbarungen zur Frauenförderung auch für wenig wirksam. Sie sind nicht flächendeckend durchsetzbar, sie sind abhängig vom good will der Arbeitgeber/in wie von durchsetzungsfähigen BetriebsrätInnen und sie erreichen den größten Teil der erwerbstätigen Frauen überhaupt nicht.</p> <p>Die PDS wird sich weiterhin mit Druck für die Durchsetzung ihrer Forderungen und ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft einsetzen. Gleichzeitig wird die</p>	<p><b>Betriebsvereinbarungen zur Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft auf freiwilliger Basis abzuschließen, fördern?</b></p> <p>Die FDP wird in der Wirtschaft dafür werben, diese Initiative zu unterstützen und freiwillige Vereinbarungen abzuschließen. Die Wirtschaft ist sich bewusst darüber, welches Potential in Frauen steckt. Betriebe vergeben Chancen, wenn sie das vorhandene Führungspotential von Frauen nicht nutzen.</p>	<p><b>Betriebsvereinbarungen zur Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft auf freiwilliger Basis abzuschließen, fördern?</b></p> <p>Eine wesentliche Grundlage für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Erziehung. Bündnis 90/Die Grünen streiten seit vielen Jahren für den Ausbau eines bedarfsgerechten Angebotes an Kindergartenplätzen. Hier besteht insbesondere noch Bedarf an Krippen- und Hortplätzen. Wir treten für die schnelle Einführung der Verlässlichen Halbtagsgrundschule und den Ausbau von Ganztagsangeboten für Grundschulkindern in Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe ein.</p> <p>Unser Ziel ist es, den Geltungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft weiter auszudehnen. Damit sind wir in Berlin auch schon jetzt weiter als die Bundesgesetzgebung. Wir werden in Berlin die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung vertiefen und den Betrieben Beratung zum Thema Frauenförderung und Vereinbarkeit anbieten. (gibt es übrigens schon: z.B. bei KOBRA)</p> <p>Der Bereich Förderung von weiblichen Selbständigen bzw. Förderung von Existenzgründerinnen wurde bislang in Berlin sehr vernachlässigt und dies trotz zukunftsweisender Aspekte der Berliner Entwicklung wie z.B. die hohe Frauenerwerbstätigkeit, der über dem Bundesdurchschnitt liegende Anteil an Selbständigen sowie die Expansion des Dienstleistungssektors. Angesichts dieser Entwicklung müssen in Berlin entsprechende Finanzierungsinstrumente zur Verfügung gestellt werden, welche vor allem die Gründung und Entwicklung von Unternehmungen im Bereich existenzsichernder Selbstbeschäftigung fördern. Hier bietet sich Micro Lending (Kleinst-Kredite) als kostengünstige und erfolgversprechende Technik an. Micro-Lending ist vor allem für Frau-</p>
---	---	--	--

	<p>PDS alle Aktivitäten, Aktionen und Kampagnen des DGB und der Einzelgewerkschaften, aber auch der Kammern und Verbände unterstützen und aufgreifen, die Unternehmen und Beschäftigte zur betrieblichen Gleichstellungsförderung ermutigen und dazu beitragen, Frauentätigkeiten aufzuwerten oder die Verankerung von Gleichstellungsforderungen in Tarifverträgen voranzubringen.</p>		<p>en interessant, da diese in der Regel mit einem wesentlich geringeren Kreditbedarf Existenzgründung realisieren. Bei der IBB wurde in diesem Jahr ein von der Europäischen Kommission finanziertes Projekt zur Entwicklung von Verfahren zur Vergabe von Kleinstkrediten zur Existenzgründung durchgeführt. Dieser erfolgversprechende Ansatz muß fortgeführt werden. Auf Berliner Landesebene gibt es zur Zeit außer dem ARP-Darlehen kein vergleichbares Finanzierungsinstrument im micro-lending-Bereich. Der Ansatz des ARP-Programms ist gut und richtig, allerdings ist die Zielgruppe zu eng gefasst (ausschließlich Gründung aus Erwerbslosigkeit) und es sind keine Begleitmaßnahmen beinhaltet (Selbstfindung der GründerInnen, Fortbildung, Beratung, Coaching). Die Nachfrage nach diesem Programm ist so groß, dass in der Regel bereits in der ersten Jahreshälfte die dafür zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft sind. Es ist also dringend erforderlich, dieses Programm entsprechend an dem Bedarf auszurichten.</p>
<p><b>VIII.2 Wie werden künftig wirtschaftsbezogene Mentorinnenprojekte, geschlechtersensible Netzwerke und Organisationen gefördert?</b></p> <p>Die Förderung von Projekten und Vorhaben erfolgt auf Grundlage des Haushaltes und den dort gemachten Vorgaben. Verschiedene geförderte Modellprojekte haben auch Netzwerkaktivitäten unterstützt:</p> <p>Darüber hinaus unterstützt die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen verschiedene Vorhaben, insbesondere durch Mitgliedschaften in Beiräten von Institutionen, die nicht gefördert werden: Weiterhin findet ein Austausch zwischen den verschiedensten Netzwerken und Organisationen statt. Ein reger Austausch findet zwischen dem Deutschen Gründerinnen-Forum, einem Expertinnen-Netzwerk zur Förderung der Existenzgründung von Frauen und der zuständigen Senatsverwaltung</p>	<p><b>VIII.2 Wie werden künftig wirtschaftsbezogene Mentorinnen-Projekte, geschlechtersensible Netzwerke und Organisationen gefördert?</b></p> <p>Eine wichtige Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode ist es, das Gender-Mainstreaming in der Strukturfondsförderung zu verankern und sowohl die Möglichkeiten der Strukturfonds wie auch die des Arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramms verstärkt für die Förderung von Gründerinnen und Unternehmerinnen, von Netzwerken, von wirtschaftsbezogenen Mentorinnen-Projekten und zu neuen Formen von public-private-partnership und weiteren neuen Formen der Verbindung von public-private-partnership Frauen-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zu nutzen.</p> <p>Hierfür wird sich die PDS aktiv einsetzen.</p>	<p><b>VIII.2 Wie werden künftig wirtschaftsbezogene Mentorinnenprojekte, geschlechtersensible Netzwerke und Organisationen gefördert?</b></p> <p>Die Förderung von Projekten dieser Art ist entsprechend der Haushaltslage zu erhalten und weiter auszubauen.</p> <p>Betriebe ebenso wie einzelne Netzwerke sind zu motivieren, Mentoring und Shadowing als gezielte Personalentwicklungsinstrumente einzusetzen und geeignete weibliche Mitarbeiterinnen gezielt zu fördern und zu motivieren.</p> <p>Auch bei gezielter betrieblicher Unterstützung ist allerdings ohne Eigeninitiative kein beruflicher Aufstieg möglich. Frauen müssen ihr berufliches Fortkommen selbst in die Hand nehmen und Aufstiegsmöglichkeiten zielstrebig wahrnehmen.</p>	

<p>statt. Am 14.10.2001 veranstalten die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen und die Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie den 1.Unternehmerinnentag in Berlin. Auch hier spielt der Netzwerkgedanke eine große Rolle. Es gilt dies auch zukünftig zu unterstützen.</p>			
<p><b>VIII.3 Mit welchen eigenständigen Maßnahmen will die Partei in der Regierungsverantwortung eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem Ziel der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sichern?</b></p> <p>Gleiche Chancen für Frauen und Männer in Beruf, Familie, Politik und Gesellschaft durchzusetzen, ist nach wie vor eine Aufgabe, die es in allen Politikfeldern zu verwirklichen gilt. Im Sinne des europarechtlich verankerten Gender-Mainstreaming-Ansatzes ist die Frauenpolitik dabei als Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder zu verstehen. Die EU-Vorgaben zur Chancengleichheit von Frauen wird Berlin als zentrale Förderungsvoraussetzung konsequent erfüllen. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass frauenspezifische Belange in der Arbeit jeder Senatsverwaltung und aller übergeordneten Politikfelder berücksichtigt und Fördermaßnahmen umgesetzt werden. Alle Gesetze und Maßnahmen müssen auf ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen geprüft werden. Aus diesem Grunde ist auch die Praxis fortzusetzen, dass jede Senatsverwaltung bei der Erstellung des jährlichen Haushalts darlegt, inwieweit bei Entscheidungen über die Verwendung ihrer Mittel dem gleichstellungspolitischen Auftrag der Berliner Landesverfassung Rechnung getragen wird. Der Einsatz moderner Steuerungsinstrumente und Controllingverfahren im Rahmen der Verwaltungsreform muss auch dahingehend genutzt werden, erzielte Gleichstellungsfortschritte deutlich zu machen. Dies erfordert eine ressortübergreifende Politik mit zentraler Koordination und</p>	<p><b>VIII.3 Mit welchen eigenständigen Maßnahmen will die Partei in der Regierungsverantwortung eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem Ziel der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sichern?</b></p> <p>Die individuelle Selbstbestimmung der Frau, ihre ökonomische Unabhängigkeit, ihre gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen, ihr Zugang zu allen Ebenen und Formen von gesellschaftlichen und politischem Einfluss, der Abbau jeglicher Diskriminierung aufgrund des Geschlechts – dies sind Forderungen und Zielstellungen, die sich durch die gesamte Programmatik und Politik der PDS ziehen, außerparlamentarisch wie parlamentarisch auf allen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen.</p> <p>Die allgemeinen Voraussetzungen für eine umfassende Gleichstellung zu schaffen bzw. gegebene Bedingungen zu verbessern, spiegeln sich wider in vielen Anfragen, Anträgen, Gesetzesentwürfen u.a. zur Steuer-, Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik wie zur Beschäftigungs-, der Arbeitsmarkt-, Arbeitszeit- und Strukturpolitik.</p> <p>Beispiel hierfür ist ein umfassender Antrag zur "Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben", den die PDS in den Bundestag eingebracht hat und der zur Grundlage für viele weitere parlamentarische Aktivitäten der PDS wurde (Drs.-Nr. 14/1529). Unter anderem hat die PDS</p>	<p><b>VIII.3 Mit welchen eigenständigen Maßnahmen will die Partei in der Regierungsverantwortung eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem Ziel der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sichern?</b></p> <p>Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Ziele liberaler Frauenpolitik.</p> <p>Ein breites und flexibles Angebot an staatlichen und privaten Kinderbetreuungsplätzen muß geschaffen werden. Erst dann besteht wirkliche Wahlfreiheit für Frauen und Männer, Beruf und Familie zu vereinbaren.</p> <p>Aus Sicht der FDP bedarf es folgender Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Rahmen des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz (halbtags zwischen dem 3. und 6. Lebensjahr) sollte Kinderbetreuung grundsätzlich kostenlos sein. Die dadurch den Kommunen zusätzlich entstehenden Kosten können z. B. im Bund-Länder-Finanzausgleich zu berücksichtigt werden.</li> <li>- Es muß mehr Markt und Wettbewerb zwischen den einzelnen Betreuungseinrichtungen geschaffen werden. Dies wird durch die Einführung der sogenannten KiTa-Card, einem Betreuungsgutschein, erreicht. Damit wird der Anspruch der Eltern auf Kinderbetreuung erfüllt, ohne daß ein konkreter Kindergartenplatz zu-</li> </ul>	

<p>Zielformulierung in der Frauenverwaltung und eine dafür zuständige Senatorin in der Landesregierung. Berlin hat traditionell eine hohe Erwerbsquote von Frauen und ein hohes Niveau der Beteiligung von Frauen in den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Trotz hoher Motivation und Qualifikation sowie der wachsenden Bereitschaft, neue berufliche Wege zu gehen, bestehen für Frauen immer noch größere Hemmnisse als für Männer, einen Einstieg in gut bezahlte Berufe mit Aufstiegschancen zu finden. Frauen sind noch immer überwiegend auf unteren Funktionsebenen beschäftigt und in Leitungspositionen unterrepräsentiert. Deshalb muss in Zeiten grundlegender gesellschaftlicher und sozialer Herausforderungen alles dafür getan werden, dass Frauen gleichberechtigt im Berufsleben gefördert werden. Die Koalitionspartner verpflichten sich zur Fortsetzung einer Arbeitsmarktpolitik, die Frauenförderung als ihren integralen Bestandteil begreift. Eine qualifizierte Ausbildung legt die Grundlagen für die späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Darum sind</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mädchen und junge Frauen an zukunftsorientierten Berufen, wie beispielsweise im Informations- und Technologiebereich, gleichberechtigt zu beteiligen und gezielt zu fördern,</li> <li>- die personenbezogenen Dienstleistungsberufe als qualifizierte Ausbildungs- und Beschäftigungsbereiche weiterzuentwickeln,</li> <li>- die Frauenförderung in der privaten Wirtschaft weiter zu forcieren und konsequent umzusetzen</li> <li>- Frauen weiterhin entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit an den Beschäftigungsprogrammen des Landes Berlin zu beteiligen. Hierbei werden wir künftig verstärkt auf eine gleichberechtigte Teilhabe bei den Maßnahmen achten, die betriebsnah ausgestaltet sind bzw. Unterstützung</li> </ul>	<p>mit ihrem Antrag zur Realisierung der Gleichstellung in der Privatwirtschaft (Drs.-Nr. 14/6032) ein Maßnahmenbündel vorgeschlagen, das u.a. effektive Quotierungsregelungen, verbindliche Gleichstellungspläne, Gleichstellungsbeauftragte in den Betrieben, eine Bundesgleichstellungskommission, die Bindung öffentlicher Aufträge an Chancengleichheit, die Verbesserung der Individualrechte bei Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, die Novellierung des Beschäftigtenschutzgesetzes und Sanktionen enthält.</p> <p>Die PDS kritisiert, dass es zur Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung in den alten Bundesländern so gut wie keine institutionalisierte Kinderbetreuung, kaum Hortplätze und nur wenig Ganztageseinrichtungen gibt. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf ein öffentlich gefördertes Betreuungs- und Freizeitangebot für Kinder bis zu 14 Jahren. Für Erziehende fordern wir ein Zeitkonto über 18 Monate zur Freistellung vom Beruf und eine Lohnersatzleistung für insgesamt 12 Monate.</p> <p>Konkret setzt sich die PDS weiterhin ein für</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o die Korrektur frauendiskriminierender Festlegungen im Arbeitsförderungsgesetz,</li> <li>o eine gesetzliche Verankerung der Klagebefugnis für Verbände und Kommissionen, die die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen im Erwerbsleben zum Satzungsziel haben,</li> <li>o die Schaffung von gleichstellungspolitischen Regelungen für die Wirtschaftspolitik des Bundes-, der Länder und der Kommunen,</li> <li>o die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Berufstätigkeit für Frauen und Männer,</li> <li>o eine solidarische Ausbildungsfinanzierung,</li> <li>o für eine wirksame Erhöhung des</li> </ul>	<p>gewiesen wird. Die Eltern suchen sich statt dessen auf dem Markt der Anbieter (öffentlicher wie privater einschließlich Tagesmüttern) die von ihnen gewünschte Leistung aus und lösen bei dem Anbieter ihrer Wahl ihren Betreuungsgutschein ein. Die Anbieter, die erfolgreich sind und vermehrt nachgefragt werden, erhalten damit mehr Mittel als die, die in Lethargie verharren und keine bedarfs- und nachfrageorientierten Leistungen (z. B. flexible Öffnungszeiten) anbieten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Angebot an Ganztagschulen für alle Schultypen ist deutlich auszubauen, die verlässliche Grundschule muß die Regel werden.</li> <li>- Anfallende Betreuungskosten, wie KiTa-Gebühren, Kosten für Tagesmütter etc. müssen über die bisher angesetzten Pauschalbeträge hinaus absetzbar sein (für Arbeitnehmer/innen als Werbungskosten, für Selbständige und Unternehmer/innen als Betriebsausgaben).</li> <li>- Die Errichtung von Betriebskindergärten ist durch flexible und vereinfachte gesetzliche Verfahren zu erleichtern. Die steuerliche Absetzbarkeit entsprechender Ausgaben auf Arbeitgeberseite ist zu gewährleisten.</li> <li>- Elterninitiativen, die sich zur Eigenorganisation zusammensetzen, um gemeinsam eine private Kinderbetreuung zu organisieren, sollen durch Auflockerung bestehender Betreuungsgesetze und Verwaltungsverordnungen wesentlich unterstützt werden.</li> </ul> <p>Nach Aussagen von Unternehmern und Personalchefs sind die Belastungen der Arbeitgeber infolge Schwangerschaft und Erziehungszeiten nach wie vor das</p>	
--	--	--	--

<p>bei der Förderung lebenslangen Lernens geben.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- weitere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entwickeln und umzusetzen und dabei Männer gezielt anzusprechen,</li> <li>- mehr Möglichkeiten des Wiedereinstiegs in das Berufsleben nach der Familienpause anzubieten,</li> <li>- arbeitslose Frauen so zu qualifizieren und umzuschulen, dass sie wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.</li> </ul> <p>Kernstück der Frauenpolitik in Berlin ist das Landesgleichstellungsgesetz. Seine Weiterentwicklung bleibt auch in der nächsten Wahlperiode Schwerpunkt der Gleichstellungspolitik. Die damit verbundene Steigerung des Frauenanteils im gehobenen und höheren Dienst und bei der Gremienbesetzung ist weiter voranzutreiben und auch bei insgesamt sinkendem Personalbestand des öffentlichen Dienstes sicherzustellen. Die Zumessung der finanziellen Mittel für die einzelnen Senatsverwaltungen wird daraufhin überprüft, inwieweit sie die Ziele ihrer Frauenförderpläne erreicht haben. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass bei der Verwaltungs- und Gebietsreform dem erweiterten Arbeitsbereich für die Frauenvertreterinnen entsprechend Rechnung getragen wird. Als größter Berliner Arbeitgeber für Frauen hat der öffentliche Dienst eine besondere Verantwortung, deren Interessen zu berücksichtigen. Eine Verwaltungsreform, die Frauenförderung nicht als ihren zentralen Bestandteil begreift, ist zum Scheitern verurteilt. Auf allen Feldern der Verwaltungsreform gilt es, die Zielsetzung der Frauenförderung im Auge zu behalten und das Landesgleichstellungsgesetz konsequent umzusetzen und Frauen gezielt an allen Gremien zu beteiligen. Der Einsatz moderner Steuerungsinstrumente muss auch dahingehend genutzt werden, erzielte Gleichstellungsfortschritte oder –defizite erkennbar zu</p>	<p>Frauenanteils in Wissenschaft und Forschung , u.a. durch eine Dienstrechtsreform und die Einbeziehung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in gleichstellungspolitischen. Maßnahmen und Regelungen,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o für eine Novellierung des Arbeitszeitgesetzes (mit beschäftigungs- und gleichstellungspolitischer Orientierung, u.a. einer Begrenzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit auf 40 und der täglichen Arbeitszeit auf 7 Stunden, der rechtlichen Absicherung von Arbeitszeioptionen und Sicherstellung der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit).</li> </ul>	<p>größte Handicap bei der Anstellung von Frauen, insbesondere in gehobenen Positionen. Die Berliner FDP setzt sich deshalb dafür ein, daß die mit der Einstellung von Frauen verbundenen finanziellen Risiken für die Unternehmen zurückgefahren werden. Kündigungsschutz für Schwangere, Mutterschutz und Elternzeit (Erziehungsurlaub) stellen ein hohes Gut dar, das es zu schützen und zu erhalten gilt. Die gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen sind dazu wenig geeignet. Aufgrund der mit ihnen verbundenen einseitigen finanziellen Belastungen von insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen und Selbständigen hemmen sie die Berufstätigkeit von Frauen mehr als daß sie sie fördern. Statt der einseitigen Belastung Weniger bedarf es einer gleichmäßigen Verteilung der mit der Kindererziehung verbundenen finanziellen Risiken auf die gesamte Gesellschaft. Es ist deshalb über Lösungen nachzudenken, bei denen den Unternehmern ein finanzieller Risikoausgleich gewährt wird. Im übrigen ist auf weitere "Schutzgesetze" speziell für Frauen zu verzichten, da sich diese Gesetze in der Vergangenheit als Bumerang erwiesen haben, die die Einstellung von Frauen verhindern, statt sie zu fördern.</p> <p>Um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können, ist neben einer deutlichen Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsalltages erforderlich. In der Vergangenheit haben sich insbesondere die Gewerkschaften immer wieder gegen die Einführung von flexibleren Arbeitszeiten, Job-Sharing und Telearbeitsplätzen gewehrt. Die Berliner FDP sieht genau darin Möglichkeiten, den beruflichen Einstieg und Aufstieg von Frauen erheblich zu erleichtern. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, daß im Konsens mit der Wirtschaft mehr Teilzeitarbeitsplätze, auch</p>	
--	--	--	--

<p>machen.</p>		<p>im Management und bei den obersten Führungspositionen geschaffen, flexible Arbeitszeiten und Job-Sharing verstärkt zugelassen und Telearbeitsplätze ausgebaut werden.</p> <p>Neben der Erwerbsarbeit gebührt auch der Haus- und Familienarbeit hohe gesellschaftliche Anerkennung. Frauen und Männer müssen sich in der Ehe oder Partnerschaft frei entscheiden können, welchen Bereich sie während eines bestimmten Lebensabschnittes vorrangig übernehmen wollen. Entscheiden sich Frauen bewußt dazu, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben und sich ganz oder für einen bestimmten Zeitraum der Familie zu widmen, ist dies zu akzeptieren.</p>	
<p><b>VIII.4 Mit welchen Zielvorgaben und konkreten Maßnahmen werden Existenzgründungsprogramme und die Förderung von weiblichen Selbständigen gender-sensibel ausgerichtet?</b></p> <p>Hier gilt der Grundsatz des Arbeitsmarktpolitischen Programms. Danach sind Frauen an allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Landes Berlin entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen zu beteiligen. Das Frauenförderprogramm ist ein Bestandteil des ARP. Derzeit werden darüber drei Projekte im Existenzgründungsbereich gefördert:</p> <p><b>- Akelei e.V.</b> Akelei wendet sich an erwerbslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen. In Orientierungs- und Intensivkursen werden Grundlagen für eine Existenzgründung vermittelt. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Buchführung, Marketing, Fördermöglichkeiten, Rechtsformen und dem gemeinsamen Erstellen eines Konzeptes. Weiterhin finden zu den einzelnen Bereichen vertiefende Kurse sowie Workshops, Seminare und Unternehmerinnen-Stammtische zu fachspezifischen Themen statt.</p>	<p><b>VIII.4 Mit welchen Zielvorgaben und konkreten Maßnahmen werden Existenzgründungsprogramme und die Förderung von weiblichen Selbständigen gender-sensibel ausgerichtet?</b></p> <p>Für immer mehr Frauen ist die Gründung einer eigenen Existenz eine Alternative zu Arbeitslosigkeit oder auch der Versuch, den Weg in eine selbstbestimmte Arbeit zu gehen. In Berlin erfolgen mehr als 1/3 aller Gründungen durch Frauen, ihr Anteil an den Fördermitteln und Maßnahmen ist jedoch weiterhin gering.</p> <p>Voraussetzung für eine wirksamere Gründerinnenförderung ist, dass sich das inzwischen vorhandene Bewusstsein für die besonderen Probleme von Gründerinnen endlich in einer neuen integrierten Förderpolitik niederschlägt.</p> <p>In den letzten Monaten hat sich die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus verstärkt mit der Situation von Existenzgründerinnen beschäftigt und sie wird dies auch weiterhin tun. Gründerinnenförderung muss zu einem eigenen Politikfeld werden und neue</p>		

<p>- <b>economista e.V.</b> Zielgruppe von economista sind Frauen, die sich nach einer Familienphase umorientieren wollen und Sozialhilfeempfängerinnen. Economista bietet 2 Kurse von je 11 Wochen im Jahr an. Die Kurse geben den Teilnehmerinnen die Möglichkeit, Chancen und Risiken der Selbständigkeit zu überdenken, die eigene Geschäftsidee zu entwickeln und sich das nötige know how anzueignen</p> <p>- <b>I.S.I. – Initiative Selbständiger Immigrantinnen e.V.</b> Das Projekt wendet sich ausschließlich an Immigrantinnen und bietet eine 1-jährige Qualifizierung (inklusive Praktika) sowie Beratung für zukünftig selbständige Immigrantinnen an. Diese modellhaften Maßnahmen unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht von anderen Maßnahmen. So sind frauenspezifische Didaktik und Methodik aber auch frauenspezifische Lerninhalte wesentliche Merkmale der Kurse. Vorbildfunktion des weiblichen Lehr- und Beratungspersonals und die Berücksichtigung der besonderen Lebenssituation von Frauen machen darüber hinaus die Qualität der Maßnahmen aus.</p> <p>Neben den speziellen Aktionen für Frauen sind selbstverständlich alle Aktivitäten für Gründer/innen und Unternehmer/innen geschlechtersensibel auszurichten.</p>	<p>Schwerpunkte setzen. Dazu gehören z.B. die Schaffung von und Einbindung von Gründerinnen und Unternehmerinnen in Informations-, LieferantInnen- und Vertriebsnetzwerke, der Auf- und Ausbau branchenspezifischer Beratung und Begleitung, verstärkte Coaching- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die stärkere Einbindung in die bezirkliche Wirtschaftsförderung, der Zugang zu Kapital unter zunehmend schwieriger werdenden Beschaffungsbedingungen, die soziale Absicherung wie auch Verschuldungsfragen. Die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus diskutiert zur Zeit intensiv über Möglichkeiten, die Ziele und Strukturen der Wirtschaftsförderung zu verändern und Fördermittel künftig statt in einzelne Unternehmen in die Entwicklung von Infrastruktur zu leiten. Damit verbunden ist, dass sogenannte "weiche" Bereiche wie Bildung/Weiterbildung, Kultur und Gesundheit in den Mittelpunkt rücken.</p> <p>Hier ergeben sich auch neue Chancen für die Verbindung von Wirtschaftsförderung und Frauenförderung und für die Aufwertung von Branchen, in denen vor allem Frauen gründen und ihre Unternehmen führen.</p> <p><b>VIII.5 Wie soll die Wirtschaft für neue Formen des public private partnership, für eine Beteiligung an der Finanzierung von Kultur, Bildung und... gewonnen werden?</b></p> <p>Die Neuwahlen in Berlin erfolgen vor dem Hintergrund, dass ein neuer Senat, ein neues Parlament die Aufgabe haben, die Verzerrungen und Fehlentwicklungen zu korrigieren, die durch Filz, Korruption, Verschwendung, verfehlte Investitionen in Großprojekte und eine einseitige Orientie-</p>		
--	---	--	--

	<p>rung auf externe Wachstumsimpulse entstanden sind. Die bisherige Entwicklung ging vor allem zu Lasten eigener Potentiale. Berlin braucht ein neues (und auch ein Hauptstadt-)Klima, eine Vision für die eigene Zukunft, ein Bewusstsein für die eigenen Schwächen, Stärken, Möglichkeiten und neu zu gehende Wege, wie sie u.a. von den Verfassern der Berlin-Studie aufgezeigt werden. In einem solchen neuen Aufbruchklima können sich neue Formen des public-private-partnership auch für die Finanzierung von Kultur, Bildung, Wissenschaft und... entwickeln.</p>		
--	---	--	--

SPD	PDS	FDP	Bündnis 90/ Grüne
<p><b>IX. Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik</b></p> <p>IX.1 Wie und bis wann wird das Ziel einer flächendeckenden qualitativ hochwertigen ganztägigen Betreuung der Kinder in den Bildungseinrichtungen umgesetzt werden?</p>	<p><b>IX. Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik</b></p> <p>IX.1 Wie und bis wann wird das Ziel einer flächendeckenden qualitativ hochwertigen ganztägigen Betreuung der Kinder in den Bildungseinrichtungen umgesetzt werden?</p>	<p><b>IX. Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik</b></p> <p>IX.1 Wie und bis wann wird das Ziel einer flächendeckenden qualitativ hochwertigen ganztägigen Betreuung der Kinder in den Bildungseinrichtungen umgesetzt werden?</p>	<p><b>IX. Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik</b></p> <p>IX.1 Wie und bis wann wird das Ziel einer flächendeckenden qualitativ hochwertigen ganztägigen Betreuung der Kinder in den Bildungseinrichtungen umgesetzt werden?</p>

<p>Berlin verfügt über ca. 1000 Schulen. Davon haben schon jetzt 342 Schulen ein geschlossenes oder offenes Ganztagsangebot. Der überwiegende Teil sind Grundschulen (222) und fast alle Gesamtschulen (64 von 68), dazu kommen noch 56 Sonderschulen. Wir haben noch keine Ganztagschule im Bereich der Haupt-, Realschule und Gymnasien. Ganztagschulen kosten ca. 2 Lehrerstellen und 1 Sozialarbeiterstelle pro Schule. Es gibt noch keinen Zeitplan, sondern die Zusage: Ja, wir wollen Ganztagschulen (familienfreundlich, bildungsintensiv etc.). Wir wollen sie vordringlich in den sozial belasteten Gebieten, um Defizite bildungsferner Elternhäuser besser ausgleichen zu können, aber auch um Leistungsstärken stützen und besondere Begabungen besser entwickeln zu können. Die tatsächliche Einrichtung und der zeitliche Ablauf samt Kostenplan werden Teil der Koalitionsverhandlungen und Aufgabe des neuen Senats sein.</p>	<p>Nach Auffassung der PDS haben die Kitas einen Bildungsauftrag, der bislang jedoch unterschätzt und durch jahrelange Kürzungen nicht adäquat umgesetzt werden konnte.</p> <p>Die PDS setzt sich für eine Verbesserung der Situation der Kitas ein u.a. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Rücknahme der jüngsten Rechtsverordnung über die Änderung des Kita-Anmeldeverfahrens, bei gleichzeitiger Angleichung der Anmeldeverfahrensregelung für die ganze Stadt dergestalt, dass das gesetzliche Wunsch- und Wahlrecht der Eltern auf eine ihrem Bedarf entsprechende Tagesbetreuung respektiert und der Kita-Besuch aller Kinder gefördert wird.</li> <li>o Eltern, die ein niedriges Einkommen beziehen, sollen für die Tagesbetreuung ihrer Kinder nur einen finanziellen Beitrag zum Mittagessen leisten. Ansonsten soll für sie die Betreuung ihrer Kinder kostenfrei sein.</li> <li>o Überprüfung der Kita-Personalverordnung: Die Bezirke sollen selbst entscheiden, in welchen Stadtquartieren sie einen Personalzuschlag benötigen. Den Personalzuschlag für Kinder nicht-deutscher Herkunftssprache soll es bereits ab einem Anteil von 30 statt bisher 40 Prozent dieser Kinder in einer Kita geben.</li> </ul> <p>Wir denken, dass diese Schritte dazu führen, die sozialen Zugänge zur Kita zu erleichtern, die Personal- und Betreuungssituation zu verbessern und den Bezirken mehr Kompetenzen zur kleinräumigen Lösung von Problemen zu geben.</p> <p>Da diese Vorstellungen nur mit anderen Parteien umgesetzt werden können, ist eine Antwort auf die Frage, bis wann diese Überlegungen umgesetzt werden, nicht möglich. Die PDS Berlin wird sie jedoch mit hoher Priorität in die Debatte bringen.</p>	<p>Mit der Umsetzung ist sofort zu beginnen. Der Anteil der Grundschulen, die eine Ganztagsbetreuung anbieten, ist auszuweiten. Ebenso sind Haupt-, Realschulen und Gymnasien in die Ganztagsbetreuung einzubeziehen. Dazu werden zusätzliche Investitionen erforderlich sein, die aus Sicht der Berliner FDP jedoch dringend getätigt werden müssen, um die Betreuungssituation in Berlin zu verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Die Ki-Ta-Card sollte kurzfristig eingeführt werden.</p>	<p><b>Kitapolitik. Unsere Ziele</b></p> <p>Für Bündnis 90/Die Grünen ist und bleibt die gemeinsame Bildung und Erziehung aller Kinder - deutsche und nicht-deutsche, behinderte und nicht-behinderte, ärmere und reichere - eine wesentliche Aufgabe der Kindertageseinrichtungen.</p> <p>Wir werden uns dafür stark machen, dass alle Kinder die Kita als vorschulische Bildungseinrichtung besuchen können. Eltern müssen über den Anspruch ihrer Kinder auf Förderung informiert werden.</p> <p>Für den Kitabesuch soll offensiv geworben werden, insbesondere in sozial benachteiligten und Migrantenfamilien. Nicht nur der Betreuungsbedarf der Eltern aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit, sondern das Wohl der Kinder muss das Kriterium sein, nach dem sich die Zeit in der Kita richtet.</p> <p>Zur Verbesserung der Chancengleichheit wollen wir dafür sorgen, dass Kinder, die aufgrund ihres sozialen Umfeldes benachteiligt sind, eine besondere Förderung erhalten. Die notwendige Bildungs-offensive für Kinder und Jugendliche nicht-deutscher Herkunft muss bereits in der Kita beginnen. Dazu brauchen die Kitas ausreichend und gut ausgebildetes Personal. Die Grundlagen lebenslangen Lernens müssen ebenso wie interkulturelle und (Sprach-)Förderkonzepte fester Bestandteil der ErzieherInnen-ausbildung und der pädagogischen Konzepte der Kitas werden.</p> <p>Um die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit zu gewährleisten, muss das Angebot an Kitaplätzen sich in Anzahl und Öffnungszeiten an den Erfordernissen der Eltern orientieren. Wir setzen uns dafür ein, dass der von den Eltern angemeldete zeitliche Förder- und Betreuungsbedarf beim Antragsverfahren anerkannt und die Beteiligung von Eltern ernst genommen und unterstützt wird. Insbesondere für alleinerziehende Mütter und Väter sollten über die Regelöffnungszeiten hinausgehende Betreuungsangebote bereitgestellt werden.</p> <p>Eltern sind "Experten" für die Erziehung ihrer Kinder. Sie brauchen jedoch - neben der Kinderbetreuung - oft auch weitergehende</p>
--	---	---	---

		<p>Beratung und Unterstützung. Diese wollen wir in die Arbeit der Kitas integrieren und sie zu Dienstleistungs- und Kommunikationszentren für Mütter und Väter entwickeln. Dabei müssen sich die Kitas auf die soziale, kulturelle und sprachliche Vielfalt der Kinder und Familien einstellen. So können z.B. Familienbildung und -beratung für alle Eltern sowie Integrationskurse für Mütter und Väter nicht-deutscher Herkunft in Kitas angeboten werden - auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen.</p> <p>Wir wollen ein vielfältiges Angebot an Tageseinrichtungen in freier und kommunaler Trägerschaft. Dazu gehören auch von Eltern selbst organisierte Spielkreise und Eltern-Kind-Gruppen. Alle Kitas müssen gleiche Chancen für die Entwicklung und Umsetzung von Qualitätsstandards und besonderen pädagogischen Konzepten haben. D.h. unter anderem: Gleiche Ausstattung und Finanzierung der Kitas der freien und öffentlichen Träger.</p> <p><b>Schule</b> muss zu einem Lern- und Lebensort werden und sich der Nachbarschaft und den gesellschaftlichen Anforderungen öffnen. Darauf müssen die Lehrkräfte in der Aus- und Fortbildung besser vorbereitet werden. Dazu gehört auch eine Veränderung der Ausbildung der in der Bildung tätigen Personen unter der Sicht der Gleichstellung von Frauen und Männer. Das Landesinstitut für Lehrerfortbildung kann die Bildungseinrichtungen bei der Entwicklung von Gleichstellungsansätzen unterstützen. Durch gezielte Information- und Werbung soll das Interesse junger Frauen für Lehrämter in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern und junger Männer für den Beruf des Erziehers und Grundschullehrers gefördert werden.</p> <p>Besondere Aufmerksamkeit muss auch den "kleinen" Kulturprojekten, die nicht "Hochkultur" sind gelten. Hier sind durch unsere Kultursenatorin der Übergangsregierung Adrienne Göhler und ihre Staatssekretärin Alice Ströver sofort bei Amtsantritt Maßnahmen</p>
--	--	--

			men eingeleitet worden um wenigstens einiges zu retten. In Zukunft soll bei einer Regierungsverantwortung von Bündnis 90/Die Grünen durch Umschichtung gewährleistet werden, dass 10% der Mittel in die "anderen" Projekte fließen.
<p><b>IX.2 Mit welchen Maßnahmen soll erreicht werden, dass sowohl in der Struktur des Schulsystems als auch bei den vermittelten Inhalten moderne Rollenbilder gelebt und vermittelt werden?</b></p> <p>Moderne Rollenbilder werden vermittelt durch Medien, die in den Unterricht einbezogen werden, die Lehrerinnen und Lehrer selbst (Frau als Mathe- oder Chemielehrerin, Mann im Hauswirtschaftsunterricht etc.), durch Unterrichtsorganisation (mal bewusst getrennt geschlechtlicher Unterricht in Informatik und Chemie, mal eben auch anders) sowie durch besondere Unterrichtseinheiten oder Projekte. Gender-Mainstream als Teil von Schule wird in Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer thematisiert, die zum großen Teil auf Initiativen der Frauenbeauftragten zurückgehen.</p>	<p><b>IX. 2 Mit welchen Maßnahmen soll erreicht werden, dass sowohl in der Struktur des Schulsystems als auch bei den vermittelten Inhalten moderne Rollenbilder gelebt und vermittelt werden?</b></p> <p>Noch nie waren die Anforderungen an die Berliner Schule so hoch und die daraus folgende Überforderung der Schulen so klar erkennbar wie derzeit. Das ist nicht den Beteiligten an den Schulen vorzuwerfen, also den Lehrer/innen und Schüler/innen, sondern dem Strukturkonservatismus im Bildungssystem und einer überbordenden Schulbürokratie, die sich wie ein Mehltau über alle Reformvorschläge zu legen scheint. Davon sind auch die vielen Überlegungen, moderne Rollenbildung zu vermitteln und zu leben bzw. die geschlechtsspezifische Förderung im Unterricht zu verbessern.</p> <p>Die PDS setzt sich ein für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer unter Beibehaltung der einheitlichen (integrierten) Form zu qualifizieren. Weiterbildung muss so attraktiv sein, dass möglichst viele Lehrerinnen und Lehrer sie nutzen. Ein Schwerpunkt sollte die Geschlechterdifferenzierung sein.</li> <li>o jungen Lehrerinnen und Lehrern Perspektiven im Anschluss an die Ausbildung zu geben. Dazu sollen alle kostenneutralen Möglichkeiten zur Erhöhung des Teilzeitanteils in allen Altersgruppen genutzt werden. Gesichert werden muss, dass der künftige Bedarf an</li> </ul>	<p><b>IX.2 Mit welchen Maßnahmen soll erreicht werden, dass sowohl in der Struktur des Schulsystems als auch bei den vermittelten Inhalten moderne Rollenbilder gelebt und vermittelt werden?</b></p> <p>Durch die entsprechende Ausgestaltung des Unterrichtsmaterials (weg von den alten Rollenbildern hin zu einem modernen Bild). Auch die Unterrichtsorganisation (Möglichkeit des getrennt geschlechtlichen Unterrichts in naturwissenschaftlichen Fächern) sowie die Einrichtung besonderer Unterrichtseinheiten und Projekte kann dazu beitragen.</p>	

	<p>Lehrerinnen und Lehrern auch dann noch gedeckt ist, wenn das Gros aus Altersgründen aus dem Schuldienst ausgeschieden sein wird. Nur die regelmäßige Erneuerung des Lehrkörpers führt dazu, dass neue Lehrinhalte, moderne Rollenbilder und neue Ideen sich in der Schulbildung durchschlagen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Lehrbücher und Rahmenpläne regelmäßig zu überarbeiten und dem aktuellen Wissensstand anzupassen. Das bedeutet auch die Verabschiedung von traditionellen Rollenbildern in Lehrinhalten.</li> </ul> <p>Der gemeinsame Unterricht beider Geschlechter ist eine große Errungenschaft – des letzten Jahrhunderts. Wenn Mädchen und junge Frauen ihre Fähigkeiten in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern und Mathematik in Leistungsfähigkeit und -bereitschaft umsetzen sollen, muss zur Kenntnis genommen werden, dass die zeitweise Aufhebung des gemeinsamen Unterrichts von Mädchen und Jungen im Bundesgebiet ein ausschließlich erfolgreiches Modell ist. Es hat sich gezeigt, dass die jungen Frauen in der Regel bessere Leistungen und ein größeres Interesse an diesen Lernbereichen entwickeln und häufiger einen Beruf aus diesem Themenspektrum ergreifen.</p> <p>Wir plädieren deshalb für einen getrenntgeschlechtlichen Unterricht ab Klasse 7 in den genannten Fächern als freiwilliges Angebot. Wir meinen, dass in der Schule das Angebot der zeitweisen Aufhebung der Koedukation nützlich und ertragreich ist.</p>		
<p><b>IX.3 Welche Unterstützung erhalten geschlechtsdifferenzierende Studien und Forschungen?</b></p> <p>Berlin hat sich zu einem Zentrum der Frauenforschung entwickelt. Die Unterstützung</p>	<p><b>IX.3 Welche Unterstützung erhalten geschlechtsdifferenzierende Studien und Forschungen?</b></p> <p>Im Zusammenhang mit der Weiterführung einiger Nachfolgeprogramme des Hoch-</p>		<p><b>IX.3 Welche Unterstützung erhalten geschlechtsdifferenzierende Studien und Forschungen?</b></p> <p>Hochschule: In Berlin steht derzeit die Umsetzung der</p>

<p>erfolgt auf vielfältige Weise. So ist die weitere Etablierung der Frauen- und Geschlechterforschung und ihrer Lehre im Hochschulstrukturplan des Landes verankert. Wir haben an den drei Universitäten, an der HDK und jetzt auch an der Fachhochschule für Wirtschaft Frauenforschungszentren, an der Humboldt- Universität einen Studiengang Gender Studies und an der Alice- Salomon- Fachhochschule ein Studienzentrum Geschlechterverhältnisse. Gespräche mit den Hochschulleitungen sollen darauf Einfluss nehmen, dass Frauen- und Geschlechterforschung in den Curricula der Studiengänge und Prüfungsordnungen weitere Berücksichtigung findet.</p> <p>Das Berliner Programm zur Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre bietet durch seine Schwerpunktsetzung den Hochschulen und Einzelwissenschaftlerinnen besondere Unterstützung. Es verbindet die Förderung der Einzelwissenschaftlerin mit der Förderung von insbesondere strukturellen Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen. Fast alle Berliner Hochschulen erhalten Stellen bzw. Projektmittel für diesen Zweck. Für Frauen- und Geschlechterforschung werden im Jahr 2001 insgesamt ca. 1,663 Mio. DM ausgegeben. Von 60 Stipendienanträgen in der letzten Ausschreibung wurden 42 Anträge zur Förderung empfohlen. Davon sind 8 Stipendien zur Ausarbeitung eines Forschungsantrages, 25 Abschlussstipendien zur Fertigstellung von Dissertationen und Habilitationen; 8 Forschungsstipendien für begrenzte Forschungsvorhaben und 1 Promotionsstipendium. Der nächste Antragstermin ist der 01. November 2001.</p>	<p>schulsonderprogramms III durch das Land Berlin ist es gelungen, das politisch von CDU und Rechnungshof in Frage gestellte Frauenforschungsprogramm mit Förderprogrammen im Hochschulbereich in Form des "Programms zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre" zu verknüpfen. Dies war ein Erfolg der Senatsfrauenverwaltung und der weiteren Frauen, die daran mitgewirkt haben. Darüber hinaus sind Institutionen wie das "Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung" per Stellenplan und trotz Sparrauflagen im Land Berlin mittlerweile fest etabliert. Andererseits ist trotz der gewachsenen Anzahl der Forschungs- und Studienangebote, die in irgendeiner Form "genuszentriert" sind, offen, ob diese Institutionalisierung von Frauenforschung bzw. Geschlechterforschung schon Indiz für eine erfolgreiche Integration des Geschlechteransatzes in traditionelle Einzelwissenschaften ist und ob sie bereits für eine generelle Akzeptanz im akademischen Fächerkanon sprechen. Wir befürchten, dass dem nicht so ist und wollen die bisherigen Fördermöglichkeiten deshalb beibehalten. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen am 30. März 2000 war deshalb ein besonders wichtiger Schritt zur Durchsetzung entsprechender Interessen.</p>		<p>Stellungnahme des Wissenschaftsrats zur Strukturplanung der Hochschulen in Berlin an. In diesem Zusammenhang müssen die bereits bestehenden gender studies abgesichert und nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden.</p> <p>Dort, wo sich einzelne Hochschulen bereits im Rahmen einer Selbstbindung verpflichtet haben, geschlechtsdifferenzierende Inhalte in Studienpläne und Lehrveranstaltungen zu integrieren, muss die Senatsverwaltung für Wissenschaft auf die Einhaltung dieser Verpflichtung achten; mit anderen Hochschulen können im Rahmen der Fortschreibung der Hochschulverträge Zielvereinbarungen zu einer angemessenen Berücksichtigung und finanziellen Ausstattung entsprechender Lehr- und Forschungsinhalte vereinbart werden.</p> <p>Bezüglich der Umsetzung des LGG an Universitäten und Hochschulen haben wir gerade das Berliner Hochschulgesetz dahingehend geändert, so dass die Frauenbeauftragten künftig nicht mehr nur bei der Frauenförderung, sondern bei allen Frauen betreffenden Belangen ein Mitspracherecht haben. Damit wird die Frauenförderung an die neuen Leitungsstrukturen angepasst. Wir sehen dies als ersten Schritt auf dem Weg zu einem umfassenden gender mainstreaming, das an allen Hochschulen umfassend zu verwirklichen ist.</p> <p>Bei der personellen Zusammensetzung von Gremien, Expertinnenkommissionen und Hochschulkuratorien werden bündnisgrüne FunktionsträgerInnen auch zukünftig bei der Besetzung solcher Gremien dem angemessenen Frauenanteil eine besondere Priorität einräumen und in allen Zusammenhängen darauf achten. Eine formale Quote scheint kurzfristig aus juristischen Gründen nicht möglich; bei einigen Fachbereichen wäre sie auch praktisch kaum zu verwirklichen. Dort, wo Beratungsgremien und Expertinnenkommissionen durch Senat oder Abgeordnetenhaus beauftragt bzw. eingesetzt werden, können bündnisgrüne Funktionsträger-</p>
--	--	--	--

			<p>rInnen direkt auf einen entsprechenden Frauenanteil hinwirken; in hochschulinternen oder Wahlgremien geht dies verständlicherweise nur indirekt.</p> <p>Frauen müssen in allen Bereichen der Hochschule angemessen vertreten sein. Eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils bei den HochschullehrerInnen ist daher dringend erforderlich. Für die einzelnen Fachbereiche muss der anzustrebende Frauenanteil festgelegt werden. Ob dieser Anteil erreicht wird, muss ein wichtiges Kriterium bei der Mittelzuweisung sein. Bereits ab 2002 werden die Landeszuschüsse an die Hochschulen leistungsbezogen vergeben, wobei zunächst bereits 5 % der Mittel allein nach dem Kriterium "Gleichstellung" vergeben werden. Wir wollen bei der Verlängerung der Hochschulverträge hier jedoch eine deutliche Steigerung erreichen.</p>
<p><b>IX.4 Durch welche Zielvorgaben, Maßnahmen und Kontrollen soll gesichert werden, dass das hohe Qualifikationspotential von Frauen sich im wissenschaftlichen Personal der Hochschulen und Forschungseinrichtungen widerspiegelt?</b></p> <p>Das hohe Qualifikationspotential von Frauen in Berlin ist Ausdruck ihres Wissens, ihrer Kompetenz und Kreativität. Vielfältige Maßnahmen wurden ergriffen, die mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden waren und sind, die die Studien und Qualifikationsbedingungen von Frauen an Hochschulen verbesserten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Rechtliche Rahmenbedingungen (HRG, BerlHG)</li> <li>- Auf- und Ausbau von Gleichstellungsstrukturen</li> <li>- Erstellung von Frauenförderrichtlinien</li> <li>- Förderprogramme für Frauen (ehemalige FPF, C1/C2-Stellenprogramm(5 Mio) und jetzt das Berliner Programm (6 Mio)</li> </ul>	<p><b>IX.4 Durch welche Zielvorgaben, Maßnahmen und Kontrollen soll gesichert werden, dass das hohe Qualifikationspotential von Frauen sich im wissenschaftlichen Personal der Hochschulen und Forschungseinrichtungen widerspiegelt?</b></p> <p><b>IX.5 Welche Maßnahmen sind besonders geeignet, um den Frauenanteil an Führungspositionen (Professuren in Hochschulen und Leitungspersonal in Forschungseinrichtungen) zu erhöhen?</b></p> <p>Im Zuge der Fortführung der Hochschulverträge 2003-2005 ist eine jahrelange Forderung der BuKoF, die Einbeziehung des Aspektes "Chancengleichheit von Frauen an Hochschulen" in die leistungsbezogene Mittelverteilung, umgesetzt worden. Es wird sich nun zeigen, in welcher Weise die Hochschulen dieses Instrument nutzen. Wir gehen davon aus, dass damit bisherige Implementationsdefizite bei ent-</p>	<p><b>IX.4 Durch welche Zielvorgaben und Kontrollen soll gesichert werden, daß das hohe Qualifikationspotential von Frauen sich im wissenschaftlichen Personal der Hochschulen und Forschungseinrichtungen widerspiegelt?</b></p> <p>Trotz der positiven Entwicklungen der letzten Jahrzehnte an den Berliner Hochschulen bezüglich der Teilnahme von Frauen an höherer Bildung gibt es in den meisten Bereichen noch erheblichen Handlungsbedarf. Ein typisches "Frauenproblem" besteht darin, daß Frauen von vornherein weniger aufstiegsträchtige Fächer wählen und vor allem in den Ingenieurwissenschaften und den technischen Fakultäten unterrepräsentiert sind. Hier ist wiederum aktive Mädchenpolitik gefordert. Es muß bereits frühzeitig schon in den Schulen dafür gesorgt werden, daß Mädchen Interesse an naturwissenschaftlichen Fächern entwickeln können. Beratungen noch zur Schulzeit sollen ermöglichen, daß sich Mädchen mit Berufsfeldern ausein-</p>	

<p>- Ausgestaltung von Besetzungsverfahren</p> <p>Die Gesamtheit von Anstrengungen zeigt inzwischen Erfolge. Der Frauenanteil hat sich auf den einzelnen Qualifikationsstufen erhöht. Hervorzuheben ist der steigende Anteil von Frauen bei Promotionen (1993: 31,2%; 1999: 38,6%) und bei Habilitationen (1993: 14,8%; 2000: 23,6%). Der Frauenanteil beim hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal betrug 1993 33,1% und 1999 36,7%, an der FU rund 40%.</p> <p>Diese Leistungen Berliner Hochschulen sind anerkannt. Nicht zufriedenstellend ist der Frauenanteil an Führungspositionen, insbesondere an Professuren, obwohl Berlin auch hier eine Spitzenposition einnimmt (1999 Berlin insgesamt 13,2%; BRD insgesamt 9,9%).</p> <p>In den letzten Jahren haben wir in der Hochschulgleichstellungspolitik einen Perspektivenwechsel eingeleitet. Zum einen, die Integration des Ansatzes der Chancengleichheit in den Hochschulreformprozess entsprechend der Gender- Mainstreaming-Strategie. Die Integration findet statt bei den neuen Steuerungsinstrumenten wie Hochschulstrukturplanung, Hochschulverträge, Ziel- und Leistungsvereinbarungen und bei der Entwicklung von Anreizsystemen in den Hochschulen.</p> <p>Die Hochschulverträge sind ein zentrales Steuerungselement der Hochschulpolitik. Sie geben zum einen Planungssicherheit für die Hochschulen, zum anderen schaffen sie Leistungsanreize. In den Hochschulverträgen des Landes Berlin mit den Hochschulen wurden seit 1999 Ziele zur Chancengleichheit verankert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Erhöhung des Frauenanteils auf allen wissenschaftlichen Qualifikationsstufen</li> <li>- Erhöhung des Anteils der Professorinnen</li> <li>- verstärkte Berücksichtigung von Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen bei der Vergabe von Lehraufträgen und Gastprofessuren</li> <li>- Sicherstellung der vertretungsweisen Wahrnehmung der Aufgaben von Frauen</li> </ul>	<p>sprechenden Maßnahmen, wie sie beispielsweise im § 9 der Ergänzungsverträge von 1999 vereinbart worden waren, leichter überwunden werden können.</p> <p>Da eine Aufzählung von Maßnahmen und Kontrollen leicht in die Gefahr gerät, unvollständig zu sein, sollen an dieser Stelle einige Forderungspapiere und Maßnahmenkataloge bzw. Erfahrungsberichte benannt werden, die von der PDS Berlin als Grundlage für die Umsetzung von Chancengleichheit für Frauen in Hochschule und Wissenschaft betrachtet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Zielvorstellungen des Arbeitskreises Wissenschaftlerinnen von NRW, in ZWD Nr. 16/1996, S. 4;</li> <li>o Ergebnisse des Symposiums "Frauenförderung als Schlüsselbeitrag zur Studienreform" an der TFH vom November 1999;</li> <li>o Broschüre "Zehn Jahre Landeskongress der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen. Erfolgreich &amp; unverzichtbar" vom Juni 2001.</li> </ul> <p>Darüber hinaus ist im PDS-Entwurf zu einem neuen Berliner Hochschulgesetz folgender neuer § 7 enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>(1) Die Hochschulen fördern die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Sie wirken darauf hin, dass Frauen und Männer in der Hochschule die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten haben und die für Frauen bestehenden Nachteile beseitigt werden.</li> <li>(2) Die Hochschulen streben in allen Personalkategorien, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, eine schrittweise Erhöhung des Frauenanteils mit dem Ziel der Parität an. Bei gleicher oder gleichwertiger Qualifikation sind Frauen bevorzugt einzustellen.</li> </ol>	<p>anderssetzen, die lange Zeit als "klassisch männlich" galten und dabei bereits unterbewußt erst gar nicht in die Wahl des möglichen Studienfaches mit einbezogen wurden. Die Universitäten sollten vermehrt verantwortlich gemacht werden für Programme und Initiativen dieser Art. Institutionelle Frauenförderung an der Universität muß sich generell einer gezielten Beratung von Studienanfänger/innen widmen.</p> <p>Es muß zudem den Hochschulen ermöglicht werden, sich aus dem starren Regelwerk des öffentlichen Dienst-, Tarif- und Arbeitsrechts zu lösen und eine eigenständige Personalpolitik zu realisieren. Den Hochschulen ist die Dienstthereneigenschaft sowie Tariffähigkeit zu übertragen. Aus Sicht der Berliner FDP würde eine derartige Flexibilität eine attraktivere wettbewerbsfähigere Ausgestaltung vorhandener und neu zu besetzender Stellen ermöglichen. Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sind künftig nach ihren Leistungen einzustellen und zu befördern, wobei die überwiegend bessere Qualifikation den Frauen zugute kommen wird.</p> <p>Frauenförderung heißt schließlich auch, die Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung an den Fakultäten zu verbessern, was eine flexiblere Studiengestaltung nötig macht. Der Ausbau von Universitätskindergärten ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.</p> <p>Nach wie vor hindern schließlich lange Habilitationsverfahren, starre Prüfungsordnungen, wenig Durchlässigkeit zwischen Lern-, Familien- oder Arbeitsphasen viele Frauen bereits zu Beginn einer potentiellen wissenschaftlichen Laufbahn daran, eine solche überhaupt in Betracht zu ziehen. Das Problem liegt in der Struktur der Universität selbst begründet. Das Studium müßte im Gegensatz zum bisherigen Modell in aufeinander aufbauenden Einheiten (Modulen) organisiert sein und sich somit an die veränderten Arbeitsbedingungen auf der einen Seite und an unterschiedliche Lebensent-</p>	
--	--	--	--

<p>während des Mutterschutzes bzw. von Eltern während der Elternzeit - Kinderbetreuung für Hochschulangehörige</p> <p>In den Hochschulverträgen 2003-2005 ist die Einführung eines Systems der leistungsorientierten Mittelzuweisung vereinbart worden. Auch hier ist ein Parameter Gleichstellung aufgenommen worden, der Parameter Neuberufung von Professorinnen wurde zusätzlich aufgenommen und hat einen hohen Stellenwert erhalten. Es wird jetzt darauf ankommen, diese Hochschulverträge zu echten Leistungsverträgen weiterzuentwickeln, die neben quantitativen Kriterien auch qualitative Aspekte zur Chancengleichheit berücksichtigen. Andererseits halten wir gezielte Maßnahmen wie das "Berliner Programm zur Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre" zur Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen für erforderlich. Es zeigt sich, dass das neue Berliner Programm große Potentiale für die Verbesserung der Situation von Frauen in der Wissenschaft enthält. Regelmäßige Berichterstattung, Controlling und Evaluation sind fester Bestandteil der Programmumsetzung. Diese Politik der Doppelstrategie werden wir in den nächsten Jahren fortsetzen. Sie ist erfolgreich.</p>	<p>(3) Die Hochschulen erlassen Richtlinien zur Förderung von Frauen in Forschung, Lehre und Studium sowie zur Förderung des nichtwissenschaftlichen weiblichen Personals (Frauenförderrichtlinien). Die Frauenförderrichtlinien regeln auch die Förderung von Frauen bei der Vergabe von Mitteln.</p>	<p>würfe auf der anderen Seite anpassen. Die Einführung von Junior-Professuren (siehe dazu auch unten) ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.</p>	
<p><b>IX.5 Welche Maßnahmen sind besonders geeignet, um den Frauenanteil an Führungspositionen (Professuren in Hochschulen und Leitungspersonal in Forschungseinrichtungen) zu erhöhen?</b></p> <p>Trotz Bemühungen ist der Frauenanteil in Führungspositionen insbesondere an Professuren nicht zufriedenstellend. Berlin nimmt dennoch eine Spitzenposition ein (1999 Berlin insgesamt 13,2%; BRD insgesamt 9,9%). In den nächsten Jahren müssen daher der Generationenwechsel und die Neubesetzung der Professuren genutzt werden, um Frauen die Chancen zu geben, die ihnen nach Eignung, Befähigung und Leistung zustehen. Nie gab es so viel quali-</p>	<p><b>IX.5 siehe unter IX.3</b></p>		

fizierte Frauen für die Wissenschaft wie heute. Leistungen von hervorragenden und teuer ausgebildeten Frauen in den Hochschulen müssen durch entsprechende Führungspositionen sichtbar werden. Wir brauchen mehr Professorinnen. Bund und Länder haben sich das ehrgeizige Ziel gestellt, ihren Anteil auf 20 Prozent bis zum Jahr 2005 zu erhöhen. Diese Herausforderung wurde bisher von unseren Universitäten nur unzureichend angenommen. Der Frauenanteil bei den Neuberufungen an den Universitäten ist zur Erreichung dieses Ziels zu gering und in den letzten Jahren sogar an der HU und FU rückläufig.

In den Hochschulverträgen 2003-2005 ist die Einführung eines Systems der leistungsorientierten Mittelzuweisung vereinbart worden. Auch hier ist ein Parameter Gleichstellung aufgenommen worden. Der Parameter Neuberufung von Professorinnen wurde zusätzlich aufgenommen und hat einen hohen Stellenwert erhalten. Die Realisierung erfordert:

- Umsetzung der Gender-Mainstreaming-Strategie in den Hochschulen, Chancengleichheit
  - muss zu einer durchgängigen Führungsaufgabe der Hochschulen werden
- ein sichtbares Engagement der Hochschulleitungen in der Berufungspolitik
- Werkstattgespräch mit den Hochschulpräsidenten (ihren Blick für das Phänomen der strukturellen Diskriminierung schärfen und gemeinsam neue Handlungsstrategien entwickeln)
- Zielvereinbarungen, die die Hochschulen laut Hochschulvertrag mit den Fachbereichen abzuschließen haben müssen so ausgestaltet werden, dass Frauen in Führungspositionen
  - einen hohen Stellenwert erhalten
- Entwicklung von Anreizsystemen innerhalb der Hochschulen
- sozio-kulturellen Wandlungsprozess der Hochschul- und Forschungseinrichtungen, gleichberechtigte Repräsentanz von Frau-

<p>en und Männern auf allen Ebenen und Bereichen als Selbstverständlichkeit</p>			
<p><b>IX.6 Welche Maßnahmen werden ergriffen, damit bei der personellen Zusammensetzung von Gremien, ExpertInnenkommissionen und Hochschulkuratorien ein angemessener Frauenanteil gesichert wird?</b></p> <p>Die Besetzung der Gremien kommt auf vielfältige Weise zustande und nicht alle Besetzungen lassen sich politisch beeinflussen oder rechtlich regeln. Folgende Maßnahmen sind möglich bzw. müssen erfüllt sein- gesetzliche Regelungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Frauen müssen bereit sein, in Gremien mitzuarbeiten und zu kandidieren - wir ermuntern sie</li> <li>- werden Gremien durch Senatsbeschluss besetzt, nehmen wir darauf Einfluss</li> <li>- Erstellung einer Expertinnendatei</li> <li>- Schaffung und stärkere Veröffentlichung von weiblichen Vorbildern</li> </ul>	<p><b>IX.6 Welche Maßnahmen werden ergriffen, damit bei der personellen Zusammensetzung von Gremien, ExpertInnenkommissionen und Hochschulkuratorien ein angemessener Frauenanteil gesichert wird?</b></p> <p>Bei der Beantwortung dieser Frage muss geprüft werden, inwieweit der Landesgesetzgeber normativ oder nur empfehlend wirken kann.</p> <p>Die Zusammensetzung von nicht gesetzlich vorgeschriebenen Gremien und Kommissionen durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen kann und sollte vom Landesgesetzgeber wenn unbedingt nötig kommentiert, aber nicht beeinflusst werden. Dies gilt auch für die zuständige Senatsverwaltung.</p> <p>Expertenkommissionen, Beiräte und andere nicht gesetzlich vorgeschriebene Gremien durch den Senat sollten einen angemessenen Frauenanteil umfassen, dazu müssen auf Senatsebene entsprechende Vereinbarungen getroffen werden. Welche dazu am geeignetsten sind, ist uns jedoch aufgrund der bisherigen Abwesenheit von Regierungstätigkeiten in Berlin bislang noch nicht klar. Die Sachverständigenkommission zur Hochschulmedizin ist jedoch u.a. auch nach dem Kriterium eines angemessenen Frauenanteils besetzt worden.</p> <p>Bezogen auf die Gremien in den Hochschulen, die nach dem Berliner Hochschulgesetz geregelt sind, schlägt die PDS in ihrem Entwurf zu einem neuen Berliner Hochschulgesetz folgenden § 41 Abs. 5 vor:</p> <p>(5) Bei der Zusammensetzung der Gremien sollen Frauen entsprechend ihres Anteil an den Mit-</p>	<p><b>IX.6 Welche Maßnahmen werden getroffen, damit bei der personellen Zusammensetzung von Gremien, ExpertInnenkommissionen und Hochschulkuratorien ein angemessener Frauenanteil gesichert wird?</b></p> <p>Frauen müssen ermuntert werden, in Gremien mitzuarbeiten und zu kandidieren. Expertinnendateien, auf die zurückgegriffen werden kann, sowie die Errichtung von Netzwerken zwischen den einzelnen Hochschulen sind zu errichten.</p>	

	gliedergruppen beteiligt werden.		
<p><b>IX.7 Welche Vorstellungen gibt es, um die Reform der Personalstruktur, insbesondere die Einführung von Juniorprofessuren, zur deutlichen Erhöhung der Frauenanteile bei den HochschullehrerInnen zu nutzen?</b></p> <p>Die Einführung der Juniorprofessur wird begrüßt. Die vorgeschlagenen Regelungen zu den Qualifizierungsbedingungen und Qualifizierungszielen im Rahmen einer Juniorprofessur, die angestrebte wissenschaftliche Unabhängigkeit und die Zuordnung zur Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer werden unterstützt. Die Abschaffung der langwierigen und zeitaufwendigen Habilitation erhöht die Attraktivität des Hochschullehrerberufs gerade auch für Frauen.</p> <p>Die Verkürzung akademischer Karrierewege und die Verjüngung des Erstberufungsalters darf nicht den Zugang zur Juniorprofessur durch starre zeitliche Fristen zwischen dem Beginn der Promotion und dem Beginn der Tätigkeit als Juniorprofessorin versperren.</p> <p>Wir sprechen uns auch gegen direkte und indirekte Altersgrenzen beim Zugang zur Juniorprofessur aus. Nicht immer können akademische Karrierewege geradlinig verlaufen. Umwege müssen auch künftig möglich sein.</p> <p>Die Einführung der Juniorprofessur muss frauenpolitisch begleitet werden. Wir streben konkrete Verabredungen zur Berücksichtigung eines hohen Frauenanteils bei den Juniorprofessuren durch Zielvereinbarungen an.</p>	<p><b>IX.7 Welche Vorstellungen gibt es, um die Reform der Personalstruktur, insbesondere die Einführung von Juniorprofessuren zur deutlichen Erhöhung der Frauenanteile bei den HochschullehrerInnen zu nutzen?</b></p> <p>Die Juniorprofessur soll nach unserer Meinung die Chancen von Frauen zur Berufung auf eine Professur verbessern. Dies setzt voraus, dass Frauen in angemessenem Umfang auf solche Stellen berufen werden. Bei der Einführung dieser neuen Personalkategorie ist deshalb sicherzustellen, dass die Hälfte der Stellen (mindestens aber 40 %) an Frauen vergeben werden, wie dies die BuKoF in ihrer Stellungnahme vom 27. Juni 2001 fordert, die wir uns fast vollständig als Position zu eigen machen.</p> <p>In ihren Konzeptionen verzichtet die Bundesregierung auf eine explizite Abschaffung der Habilitation (im Sinne eines Entzugs des Habilitationsrechts): Es besteht die Gefahr, dass an den Universitäten von JuniorprofessorInnen weiterhin stillschweigend erwartet wird, dass sie sich habilitieren. Die Habilitation ist jedoch immer mehr zu einem Instrument geworden, das gerade Frauen von professoraler Laufbahn ferngehalten hat. Deshalb muss die Habilitation fallen.</p> <p>Zwar soll es - wohl auch dank des massiven außerparlamentarischen Protests - keine Altersgrenzen für JuniorprofessorInnen geben, aber es wird verlangt, dass deren voraus gegangene Promotions- und Beschäftigungsphase (als wissenschaftliche MitarbeiterIn oder wissenschaftliche Hilfskraft) zusammen nicht mehr als 6 Jahre (in der Medizin: 9 Jahre) betragen sollen. Dies halten wir in Übereinstimmung mit der BuKoF-Position für falsch.</p>	<p><b>IX.7 Welche Vorstellungen gibt es, um die Reform der Personalstruktur, insbesondere die Einführung von Juniorprofessuren, zur deutlichen Erhöhung der Frauenanteile bei der Hochschullehre zu nutzen?</b></p> <p>Die FDP begrüßt die Einführung der Junior-Professur, die sie bereits seit Jahren gefordert hat. Die Abschaffung der langwierigen und zeitaufwendigen Habilitation erhöht die Attraktivität des Hochschullehrerberufs auch für Frauen. Bei Junior-Professuren darf es allerdings keine starre Altersregelung geben. Berufliche Umwege – etwa eine mehrjährige Tätigkeit in der Privatwirtschaft – müssen auch zukünftig möglich sein und dürfen nicht von vornherein den Weg in die Junior-Professur versperren.</p>	

JuniorprofessorInnen werden weiterhin als ZeitbeamtInnen beschäftigt. Die Begründung eines Angestelltenverhältnisses ist zwar ebenfalls möglich, aber rechtssystematisch erscheint diese Möglichkeit eher als Ausnahmefall. Dieselbe Kritik gilt analog für die Regelbeschäftigung von ProfessorInnen als BeamtInnen, die Ländern, die ProfessorInnen als Angestellte beschäftigen möchten, einen Begründungszwang auferlegt.

Nicht einmal ansatzweise sind die Perspektiven eines "tenure track", d.h. einer geordneten Laufbahn für den Wechsel von JuniorprofessorInnen auf Professuren oder wissenschaftliche MitarbeiterInnenstellen im Anschluss an die Juniorprofessur, enthalten. Weiterhin wird der promovierte wissenschaftliche Nachwuchs erst nach einer sechsjährigen Bewährungsphase erfahren, ob er dauerhaft an der Hochschule Wissenschaft als Beruf ausüben kann.

Es ist zu begrüßen, dass Übergangsvorschriften für jetzige HabilitandInnen und soeben Habilitierte vorgesehen sind. Eine Übergangsfrist bis 2010 im Sinne eines überhaupt nicht In-Kraft-Tretens der neuen Berufungsvoraussetzungen schießt jedoch über das Ziel hinaus und legt die Neuregelung bis zum Abschluss des derzeitigen Generationenwechsels in der ProfessorInnenschaft auf Eis.

Der Bund kündigt an, dass er in den Jahren 2002 bis 2005 180 Millionen Euro für die Implementation der Juniorprofessuren in den Hochschulen bereit stellen wird. Dieser Betrag - durchschnittlich 45 Millionen Euro pro Jahr - soll "für die für Forschungszwecke benötigte Sachausstattung von Juniorprofessuren" bereit stehen. Die Personalkosten selbst sind also offensichtlich von den Hochschulen bzw. Ländern zu tragen. Allerdings sind die für Juniorprofessuren in Frage kommenden Mittel derzeit für die Beschäftigung von AssistentInnen und DozentInnen gebunden, so-

dass nur eine verzögerte Einstellung von JuniorprofessorInnen - in vollem Umfang erst ab 2008 - die Folge sein dürfte. Um dies zu vermeiden, müsste der Bund also ein sehr viel umfangreicheres Programm auflegen, das sich übergangsweise auch auf die Finanzierung der Personalkosten der JuniorprofessorInnen erstrecken müsste.

**IX.8 Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen die Parteien dafür sorgen, dass neben der "Hochkultur" auch die kleinen freien Träger der Kultur (einschließlich Archive und Bibliotheken) effizient arbeiten können?**

Die Berliner PDS misst der freien kulturellen Szene großes Gewicht bei. Die Vielfalt Berliner Kultur, das Neben- und Miteinander von Hoch- und Off-Kultur, von überregional bedeutsamen Einrichtungen und Ereignissen sowie einer entwickelten Stadtteilkultur ist Zukunftsressource der Großstadt.

Immer stärker wurden Ungleichgewichte im Kulturhaushalt zu Lasten der kleineren Einrichtungen und des zeitgenössischen Kunstschaffens. Strukturelle Defizite und gewachsener Förderlobbyismus wirken fort. Die vielen Kulturen Berlins, darunter die der Migrantinnen und Migranten und der freien Szene, werden unzureichend gefördert. Konkurrenz- und Verteilungskampf machen Kooperation, Schwerpunktsetzung und Strukturumbau fast unmöglich. Viele Kulturinstitutionen Berlins sind inzwischen durch finanzielle Einschnitte in ihrer Existenz bedroht. Kulturpolitik braucht Planungssicherheit und strukturelle Neugestaltung.

Die PDS schlägt vor:

- o In Kooperation mit dem Rat für die Künste, Kulturinstitutionen und Fachverbänden erarbeitet der Senat ein Kulturentwicklungskonzept, in dem die städtischen Kul-

	<p>turaufgaben und infrastrukturellen Rahmenbedingungen detailliert fixiert werden, legt es dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung vor und schreibt es regelmäßig fort.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>o Die Entwicklung der kommunalen Kulturarbeit in den Bezirken ist auch eine gesamtstädtische Aufgabe. In einem Gesetz sollen die Aufgaben der Kulturarbeit in den Bezirken und die Mitverantwortung des Landes für die Finanzierung dezentraler kommunaler Kulturarbeit festgeschrieben werden. Nicht über das Ob, sondern über das Wie sollten die Bezirke in eigener Verantwortung entscheiden.</li><li>o Einführung mehrjähriger Rahmenverträge für alle Kulturinstitutionen, mit denen zugleich ein langfristiges Personalkosten-Management vereinbart wird. So können die Einrichtungen höhere Planungssicherheit, Selbständigkeit und Flexibilität bei den Personalkosten erlangen und ohne ständige Existenzgefährdung zusätzliche Drittmittel für Projekte akquirieren.</li><li>o Spielstätten der freien Szene sind von den Zufälligkeiten einer jährlichen Juryentscheidung zu befreien und durch mehrjährige Zuwendungsverträge abzusichern.</li><li>o Berlin hat seine Verantwortung gegenüber den Stiftungen Zentrale Landesbibliothek und Stadtmuseum zu erfüllen. Publikumsattraktivität und wissenschaftliches Potenzial sind dem Standard der Informationsgesellschaft anzupassen.</li></ul>		
--	--	--	--

SPD	PDS	FDP	Bündnis 90/ Grüne
<p><b>X. Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik</b></p> <p><b>X.1 Mit welchen konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Partei, eine eigenständige Lebensgrundlage und die Integration von Migrantinnen in Berlin zu unterstützen?</b></p> <p>Migrantinnen sollen in Berlin die Möglichkeit erhalten, sich eine eigenständige Lebensgrundlage zu schaffen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei das Erlernen der deutschen Sprache. Aus diesem Grund werden wir uns auch weiterhin darum bemühen, spezielle Angebote zum Spracherwerb für Frauen und Mädchen aufrechtzuerhalten und auszubauen.</p>	<p><b>X. Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik</b></p> <p><b>X.1 Mit welchen konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Partei, eine eigenständige Lebensgrundlage und die Integration von Migrantinnen in Berlin zu unterstützen?</b></p> <p>Grundlage für eine eigenständige Lebensgrundlage ist die Möglichkeit, seinen Unterhalt selbst zu bestreiten. Aufgrund des doppelt so hohen Anteils an Arbeitslosen unter der arbeitsfähigen MigrantInnenbevölkerung in Berlin (35 % in 2000) im Vergleich mit der Arbeitslosigkeit von Berliner/innen deutscher Herkunftssprache (16,5 %) ist es notwendig, den Zugang von MigrantInnen zum Arbeitsmarkt zu verbessern und ihren Anteil in Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen des Landes zu erhöhen, um ihrer offensichtlichen Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt bzw. nicht ausreichenden Qualifikationen zu begegnen. Dabei sollte das besondere Augenmerk auf die Förderung weiblicher Arbeitsloser durch Maßnahmen der Berufspraxis in Verbindung mit einer zukunftsfähigen Qualifikation gerichtet werden.</p> <p>Die Fraktion der PDS im Abgeordnetenhaus von Berlin hat deshalb im April 2001 ein Gesetz zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten und zur Überwindung rassistischer Diskriminierung im Lande Berlin (Integrationsförderungsgesetz - IntegrFG) vorgelegt. Als ein wesentliches Instrument gilt in dem Gesetzentwurf die Funktion des Bundeslandes</p>	<p><b>X. Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik</b></p> <p><b>X.1 Mit welchen konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Partei, eine eigenständige Lebensgrundlage und die Integration von Immigrantinnen in Berlin zu unterstützen?</b></p> <p>Immigrantinnen ist die Möglichkeit zu eröffnen, sich eine eigenständige Lebensgrundlage durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu schaffen. Wichtigstes Element dabei ist das Erlernen der deutschen Sprache. Es sind daher umfassende Sprachkurse für Immigrantinnen anzubieten. Entsprechende Programme sind aufrecht zu erhalten.</p>	<p><b>X. Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik</b></p> <p><b>X.1 Mit welchen konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Partei, eine eigenständige Lebensgrundlage und die Integration von Immigrantinnen in Berlin zu unterstützen?</b></p> <p>Berlin ist eine Einwanderungsstadt und wird es auch in Zukunft bleiben. Die Lebenskraft moderner Städte hängt von ihrer Internationalität und ihrer Offenheit für die Vielfalt der Lebensweisen und Lebensentwürfe ab. Die Stadt wird nicht nur auf weitere Zuwanderung angewiesen sein, sondern muss auch den vielen Flüchtlingen und Asylbewerbern, die bereits hier leben, eine "innere Tür" zur Einwanderung öffnen. Auch die vielen Menschen ohne Papiere sollen unter bundesweit zu klärenden Bedingungen einen legalen Aufenthalt erhalten können.</p> <p>Berlin braucht dringend ein modernes Zuwanderungsgesetz und dies bedeutet vor dem Hintergrund der Zustände in Afghanistan, dass wir darin insbesondere die nicht-staatliche Verfolgung und die Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe verankern müssen.</p> <p>Der Prozess der Internationalisierung der Stadt wird auch in Zukunft nicht spannungsfrei verlaufen. Staat und Politik haben deshalb die wichtige Aufgabe, die Bereitschaft zur Integration auf beiden Seiten nachhaltig zu stärken. Integration darf nicht der Zwang zur Assimilation sein. Vielmehr gilt es auf allen Politikfeldern, die Rahmenbedingungen</p>

	<p>Berlin als öffentlicher Arbeitgeber und als Auftraggeber für Waren und Dienstleistungen. Sie soll für die Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von MigrantInnen genutzt werden. Angelehnt an das bereits geltende Landesgleichstellungsgesetz sowie die Verordnung über die Förderung von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, sollen Anbieter, die Fördermaßnahmen für MigrantInnen durchführen, bei der Auftragsvergabe bevorzugt werden.</p> <p>Die Verbesserung der Chancen von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt wird wesentlich vom Bildungsabschluss bzw. Bildungsstand abhängen. Nach wie vor gibt es im Bildungsbereich erhebliche Defizite. Deshalb wird das Land Berlin für eine integrationsfördernde vorschulische und schulische Bildung und Erziehung sowie für die Kulturförderung in die Verantwortung genommen. So sollen in Modellprojekten erprobte Konzepte der zweisprachigen Betreuung, Bildung und Erziehung von der Kindertagesstätte bis zur Sekundarstufe II sowie Konzepte des interkulturellen Lernens gefördert, die zweisprachige Alphabetisierung an Grundschulen in Wohngebieten mit einem signifikanten MigrantInnenanteil in das Regelangebot überführt werden.</p> <p>Für die Integration nicht unwichtig ist eine erleichterte Einbürgerung. Zur Überwindung des derzeitigen Bearbeitungsstaus von Einbürgerungsanträgen von in Berlin lebenden MigrantInnen will die PDS Verwaltungsvorschriften ändern, d.h. das Einbürgerungsverfahren entbürokratisieren. Dazu gehören: die Erhöhung des derzeit für die Bearbeitung der Einbürgerungsangelegenheiten zuständigen Personalbestandes durch Beschäftigte aus dem Stellenüberhang der Innenverwaltung sowie die Verfahrensvereinfachung durch die Abschaffung einer generellen Überprüfung der Einbürgerungsbewerber/innen aus "Schwerpunktländern" durch den Verfas-</p>		<p>für ein sozial und politisch gleichberechtigtes Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen zu schaffen. Das ist der Kern einer Politik der interkulturellen Anerkennung, wie wir sie vertreten.</p> <p>Interkulturalität stellt auch Ansprüche an die MigrantInnen. Wir beobachten mit Sorge, dass sich MigrantInnen in ihre communities zurückziehen. Dieser Rückzug in abgekapselte Inseln erschwert nicht nur das Zusammenleben in der Stadt, er schadet auch den Einwanderern selbst. Vor allem die gesellschaftlichen Chancen der Kinder, der Jugendlichen und der Frauen leiden darunter. Wir sehen aber auch: Die anhaltenden Defizite bei der Integration haben in erster Linie sozial-strukturelle Gründe. Die hier lebenden MigrantInnen sind überdurchschnittlich von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen, ihre Bildungschancen haben sich kontinuierlich verschlechtert.</p> <p>Wir beobachten mit Sorge, dass ethnische und religiöse Absonderungen andauern. Der Rückzug der ausländischen communities auf abgekapselte Inseln erschwert nicht nur das Zusammenleben in der Stadt, er schadet auch den Einwanderern selbst. Vor allem die gesellschaftlichen Chancen der Kinder, der Jugendlichen und der Frauen leiden darunter. Wir sehen aber auch: Die anhaltenden Defizite bei der Integration haben in erster Linie sozial-strukturelle Gründe. Aus der Migration ist eine Unterschicht entstanden, die von überdurchschnittlicher Armut und Arbeitslosigkeit geprägt ist und zugleich miserable Bildungschancen hat.</p> <p>In den letzten 15 Jahren hat sich die Zahl der Sozialhilfebeziehenden in der ausländischen Bevölkerung mehr als verzehnfacht. Derzeit sind 77.000 EinwanderInnen auf Sozialhilfe angewiesen. Waren 1990 nur 13.000 MigrantInnen in der Stadt arbeitslos, sind es aktuell über 47.000. Die Arbeitslosenquote unter den MigrantInnen beträgt traurige 35 Prozent.</p>
--	---	--	--

	<p>sungsschutz.</p>		<p>Das Bildungsniveau der MigrantInnen weist darauf hin, wie schwer es sein wird, ihre Armut und Benachteiligung in absehbarer Zeit zu beseitigen. Der Anteil nichtdeutscher Jugendlicher, die die Schule ohne Abschluss verlassen, liegt doppelt so hoch wie der Durchschnitt. Nur jeder Zehnte ausländische Schüler erreicht das Abitur, bei den deutschen SchülerInnen sind es immerhin 31 Prozent. Und nur ein Drittel aller ausländischen SchulabgängerInnen findet einen Ausbildungsplatz.</p> <p>Das ist wahrlich keine gute Bilanz für die Integrations- und Bildungspolitik. Zugleich droht die Gefahr, dass das soziale Gefälle in der Gesellschaft zunehmend ethnisch gedeutet wird. Während betroffene Migrantinnen pauschal den "Rassismus der Deutschen" für jeden Misserfolg verantwortlich machen, weisen manche Deutsche mit dem Finger auf die "Unfähigkeit und den mangelnden Willen der Ausländer".</p> <p>Berlin braucht dagegen eine erfolgversprechende und dauerhaft wirkende Strategie zur Integration von Einwanderern und Flüchtlingen. Bündnis 90 / Die Grünen verfolgen hier einen mehrdimensionalen Ansatz und schlagen die folgenden Maßnahmen für ein umfassendes Integrationskonzept vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Als Bildungsangebot für neue Zuwanderer soll Berlin verstärkt <b>Integrationskurse</b> zum Erlernen der deutschen Sprache und der deutschen Gesellschaft und ihrer Institutionen anbieten. Der Besuch soll freiwillig sein und als Anreiz mit verbesserten Aufenthalts- und Arbeitsrechten verbunden werden. Die bereits bestehenden Integrations- und Bildungsangebote, insbesondere die von den Volkshochschulen in Schulen und Kitas angebotenen "Deutschkurse für Mütter" müssen weiter ausgebaut werden. Daneben soll die Integrationsarbeit der</li> </ul>
--	---------------------	--	--

			<p>freien Träger verstärkt unterstützt werden. Wir schlagen vor, die Finanzierung durch weitestmögliche Vermeidung der teuren Abschiebungshaft vorzunehmen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die von vielen Seiten geforderte und in der Tat notwendige <b>Bildungs offensive für Kinder und Jugendliche</b> nichtdeutscher Herkunft muss in der frühkindlichen Erziehung - im Elternhaus und den vorschulischen Bildungseinrichtungen - ansetzen. Kindertageseinrichtungen und Schulen müssen sich der sozialen, kulturellen und sprachlichen Vielfalt der Kinder und Familien stellen. Dazu gehört auch ein Einstellungskorridor für muttersprachliches Personal. Eltern müssen über den Anspruch auf Förderung der sprachlichen und gesellschaftlichen Integration der Kinder in den Kitas informiert, für den Kitabesuch muss offensiv geworben werden. Das derzeit vom Senat geplante Antragsverfahren für einen Kita-platz ist wesentlich zu erleichtern. Integrationskurse für Eltern und Familienbildungsangebote sind und um Kindertageseinrichtungen sind anzubieten.</li><li>• <b>Interkulturelle Konzepte</b> müssen aus ihrem Nischendasein geführt und berlinweit Realität werden. Kinder nichtdeutscher Herkunft sollen dabei insbesondere eine verbesserte Sprachförderung in der deutschen Sprache, aber auch in ihrer Muttersprache erhalten. Dabei setzen wir auch auf den weiteren Ausbau der zweisprachigen Erziehung, damit Einwandererkinder die Chancen ihrer Bilingualität besser nutzen können.</li><li>• Interkulturelles Lernen und integrative Sprachkonzepte, die die Förderung sozialer und motorischer Fähigkeiten beinhalten, müssen in der Aus- und Fortbildung der ErzieherInnen</li></ul>
--	--	--	--

			<p>und LehrerInnen einen höheren Stellenwert bekommen. Personalausschläge für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache sowie sozialstrukturelle Zuschläge sind deutlich zu erhöhen. <b>Sozialstrukturelle Zuschläge</b> dürfen nicht auf die wenigen für das Quartiersmanagement ausgewählten "Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf" beschränkt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kitas und Schulen in "sozialen Brennpunkten" und ihre Öffnung zur Nachbarschaft sind stärker zu fördern. In diesem Zusammenhang fordern wir, die <b>verlässliche Halbtagsgrundschule</b> vorrangig in diesen Gebieten flächendeckend einzuführen sowie kleinere Lerngruppen. Der im Rahmen der Grundschulreform 2000 durchgeführte Schulversuch zeigt, dass die zusätzlichen Betreuungszeiten in altersgemischten Gruppen neue Kommunikationsmöglichkeiten schaffen, die insbesondere auch Kindern nicht-deutscher Herkunftssprache nutzt. Die hier tätigen ErzieherInnen werden zu wichtigen Kontaktpersonen zwischen Schule und Elternhaus. Dadurch wird für viele Eltern, insbesondere ausländische Eltern, die Hemmschwelle gesenkt, die Räume der Schule überhaupt zu betreten.</li> <li>• Wie erfolgreich Integrationsbemühungen sowohl für die schon hier lebenden MigrantInnen wie auch für die zukünftigen Einwanderer sein werden, hängt in ganz entscheidendem Maße von ihrer <b>Teilhabe an Erwerbsarbeit</b> ab. Erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt wiederum steht in Zusammenhang zum Qualifikations- und Bildungsniveau. Teilhabe an Arbeit und Ausbildung ist mehr als ökonomische Unabhängigkeit. Sie bringen private Kontakte, stärken das</li> </ul>
--	--	--	---

			<p>Selbstwertgefühl, erweitern den Horizont und vergrößern die Identifikation mit dem Gemeinwesen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der geringe Anteil junger MigrantInnen im Ausbildungsmarkt - vor allem im öffentlichen Sektor - ist beunruhigend. Berlin braucht eine Dauerkampagne "<b>Ausbildung für alle</b>", um diese Chancenungerechtigkeit abzubauen.</li> <li>• Eine besondere Bedeutung kommt der Öffnung des öffentlichen Dienstes für MigrantInnen zu. Berlins öffentlicher Dienst muß interkulturelle Kompetenz als Schlüsselkompetenz und Vorteil und nicht als Zumutung begreifen und seine Ausbildungs- und Einstellungspolitik (da wo noch ausgebildet und eingestellt wird) darauf ausrichten. Berlin braucht mehr MigrantInnen im öffentlichen Dienst: als LehrerInnen und Kita-ErzieherInnen, in den Bürgerämtern und Verwaltungen und in den sozialen Diensten.</li> <li>• UnternehmerInnen anderer Nationalität tragen erheblich zum Wohlstand Berlins bei, ohne sie wäre Berlin arm dran. Allein die 5.500 türkischen Betriebe beschäftigen 20.000 ArbeitnehmerInnen. Wobei die Aktivitäten zunehmend in den Außenhandel und in die Informationstechnologien dringen. Berlin muß das Potential dieser Unternehmen endlich als <b>Standortvorteil der Region</b> anerkennen und positiv vermarkten. In den Verbänden (z.B. IHK) müssen sie von bloßen Beitragszahlern zu Mitgestaltern werden.</li> <li>• Es sollte verstärkt <b>Hilfestellungen für Existenzgründungen</b> und bei der Kapitalbeschaffung geben. Die Erteilung von Lizenzen und Gewerbezulassungen, z.B. in der Gastronomie und für AnwältInnen, soll erleichtert werden. Berlin sollte die ausländerrechtlich zulässige Mög-</li> </ul>
--	--	--	--

			<p>lichkeit, im öffentlichen Interesse eine selbständige Erwerbstätigkeit für Ausländer zuzulassen, die noch keine Arbeitserlaubnis erhalten, stärker nutzen. Ausländische Berufsabschlüsse müssen anerkannt werden, um Existenzgründungen zu erleichtern. Auch sollte das ethnische Gewerbe stärker in die Wirtschaftsförderung einbezogen werden. Ausländische UnternehmerInnen sollen mehr ausbilden und Unterstützung beim Erwerb der Qualifikation als Ausbilder bekommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine <b>Verbesserung des Ausbildungs- und Qualifikationsniveaus</b> ist als Voraussetzung der Integration in den Arbeitsmarkt zwingend erforderlich. Dazu muß der Zugang von MigrantInnen zu Aus- und Weiterbildung erleichtert werden (Abbau aufenthaltsrechtlicher und arbeitserlaubnisrechtlicher Beschränkungen, Abbau von Beschränkungen im Arbeitsförderungsrecht). Im Arbeitsförderungsrecht brauchen wir die Einführung dezidierter gruppenspezifischer Fördermaßnahmen. An öffentlich geförderten (Land, Bundesanstalt für Arbeit und EU) Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen müssen MigrantInnen zumindest entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosen beteiligt werden. Insbesondere, aber nicht nur, für AussiedlerInnen müssen Anpassungsqualifizierungen entwickelt und angeboten werden, da durch die Nichtanerkennung von Abschlüssen häufig eine massive Dequalifizierung erfolgt (Umschulung von der Physikerin zur Altenpflegehelferin). Wer einen Schulabschluß oder gleichwertigen Bildungsstand hat und eine Lehrstelle gefunden hat, soll eine Arbeitserlaubnis bekommen, egal in welchem Aufenthaltsstatus er oder sie sich befindet. Die Bera-</li> </ul>
--	--	--	--

			<p>tung und Begleitung im Übergang Schule - Ausbildung muss für alle Jugendlichen verbessert werden. Gerade Frauen benötigen Qualifizierungsangebote (1999 waren nach Angaben des LAA 6/7 der arbeitslosen Migrantinnen ohne Schul- und Berufsabschluß).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Berlin muß seine Beschäftigungsangebote in Verbindung mit beruflicher Qualifizierung für erwerbsfähige Sozialhilfeempfangende erheblich ausweiten (Finanzierung durch die eingesparte Sozialhilfe und Landes- bzw. EU-Mittel).</li> <li>• Politische Teilhabe sichern, Einbürgerung erleichtern; Das kommunale Wahlrecht auch für MigrantInnen, die nicht aus der EU kommen, bleibt eine wichtige Forderung, für die wir uns auf Bundesebene einsetzen. Die positiven Erfahrungen in den skandinavischen Länder veranlassen uns, auch das Wahlrecht auf Landesebene zu diskutieren.</li> <li>• In Berlin wird ein Referat für interkulturelles Zusammenleben eingerichtet, das als Stabsstelle beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt ist. Dieses Referat erhält insgesamt eine stärkere Stellung in der Berliner Politik als die bisherige Institution der/des Ausländerbeauftragten. Auch wird der Handlungsbereich des Amtes erweitert, z.B um die Vertretung auch der Belange von SpätaussiedlerInnen und Eingebürgerten generell. Die Leitung des Referats wird vom Abgeordnetenhaus gewählt.</li> <li>• Dem rot/grünen Regierungsbündnis ist mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ein Durchbruch gelungen. Endlich kann unser Land Anschluss an ein zeitgemäßes, nicht-völkisches Staatsverständnis finden. Allerdings sind die Wirkungen der Reformen durch die Verweigerung der Mehrstaa-</li> </ul>
--	--	--	--

			<p>tigkeit begrenzt. Hier werden wir weiter für andere politische Mehrheiten im Bundesrat kämpfen.</p> <p>Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik Wir wollen eine Politik, die den Schutz von Flüchtlingen zum Ziel hat. Dazu muss die bisherige staatliche Ausgrenzungs- und Abschreckungspolitik mit Residenzpflicht, Sammelunterkünften, Arbeitsverboten und verringerter Sozialhilfe gründlich geändert werden. Denn wir wissen auch: Der "institutionelle Rassismus" von Staat und Politik bereitet den Boden für fremdenfeindliche Gewalttaten.</p> <p>Berlin muss seine landespolitischen Spielräume nutzen, um die Bleibe- und Aufenthaltsrechte von Flüchtlingen zu stärken. Als Regel soll gelten: Alle Flüchtlinge erhalten spätestens nach drei Jahren einen gesicherten Aufenthalt. Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung sowie kinderspezifische Fluchtgründe müssen als Asylgrund endlich anerkannt werden.</p> <p>Berlin ist die Hauptstadt der "sans papiers", der Menschen ohne Aufenthaltsrechte. Hier kann Berlin - neben einer bundesweiten "Amnestie" - selber Schritte zur Verbesserung einleiten. Bei der Unterstützung von Menschen durch Sozialeinrichtungen, Gerichte und Schulen muss dem Gesichtspunkt der Humanität eindeutige Priorität gegeben werden. Die Übermittlungspflicht an die Ausländerbehörde hingegen muss zurückstehen.</p> <p>Wenn Schwarzarbeit sowohl eingeschränkt wie auch ihre nachteilige Wirkungen für die betroffenen ArbeiterInnen gemindert werden sollen, brauchen wir eine Generalunternehmerhaftung für entgangene Löhne. Für Frauen, die Opfer von Zwangsprostitution geworden sind, muss Berlin einen besonderen Schutz, Rückkehrhilfen und in ausweglosen Fällen ein Aufenthaltsrecht bieten.</p>
<p><b>X.2 Welche Maßnahmen will die Partei ergreifen, um ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von unter-</b></p>	<p><b>X.2 Welche Maßnahmen will die Partei ergreifen, um ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von</b></p>	<p><b>X.2 Welche Maßnahmen will die Partei ergreifen, um ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von unter-</b></p>	

<p><b>schiedlichen Kulturen zu erreichen? Gibt es aus ihrer Sicht eine "gemeinsame" Antwort auf die Fragen, die unterschiedliche Kulturen aufwerfen? z.B. in den Bereichen Kitas, Schulen, Sportplätze, Medien, Kunst, Kultur, Literatur, Ernährung, Kranken- und Altenpflege?</b></p> <p>Wir werden die Politik der Integration, des Kennenlernens der Kulturen fortsetzen, dazu gehört das Erlernen der Sprache wie das Erlernen und die Ausübung eines Berufes.</p> <p>Eine gemeinsame Antwort auf alle Fragen kann es nicht geben, das geht selbst innerhalb einer Kultur nicht. Aber ist eine "gemeinsame" Antwort wirklich erforderlich? Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und in ganz Deutschland erwerben interkulturelle Kompetenzen, die sich in allen Bereichen des Lebens positiv auswirken. Dies gilt also nicht nur für das Privatleben, sondern auch für das Berufsleben und stellen im Hinblick auf den Standort Berlin einen echten Wettbewerbsvorteil dar.</p>	<p><b>unterschiedlichen Kulturen zu erreichen? Gibt es aus ihrer Sicht eine "gemeinsame" Antwort auf die Fragen, die unterschiedliche Kulturen aufwerfen, z.B. in den Bereichen Kitas, Schulen, Sportplätze, Medien, Kunst, Kultur, Literatur, Ernährung, Kranken- und Altenpflege?</b></p> <p>Ziel und Maßstab für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftssprache ist ihre gleichberechtigte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und öffentlichen Leben. Die PDS wendet sich energisch gegen eine Ethnisierung von Problemen der zunehmenden Armut besonders auch in Teilen der Wohnbevölkerung nichtdeutscher Herkunftssprache und wendet sich den politischen und sozialen Ursachen für Konflikte im Zusammenleben zu. Die PDS setzt sich auch in Berlin für die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, zu denen vor allem auch MigrantInnen gehören, ein. Dabei geht es bezogen auf die MigrantInnen um die Schaffung von Bedingungen, die diese in die Lage versetzen, gleichberechtigt am politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und öffentlichen Leben teilzuhaben. Dies bezogen verweisen wir auf den o.g. Entwurf eines Integrationsförderungsgesetzes.</p> <p>Ausgehend von der Ablehnung einer Ethnisierung sozialer Konflikte, sehen wir durchaus eine "gemeinsame" Antwort in den verschiedenen Bereichen, betreffen diese Probleme zumeist sowohl die deutsche Wohnbevölkerung als auch die nichtdeutscher Herkunftssprache.</p>	<p><b>schiedlichen Kulturen zu erreichen? Gibt es aus ihrer Sicht eine "gemeinsame" Antwort auf die Fragen, die unterschiedliche Kulturen aufwerfen, z. B. in den Bereichen KiTas, Schulen, Sportplätze, Medien, Kunst, Kultur, Literatur, Ernährung, Kranken- und Altenpflege?</b></p> <p>Die Politik der Integration ist fortzusetzen. Berlin ist auf Zuwanderung angewiesen, die Vielfalt der Bürger aus vielen verschiedenen Nationen spiegelt die Integrationsfähigkeit, Toleranz und Weltoffenheit der Stadt wieder. Die Integration der Zugewanderten ist eine Aufgabe der Gesellschaft. In Schule und Beruf, Nachbarschaft und Vereinen müssen Angebote gemacht werden, um eine Teilhabe neuer Bürger am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen. Die FDP Berlin will, daß sie Bestandteil unserer Lebenswelt werden. Um dies zu erreichen, ist unabdingbar, den Immigrantinnen und Immigranten die Erlernung der deutschen Sprache zu ermöglichen.</p>	
<p><b>X.3 Wie steht die Partei zur Quotierung für Immigrantinnen in politischen Parteien, in Frauenprojekten und anderen relevanten öffentlichen Institutionen und Verbänden? Was hält sie von Immigrantinnenbeauftragten in Bezirken mit ho-</b></p>	<p><b>X.3 Wie steht die Partei zur Quotierung für Immigrantinnen in politischen Parteien, in Frauenprojekten und anderen relevanten öffentlichen Institutionen und Verbänden? Was hält sie von Immigrantinnenbeauftragten in Bezirken</b></p>	<p><b>X.3 Wie steht die Partei zur Quotierung für Immigrantinnen in politischen Parteien, in Frauenprojekten und anderen relevanten öffentlichen Institutionen und Verbänden? Was hält sie von Immigrantin-</b></p>	

<p><b>hem Immigrantinnenanteil?</b></p> <p>Eine Institutionalisierung einer weiteren "Beauftragtenstelle" wird kritisch gesehen, denn die Aufgaben werden bereits heute in den Bezirken durch die Frauen- und Ausländerbeauftragten wahrgenommen.</p>	<p><b>mit hohem Immigrantinnenanteil?</b></p> <p>Das Grundgesetz postuliert in Artikel 3 Abs. 2 die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, die Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung zu fördern. Trotz dieses verfassungsrechtlichen Gebots und des Verbots der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (Artikel 3 GG) sind Frauen in der gesellschaftlichen Realität weiterhin gegenüber Männern benachteiligt und haben im Erwerbsleben keinen gleichberechtigten Zugang zu qualifizierten Positionen und allen Tätigkeitsbereichen. Dies gilt auch für die meisten bedeutungsvollen gesellschaftlichen Einflussphären wie Politik und öffentliche Ämter. Ohne Quoten wären wir heute nicht so weit; denn kaum ein Mann ist bereit, freiwillig auf Macht und Privilegien zu verzichten.</p> <p>Das Diskriminierungsverbot aus Artikel 3 des Grundgesetzes muss unter den Bedingungen einer Migrationsgesellschaft konkretisiert werden. Auf gesellschaftspolitischer Ebene arbeitet die PDS mit zahlreichen MigrantInnenorganisationen zusammen. Auch engagieren sich viele MigrantInnen, vor allem in Berlin, für die PDS. Bisher war allerdings die Bereitschaft, sich für die PDS in politische Verantwortung zu begeben, eher gering ausgeprägt. Dabei gibt es logischerweise regionale Unterschiede. In Gebieten mit einem MigrantInnenanteil von 1 oder 2% fällt es sichtlich schwer, Migrantinnen zu gewinnen, da das Potential wesentlich geringer ist als in Gebieten mit höherem MigrantInnenanteil wie in Berlin. Insofern ist die Frage, ob und wie weit eine derartige Quotierung (im Gegensatz zur Frauenquote) sinnvoll ist. Im übrigen ist die frauenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Migrantin. Sie gehört zu den SpitzenkandidatInnen der PDS auf der Landesliste.</p>	<p><b>nenbeauftragten in Bezirken mit hohem Immigrantinnenanteil?</b></p> <p>Die FDP spricht sich grundsätzlich gegen jede Art der Quotierung aus. (s. o.) Jegliche weitere Institutionalisierung durch Schaffung weiterer Beauftragtenstellen wird abgelehnt.</p>	
---	--	--	--

	<p>Die Umsetzung von Quotierung wirft Fragen auf: Sollen Migrantinnen anteilig am Frauenanteil beteiligt werden oder soll es eine extra Quotierung nur für Migrantinnen geben. Zugegebenermaßen gibt es dazu noch keine einheitliche, ausdiskutierte Meinung. Insofern sind wir aber für Anregungen durchaus offen.</p> <p>Zur Frage der Immigrantinnenbeauftragten in Bezirken mit hohem Frauenanteil: Frauenpolitik (feministische Politik) ist nach unserer Auffassung eine Querschnittsaufgabe. Insofern wollen wir eine Verknüpfung von Vorkehrungen erreichen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts und der ethnischen Herkunft zu beseitigen. Hier sollten Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte zusammenarbeiten. Die Besetzung der entsprechenden Stellen sollten sich deshalb ausdrücklich an Migrantinnen richten. Interkulturelle Kompetenz sollte besonders in Bezirken mit hohem MigrantInnenanteil als Qualifikationskriterium gelten (im Sinne der interkulturellen Öffnung des Öffentlichen Dienstes).</p> <p>In unserem Entwurf eines Integrationsförderungsgesetz unterbreiten wir deshalb Vorschläge für die Definition der Aufgaben und Ziele der bzw. des Integrationsbeauftragten auf verschiedenen Ebenen der Berliner Verwaltung und in den Betrieben. Die Funktion der/des Integrationsbeauftragten besteht dabei darin, dienststellenkonkret auf alle Fragen der Ausbildung und Beschäftigung von Migranten und Migrantinnen, sowie auf den Inhalt der Förderpläne gestaltend und kontrollierend Einfluss zu nehmen.</p>		
<p><b>X.4 Wie ist die Position der Partei zu frauenpolitischen Asylgründen und zum eigenständigen Aufenthaltsrecht?</b></p> <p>Wir bewerten das eigenständige Aufenthaltsrecht als sehr positiv.</p>	<p><b>X.4 Wie ist die Position der Partei zu frauenpolitischen Asylgründen und zum eigenständigen Aufenthaltsrecht?</b></p> <p>In der Bundesrepublik wird als verfolgt und damit als Flüchtling nur anerkannt, wer</p>	<p><b>X.4 Wie ist die Position zu frauenpolitischen Asylgründen und zum eigenständigen Aufenthaltsrecht?</b></p> <p><b>X.5 Wie großzügig will die Partei gesetzliche Spielräume nutzen, um von Gewalt bedrohten Frauen ein eigenständiges</b></p>	

	<p>glaubhaft machen kann, dass die Verfolgung durch den Staat, staatsnahe Institutionen oder mit staatlicher Duldung erfolgt. Damit fallen viele Frauen nicht unter diesen Flüchtlingsbegriff. Die meisten bekommen nicht einmal einen Abschiebeschutz. Ihre erlittenen Verletzungen, Demütigungen, Qualen werden allzu oft vom zuständigen Bundesamt als kulturell üblich, als gesellschaftlich normal und damit nicht als asylrelevant hingestellt.</p> <p>Die PDS fordert von der Bundesregierung, die von ihr mitgetragenen Beschlüsse 39 und 73 des UNHCR-Exekutivkomitees sowie den entsprechenden Beschluss der Weltfrauenkonferenz 1995 gesetzlich umzusetzen und für eine entsprechende Auslegung des § 51 des Ausländergesetzes Sorge zu tragen. Danach sind Frauen, die in ihrem Herkunftsland harte oder unmenschliche Behandlung zu erwarten haben, weil sie gegen den sozialen Sittenkodex ihrer Herkunftsgesellschaft verstoßen haben, als "bestimmte soziale Gruppe" im Sinne der GFK anzusehen. Im Rahmen der Harmonisierung des EU-Asylrechts fordert die PDS, dass staatliche und nichtstaatliche geschlechtsspezifische Verfolgung einheitlich als Asyl- und Aufnahmegrund anerkannt wird.</p> <p>Darüber hinaus fordert die PDS:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o ein frauengerechtes Asylverfahren, u.a. Befragung durch Frauen und ohne Beisein von Männern, wenn es die Frauen wünschen, sowie asylrechtliche und psychosoziale Betreuung;</li> <li>o Überprüfung der Erfahrungen und Übernahme der Regelungen in den USA, Kanada, der Schweiz, Österreich und den Niederlanden zur Anerkennung frauenspezifischer Verfolgungsgründe;</li> <li>o eine EU-weite Regelung zum Schutz verfolgter Frauen.</li> </ul>	<p><b>Aufenthaltsrecht zu geben?</b></p> <p>Die FDP fordert seit langem ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehefrauen bzw. nachgezogene Ehefrauen. Das gleiche gilt für geschlechtsspezifische Verfolgung: sie sollte als Asylgrund anerkannt werden.</p>	
--	--	---	--

<p><b>X.5 Wie großzügig will die Partei gesetzliche Spielräume nutzen, um von Gewalt bedrohten Frauen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu geben?</b></p> <p>Nach unserer Auffassung sollen die gesetzlichen Regelungen extensiv ausgelegt werden.</p>	<p><b>X.5 Wie großzügig will die Partei gesetzliche Spielräume nutzen, um von Gewalt bedrohten Frauen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu geben?</b></p> <p>Der geltende § 19 Ausländergesetz bindet das Aufenthaltsrecht für ausländische Ehefrauen und Ehemänner, die im Rahmen des Familiennachzugs bzw. aufgrund der Eheschließung eine Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik erhalten haben, an eine Ehebestandsfrist. Damit begründet er kein eigenständiges, sondern lediglich ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht. Aufgrund der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zwischen den Geschlechtern und der daraus resultierenden konkreten Lebensumstände (z.B. ökonomische Abhängigkeit der Frau) sind Frauen in weitaus stärkerem Maß von den Auswirkungen des § 19 AuslG betroffen als Männer.</p> <p>Die Änderung der Ehebestandszeit auf zwei Jahre als Voraussetzung für die Erteilung einer eigenständigen Aufenthaltsgenehmigung ist nicht ausreichend. Eine bloße Verkürzung der Fristen ändert nichts an der Tatsache, dass Frauen gezwungen sind, eine entwürdigende Situation hinzunehmen, wenn sie nicht ihre Ausweisung riskieren wollen. Jegliche Form von Abhängigkeit verhindert ein gleichberechtigtes Zusammenleben in der Ehe. Der unerträgliche Zustand, dass Männer, wenn die Ehe nicht den Erwartungen entspricht, die ausländische Ehefrau mit Hilfe des Ausländergesetzes in ihr Herkunftsland abschieben lassen können, muss beendet werden.</p> <p>Die PDS fordert ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Ehefrauen und Ehemänner ab der Eheschließung. Eine besondere Härtefallregelung erübrigt sich damit. Nachgezogene ausländische Ehefrauen erhielten mit diesem Entwurf die Möglichkeit, sich von ihren Ehemännern zu trennen, ohne Ge-</p>	<p><b>X.5 siehe unter X.4</b></p>	
--	---	-----------------------------------	--

	<p>fahr zu laufen, ausgewiesen zu werden und womöglich ihre Existenz zu gefährden. Ehemänner könnten ihre Frauen nicht mehr mit dem Ausländergesetz und der Abschiebung unter Druck setzen.</p>		
<p><b>X.6 Welche Anstrengungen sind zu unternehmen, um auch in Berlin illegal lebenden Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen?</b></p> <p>Grundsätzlich gilt, wer sich außerhalb der Rechtsordnung stellt, der darf sich nicht auf sie berufen. Aus diesem Grunde müssen die Bestrebungen darauf hinauslaufen, den Menschen einen Weg aus der Illegalität zu zeigen. Dabei verdienen sie volle Unterstützung.</p>	<p><b>X.6 Welche Anstrengungen sind zu unternehmen, um auch den in Berlin illegal lebenden Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen?</b></p> <p>In Berlin leben nach seriösen Schätzungen ca. 100.000 sich "illegal" in der Stadt aufhaltende Menschen, das heißt Personen ohne Aufenthaltserlaubnis, deren elementare Menschenrechte nicht geschützt sind. Diese befinden sich in einer humanitären Notsituationen. Auch Organisationen und Personen, die Hilfe leisten bzw. leisten wollen, werden kriminalisiert.</p> <p>Ein prekärer oder fehlender Aufenthaltsstatus darf in keinem Fall zu einer Verletzung menschenrechtlicher und grundrechtlicher Standards führen. Die Tatsache, dass im Falle einer Inanspruchnahme staatlicher Angebote zur Absicherung menschen- und grundrechtlicher Standards eine Abschiebung droht, führt zu einer faktischen Entwertung dieser staatlich garantierten Werte. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Für alle sich tatsächlich in Deutschland aufhaltenden Menschen müssen stattdessen entsprechend den Vorgaben des Grundgesetzes grundlegende Menschen- und Grundrechte gesichert sein.</p> <p><b>Die PDS fordert die Legalisierung des Aufenthalts von MigrantInnen ohne Papiere</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o die regelmäßige Legalisierung auf Einzelantrag für MigrantInnen, die seit mehr als einem halben Jahr in der Bundesrepublik Deutschland leben; der Nachweis der Aufenthaltsdauer kann auch durch eine eidesstattliche Versicherung</li> </ul>	<p><b>X.6 Welche Anstrengungen sind zu unternehmen, um auch in Berlin illegal lebenden Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen?</b></p> <p>Das beste Mittel, illegal hier lebenden Menschen zu helfen, ist, ihnen den Weg aus der Illegalität zu weisen.</p>	

	<p>der betreffenden Person erbracht werden;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o die sofortige Legalisierung auf Antrag für Opfer von Gewaltverbrechen, von "Schlepperbanden" und von Zwangsprostitution;</li> <li>o die sofortige Legalisierung auf Antrag für Kinder;</li> <li>o den Verzicht auf eine langwierige Einzelfallprüfung im Rahmen der Legalisierung. Wer einem der oben genannten Kriterien genügt, muss automatisch das Recht auf einen Status erhalten. Das eigentliche Antragsverfahren dient damit nicht mehr dem Erwerb des Rechtsstatus, sondern nur noch dessen formaler Festschreibung, so dass auch Menschen, die diese Festschreibung noch nicht vollzogen haben, bereits als "legal" zu gelten haben;</li> <li>o die Gewährleistung einer ausreichenden, mehrsprachigen Ankündigung der Programme bei gleichzeitiger Bereitstellung von ausführlicher dezentraler Beratung in notwendigem Umfang.</li> </ul> <p><b>Darüber hinaus fordern wir folgende Regelungen für Hilfsorganisationen und andere Personen, an die sich "Illegalisierte" wenden</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Personen und Stellen, an die sich "Illegalisierte" zur Behebung ihrer Notlagen wenden, sollen keine Daten an Ausländerbehörden übermitteln müssen. Hierzu zählen vor allem SozialarbeiterInnen, RichterInnen, ÄrztInnen, MitarbeiterInnen der Krankenhäuser sowie solche Stellen der Polizei, an die sich 'Illegale' wenden können, um Schutz vor Verbrechen (z.B. Ausbeutung oder Menschenhandel) zu erlangen.</li> </ul>		
--	--	--	--

	<ul style="list-style-type: none"><li>o Dasselbe gilt für SchulleiterInnen und LehrerInnen sowie Verwaltungsmitarbeitende von Bildungseinrichtungen, an die sich "Illegalisierte" zur Wahrnehmung ihres Rechts auf Bildung wenden.</li><li>o Beratungs- und Hilfsorganisationen sowie Personen, die mit humanitären Notlagen "Illegalisierter" konfrontiert werden und nach Abhilfe suchen beziehungsweise "Illegalisierte" bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen, sollen ausdrücklich vom Straftatbestand der Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt (§ 92a AuslG) ausgenommen werden, ähnlich wie dies beim Zeugnisverweigerungsrecht der Fall ist.</li></ul> <p>Die PDS hat mehrfach die Abschaffung der Abschiebungshaft gefordert. Auf Landesebene fordert und unterstützt sie, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der "Illegalisierung" von MigrantInnen, Maßnahmen zur Vermeidung von Abschiebung und Abschiebungshaft.</p>		
--	--	--	--

SPD	PDS	FDP	Bündnis 90/ Grüne
<p><b>XI. Bürgerschaftliches Engagement</b></p> <p><b>XI.1 Welche Ziele gibt es hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwillig Engagierte bzw. ehrenamtlich Tätige (Kostenerstattung, Aufwandsentschädigungen, Qualifizierung in den Tätigkeiten der Freiwilligen, Anrechnung auf die Rente, Anerkennung im Erwerbsbereich, Freifahrt im ÖPNV etc.)? Welche Maßnahmen sind geplant?</b></p> <p>Die Bedeutung des Ehrenamtes für unsere Bürgergesellschaft und damit für den Erhalt unserer Demokratie darf nicht unterschätzt werden. Freiwillige Tätigkeit ist für unsere Gesellschaft sehr wichtig. Daher benötigen wir noch viel mehr Menschen, die helfen, anderen Menschen ein breiteres soziales Netz zu weben, in dem diese aufgefangen werden können.</p> <p>Aus diesem Grund soll in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken die bestehende Infrastruktur für freiwilliges Engagement in Berlin erhalten und weiter entwickelt werden.</p> <p>Das könnte unter anderem die kostenlose Nutzung von Raum- und Infrastruktureinrichtungen des Landes und der Bezirke für Freiwilligeninitiativen und Ehrenamtliche sowie hauptamtliche Unterstützung bedeuten.</p> <p>Es werden durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen Fachveranstaltungen gefördert, in denen separat konkrete Anliegen ehrenamtlichen Engagements erörtert werden. Die Ergebnisse sollen auf einer Abschlussveranstaltung im November 2001 präsentiert werden. In diesem Sinn wurde ein "Runder Tisch", ähnlich der Funktion der Enquete-Kommission des Bundestages, ins Leben gerufen, an dem sich verschiedene Expertinnen und Experten, sowie freiwillig Engagierte über aktuelle Sachfragen austauschen. Dazu werden Materialien</p>	<p><b>XI. Bürgerschaftliches Engagement</b></p> <p><b>XI.1 Welche Ziele gibt es hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwillige Engagierte bzw. Ehrenamtlich Tätige (Kostenerstattung, Aufwandsentschädigungen, Qualifizierung in den Tätigkeiten der Freiwilligen, Anrechnung auf die Rente, Anerkennung in Erwerbsbereich, Freifahrt im ÖPNV, etc.)? Welche Maßnahmen sind geplant?</b></p> <p>Es gibt keinen Lebensbereich, der nicht seine grundlegende Existenz, aber auch seine Buntheit und Vielfalt durch das tägliche freiwillige Engagement unzähliger Ehrenamtlicher erhält. Es ist zu einem festen Bestandteil sowie zur Voraussetzung des gesamten gesellschaftlichen Zusammenlebens geworden.</p> <p>Freiwilliges ehrenamtliches Engagement ist auf der individuellen Ebene kein Ersatz für Erwerbsarbeit, insbesondere für Frauen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen und auf der gesellschaftlichen Ebene kein Ersatz für die Pflichtaufgaben des Staates, sondern vor allem Ausdruck dafür, dass die Gesellschaft ihre Dinge selbst in die Hand nehmen und ihre Interessen selbst verwirklichen will und kann. Es muss - besonders im UNO-Jahr der Freiwilligen - ein wichtiges Anliegen von staatlicher Politik und gesellschaftlichen Bemühungen sein, Bürgerengagement zu unterstützen und zu fördern.</p> <p>Die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus meint:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Natürlich ist freiwilliges ehrenamtliches Engagement immer Sache der Einzelnen. Zugleich ist es aber auch Ausdruck von gesellschaftlicher Selbstverantwortung und Selbstorganisation, von der</li> </ul>	<p><b>XI. Bürgerschaftliches Engagement</b></p> <p><b>XI.1 Welche Ziele gibt es hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwillig engagierte bzw. ehrenamtlich Tätige (Kostenerstattung, Aufwandsentschädigung, Qualifizierung in den Tätigkeiten der Freiwilligen, Anrechnung auf die Rente, Anerkennung im Erwerbsbereich, freie Fahrt im ÖPNV etc.)? Welche Maßnahmen sind geplant?</b></p> <p>Freiwillige Tätigkeit ist für unsere Gesellschaft von großer Bedeutung. Außerhalb der klassischen staatlichen oder privaten Arbeitsmarktfelder entstehen hier immer mehr Beschäftigungsmöglichkeiten. Die damit erfolgende Aufwertung der ehrenamtlichen Arbeit ist zu begrüßen. In diesem Bereich werden neue Arbeitsplätze entstehen, die nicht staatlicher Lenkung und Kontrolle, sondern endlich der eingeforderten Eigeninitiative mehr Raum geben können. Die ehrenamtliche Arbeit von Frauen und Männern darf aber weder zum bloßen Ersatz für hauptamtliche Tätigkeit werden noch als "Notnagel" in Zeiten leerer öffentlicher Kassen dienen. Arbeitsmöglichkeiten in diesem Sektor sind als eigenständige Größe in dieser sich verändernden Arbeitswelt zu betrachten und nicht als "Abschiebemöglichkeit" für "sozial engagierte Frauen". Um ehrenamtliche Tätigkeit attraktiver zu gestalten und zu unterstützen, ist das 630-DM-Gesetz abzuschaffen. Es verhindert ehrenamtliche Tätigkeiten mehr, als sie zu fördern. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob durch regelmäßige ehrenamtliche Tätigkeit in gemeinnützigen und karitativen Organisationen steuerfinanzierte Rentenanwartschaften erworben werden können. Die Leistungen der ehrenamtlich Tätigen muß nach Ansicht der Berliner FDP durch Berücksichtigung bei der Berechnung der Rentenanwartschaften im Alter honoriert werden.</p>	<p><b>XI. Bürgerschaftliches Engagement</b></p> <p><b>XI.1 Welche Ziele gibt es hinsichtlich der Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwillige Engagierte bzw. Ehrenamtlich Tätige (Kostenerstattung, Aufwandsentschädigungen, Qualifizierung in den Tätigkeiten der Freiwilligen, Anrechnung auf die Rente, Anerkennung in Erwerbsbereich, Freifahrt im ÖPNV etc.) Welche Maßnahmen sind geplant?</b></p> <p>Bündnis 90/Die Grünen sind aus politischem bürgerschaftlichem Engagement entstanden. Ohne die aktive Beteiligung und das Engagement der BürgerInnen ist für uns ein demokratisches und soziales Gemeinwesen nicht denkbar. Alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben sich in der Vergangenheit ehrenamtlich engagiert, tun es aktuell und werden das auch weiterhin tun.</p> <p>Der in Sonntagsreden immer wieder geäußerten Wertschätzung des Ehrenamts widerspricht allerdings die reale Politik von CDU und SPD in den letzten Jahren. Während in Großprojekte die Millionen flossen und die Risikogeschäfte bei der Bankgesellschaft Milliardenverluste verursachten, wurde bei den Projekten und Einrichtungen freier Träger, die die Infrastruktur für freiwilliges Engagement stellen, immer wieder der Rotstift angesetzt. Der Beschluss der Großen Koalition, in 2001 die Zuwendungen für freie Träger um 5 % zu kürzen, war ein Schlag ins Gesicht für alle BerlinerInnen, die sich im sozialen und vielen anderen Bereichen freiwillig ehrenamtlich betätigen..</p> <p>Neuanfang: Im Nachtragshaushalt wurde auf Vorschlag unserer Fraktion eine Summe von 1 Million DM für die Unterstützung von Initiativen zur Verbesserung öffentlicher Infrastruktur beitragen (z.B. Schul- und Kitarenovierungen, Grünanlagenpflege etc.) beschlossen. Das</p>

<p>erstellt und Fachveranstaltungen in kleinerem Rahmen durchgeführt.</p> <p>Für freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten ist ein umfassender Versicherungsschutz vor allem in der Unfall- und Haftpflichtversicherung zu schaffen. Wir müssen sehen, wie die Qualifizierung von Freiwilligen durch Fortbildungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche gefördert und durch Leistungsnachweise über ihr freiwilliges Engagement auch für den beruflichen Bereich nutzbar gemacht werden kann. Die Öffentlichkeits- und Zusammenarbeit von Freiwilligenagenturen, Organisationen und Helferinnen und Helfern soll verbessert werden. Durch ein Internetportal könnten z.B. verschiedene Informations-, Fort- und Weiterbildungsangebote gebündelt, vernetzt und als ein Forum für ehrenamtlich Aktive und Institutionen genutzt werden. Jährlich soll ein Berliner Freiwilligen-Tag durchgeführt werden, an dem Berlinerinnen und Berlinern die Möglichkeit gegeben wird, das Einsatzspektrum ehrenamtlicher Arbeit kennen zu lernen. Für die Zukunft streben wir an, die Voraussetzungen und Bedingungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch Unternehmen in der Stadt zu verbessern.</p> <p>Sieht man sich die Motive für ehrenamtliches Engagement an, erkennt man das weitverbreitete Interesse, einer sinnvollen und leistungsorientierten Freizeitbeschäftigung nachzugehen. Für nicht wenige von ihnen ist es ein gewinnbringender Ersatz für fehlende Erwerbsarbeit, wie z.B. bei Arbeitslosen und Neurentnern.</p> <p>Eine starke Motivation für ehrenamtliche Tätigkeit baut sich vor allem dann auf, wenn das Engagement als eine Form der Selbstverwirklichung verstanden wird. Das ist immer dann der Fall, wenn es gelingt, das eigene soziale, solidarische, karitative Engage-</p>	<p>Bereitschaft zur Mitgestaltung des Gemeinwesens. Das darf die Politik nicht nur fordern, das muss sie umfassend fördern.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Objekt misstrauischer Kontrollen durch die Verwaltung verkommen. Verwaltung hat nicht zu behindern und zu erschweren, sondern zu beraten und zu unterstützen.</li> <li>o Mit freiwilligem sozialen Engagement können Jugendliche und Kinder frühzeitig ein hohes Maß an sozialer Kompetenz erwerben, indem sie lernen, sich mit anderen für andere zu engagieren.</li> <li>o Es wäre schon viel wert, wenn vorhandene Modelle der Bürgerbeteiligung angewendet werden würden.</li> <li>o Ehrenamt ist kein Ersatz für bezahlte Arbeit.</li> </ul> <p>Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwillig Engagierte, die bereits eingeleitet wurde bzw. noch werden:</p> <p><i>1. Politischer Wandel im Umgang mit bürgerschaftlichem Engagement</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Gegenwärtig wird geprüft, ob die Aufnahme einer Staatsziel-Vereinbarung zur Akzeptanz und Förderung bürgerschaftlichen Engagements sowie ehrenamtlicher Tätigkeit – verbunden mit dem Umbau zu einer bürgernahen Dienstleistungsverwaltung in Berlin – in die Verfassung von Berlin ein mögliches Instrument wäre, um die Neugewichtung im Verhältnis der Gesellschaft zum Staat entsprechend zu verankern. Ein besonderen Platz sollte dabei der staatlichen Pflicht zukommen, die Gesellschaft bei ihrer Selbstorganisation (Bürgerinitiativen) zu fördern und entsprechende Rah- </li></ul>		<p>ist ein erster Schritt, um z.B. Elterninitiativen Geld für Farben und Sachmittel zur Verfügung zu stellen. Das Geld ist bei SenStadt-Um eingestellt und wird über die Bezirke abrufbar sein.</p> <p>Am 28. Juni wurde der Antrag "Bürgergesellschaft stärken - freiwilliges Engagement unterstützen" von Bündnis 90/Die Grünen und SPD im Abgeordnetenhaus beschlossen.</p> <p>Inhalt: Infrastruktur erhalten und weiter entwickeln/ Versicherungsschutz ausbauen/ Freiwilliges Engagement für Einkommensschwache ermöglichen/ Qualifizierung fördern - Ehrenamtsnachweis einführen/ Information und Zusammenarbeit verbessern</p> <p>Damit haben wir die Umsetzung einiger unserer Ziele zur Stärkung des freiwilligen Engagements eingeläutet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhalt und Aufbau der Infrastruktur (Projekte, Nachbarschaftszentren, Freiwilligenagenturen u.a.) für freiwilliges Engagement;</li> <li>• Sicherung der Beratung, Fortbildung und Weiterbildung von Freiwilligen;</li> <li>• Unterstützung freiwilligen Engagements der Menschen mit geringem Einkommen, z.B. durch Aufwandsentschädigungen für Fahrtkosten;</li> <li>• Verbesserungen des Versicherungsschutzes (Unfall-, Haftpflichtversicherung, Anerkennung bei Rentenversicherung)</li> <li>• Anerkennung der im Rahmen freiwilligen Engagements erworbenen Qualifikationen bei Bewerbungen;</li> </ul> <p>Weitere Ziele sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte im Stadtteil, in den bürgerschaftlichen Einrichtungen und Politik und Verwaltung;</li> <li>• Förderung von Freiwilligendiensten für junge Menschen, wie das Freiwillige Soziale und Ökologische Jahr;</li> <li>• Unterstützung von Unternehmen, die die Bereitschaft ihrer MitarbeiterInnen zu bürgerschaftlichem Engage-</li> </ul>
--	--	--	---

<p>gement im Zusammenhang mit den sich daraus ergebenden Chancen für die eigene Persönlichkeitsentwicklung zu sehen. Ehrenamtliches Engagement übernimmt eine bedeutende Rolle im Leben vieler Freiwilligen, indem durch soziale Kompetenz und Engagement sich eine Qualifikation herausbildet, die sich z.B. im Berufsleben oft als nützlich erweist und eine kostbare Referenz darstellt (z.B. Trainer im Verein – Leitbild für Führungsfähigkeit), eigene Fähigkeiten und Talente erprobt und angewandt werden,</p>	<p>menbedingungen zu schaffen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Die PDS-Fraktion im Bundestag hat im April 2001 den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Naturschutzes und der Landschaftspflege eingebracht (14/5766). Darin wird vorgeschlagen, die Verwaltungsgerichtsordnung zu novellieren. Ziel ist es u.a., zum einen eine Verbandsklage auf Bundesebene einzuführen und zum anderen die bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger auszuweiten. Die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus unterstützt das und prüft gegenwärtig, ob und welche landesrechtlichen Konkretisierungen erforderlich und einzuleiten sind.</li> <li>o Auf Initiative der Berliner PDS-Fraktion ist es gelungen, die Rahmenbedingungen – wenn auch nicht in dem geforderten Maße – für das jährlich vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses einberufene Seniorenparlament zu verbessern. Damit wird diesem Gremium mehr Wirkung verschafft (14/1044 und 14/1188).</li> <li>o "Mehr Demokratie für Berlinerinnen und Berliner" fordert die Berliner PDS-Fraktion in insgesamt sieben Anträgen, die sie zu Beginn des Jahres in das Abgeordnetenhaus eingebracht hat. Im Kern geht es dabei zum einen um den Abbau der jetzigen organisatorischen und finanziellen Hürden bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden (14/655, 14/656). Zum anderen werden die Einführung eines Bürgerentscheides auf bezirklicher Ebene, die Erweiterung der Kompetenzen der Bezirksverordnetenversammlung und deren Mitgliedern sowie die Änderung des bezirklichen Wahlrechts durch die</li> </ul>		<p>gement erhöhen wollen;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherung der Zugangsmöglichkeiten für alle Menschen zu Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Freiwilligem Engagement, denn freiwilliges Engagement kann und darf Erwerbsarbeit nicht ersetzen!</li> </ul>
--	---	--	---

	<p>Schaffung von Möglichkeiten für eine verstärkte Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die Zusammensetzung der BVV angestrebt 14/250–254). Diese Anträge befinden sich noch in der parlamentarischen Debatte und finden zur Zeit – trotz insgesamt positiver politischer und juristischer Begutachtungen durch Externe – besonders den Widerstand der CDU.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Kontinuierlich wurden Kleine Anfragen zur Problematik eingereicht.</li> </ul> <p>2. <i>Eine andere Verwaltungskultur</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung hat die PDS-Fraktion ins Abgeordnetenhaus einen Antrag zur Überprüfung sämtlicher Verwaltungsvorschriften (14/770) eingebracht. Ziel ist nicht nur eine Verbesserung der Qualität, eine Vereinfachung und Reduzierung von Verwaltungsvorschriften, sondern auch eine Änderung ihres restriktiven Charakters in Bezug auf Bürgerengagement und -beteiligung. Die Entscheidung über diesen Antrag wurde bis zum Endbericht der Scholzkommission ausgesetzt.</li> <li>o Adäquat zur Idee, die Akzeptanz und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt zum Verfassungsgrundsatz zu erklären, prüfen wir ab, ob und welche Gesetze (z.B. Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz [VGG] und Bezirksverwaltungsgesetz) in diesem Sinne novelliert werden sollten und wie das erfolgen könnte. Ein Änderungsantrag zum VGG – wir wollten die Bezirksverwaltungen und speziell die Bürgerämter verpflichten, demokratischen Organisationen, Vereinen und Initiativen kostenlos Räume</li> </ul>		
--	--	--	--

<p>die eigene Persönlichkeit durch Übernahme von Pflichten vor Herausforderungen gestellt wird, eine Fortführung des lebenslangen Lernens auch nach dem Austritt aus der Berufstätigkeit fortgeführt werden kann.</p> <p>Die SPD wird im Rahmen des Möglichen die Ehrenamtlichkeit als Wesensmerkmal unserer Demokratie fördern. Bürgergesellschaft bedeutet, dass nicht der Staat alle Verantwortung trägt, sondern die Bürgerinnen und Bürger eigenverantwortlich handeln und ein eigenes Netz sozialer Kompetenzen knüpfen und durch aktives Tun ausbauen, um denen zu helfen, die Unterstützung benötigen.</p>	<p>sowie eine gewisse Infrastruktur (Mitnutzung von Telefon, Fax, Computer, Drucker, Kopierer, Papier...) zu ermöglichen – wurde abgelehnt, sollte aber wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Da ein diesbezüglicher Umgang mit bürgerschaftlichem Engagement und dem Ehrenamt weitestgehend bereits heute praktiziert werden könnte (aber nicht muss), intensivieren wir die Debatten mit PDS-Verantwortungsträgerinnen und –trägern in Politik und Verwaltung, dies in ihrem Einflussbereich zu praktizieren. Dabei werden wir den Bezirksamtsbeschluss aus Lichtenberg über die Errichtung von Stadtteilzentren, die Einrichtung von Stadtteilkonferenzen sowie die Unterstützung von Kiezbeiräten zum Ausgangspunkt nehmen.</li> </ul> <p><i>3. Allgemeine rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind Bestandteil des Grundsicherungskonzeptes der PDS-Fraktion im Bundestag. Im Rahmen dieser Grundsicherung soll ehrenamtlich Tätigen, die über kein Arbeitseinkommen verfügen, eine monatliche Grundsicherung in Höhe von 1.750 Mark zugesichert werden. Dafür wirbt auch die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.</li> <li>o Ein Ehrenamtsgesetz hält die Fraktion der PDS für schwer umsetzbar. Die PDS-Fraktion ist der Auffassung, dass die Veränderung von einzelgesetzlichen Regelungen eher zu grundsätzlichen Veränderungen von Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeit führt und die Arbeit wirksamer verbessert. Noch ergebnisof-</li> </ul>		
--	---	--	--

	<p>fen ist die Debatte darüber, ob ein Gesetz zur Förderung und Unterstützung von Bürgerinitiativen und anderen Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation erforderlich sei und wie es gestaltet werden müsste.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Ausgehend von den gesetzlichen Regelungen für eine Unfallversicherung im Land Bayern, wird die PDS-Fraktion den Berliner Senat auffordern, Voraussetzungen zu schaffen, dass im Land Berlin analoge Regelungen geschaffen werden.</li> <li>o Umgehend werden wir die Rücknahme der Halbierung des Sonderurlaubs für ehrenamtlich Tätige in öffentlichen Dienst beantragen.</li> </ul> <p><b>4. Spezifische rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o In Umsetzung des Sozialgesetzbuchs IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen -, wird die PDS prüfen, inwieweit die Frage der Assistenzleistungen für Menschen mit Behinderungen, die ehrenamtlich tätig sind, auf der Landesebene geregelt werden kann. Im Vorfeld dazu wird die PDS-Fraktion im AGH Gespräche mit der Hauptfürsorgestelle und der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege führen.</li> <li>o Die PDS-Fraktion wird sich aktiv in die Debatte um ein Seniorengesetz auf Bundesebene einbringen. Sie unterstützt in diesem Zusammenhang den Gesetzesantrag der Volkssolidarität.</li> <li>o Die Berliner PDS-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Landeschüler/innenvertretung – so wie es in der Mehrzahl der Bundesländer der Fall ist – institutionell anerkannt und gefördert wird.</li> </ul>		
--	--	--	--

	<ul style="list-style-type: none"> <li>o Die PDS fordert, dass öffentliche Angebote von Bildungseinrichtungen im Land Berlin ehrenamtlich Tätigen offen stehen und wenn möglich kostengünstig zur Verfügung gestellt werden sollten.</li> </ul> <p><b>5. Eine entsprechende Anerkennungskultur</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o Das wichtigste Moment einer fördernden Anerkennungskultur ist das Gewicht, das Politik und Verwaltung dem bürgerschaftlichem Engagement und dem Ehrenamt durch die Einbeziehung in Entscheidungsprozesse sowie eine weitreichende Unterstützung und Förderung beimisst. Defizite auf diesem Gebiet sind durch nichts – auch nicht durch Ehrenbürgerschaften und hohe Orden – „auszugleichen“. Insofern betrachten wir die bisherigen Umsetzungsvorschläge als entscheidende Elemente der erforderlichen Anerkennungskultur.</li> <li>o Es gibt zahlreiche Möglichkeiten der unmittelbaren materiellen, ideellen und finanziellen Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement sowie des Ehrenamtes, die in der Bundesrepublik bereits praktiziert werden. Im Grundsatz gibt es nichts, was davon nicht in Berlin ebenso oder sogar – entsprechend den reichhaltigen Möglichkeiten der Stadt – besser angewandt werden könnte. Die Fraktion der PDS prüft zur Zeit, ob Landesregelungen zur Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes erforderlich und möglich sind und wie</li> </ul>		
<p><b>XI.2 Haben die Kandidaten und Kandidatinnen eigene Erfahrungen außerhalb ihrer Parteiarbeit mit freiwilliger (un-) bezahlter Arbeit z.B. in Einrichtungen des Sozialen, der Kultur, der Bildung, der Menschenrechtsorganisationen, etc.?</b></p> <p>Seit Jahren ist Klaus Wowereit bereits aktives Mitglied der Arbeiterwohlfahrt.</p>			

--	--	--	--